

Franziska Schutzbach
Die Rhetorik der Rechten



Franziska Schutzbach

Die Rhetorik der Rechten

Rechtspopulistische Diskursstrategien
im Überblick

Mitarbeit: Floris Biskamp



1. Auflage 2018
Alle Rechte vorbehalten
© Xanthippe Verlag, Zürich 2018

Umschlag, Gestaltung & Satz:
buchundgrafik.ch
Lektorat: Laura Simon, Basel
Korrektorat: Anna Maria Tschopp, Zürich
Druck: Publikation Digital AG, Gerlafingen
ISBN 978-3-905795-60-8

www.xanthippe.ch

Xanthippe

Inhalt

Einleitung	7
Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben Schnittmengen	8
Viele Medien geben Rechtspopulismus eine Bühne ..	11
Was will dieses Buch?	14
 Hintergrund	19
Was ist Rechtspopulismus?	19
Warum sollten wir uns mit rechtspopulistischen Diskursstrategien befassen?	26
Am Reissbrett entworfen oder durch Zufall gewachsen?	28
Schweizer Modell	30
Historischer Hintergrund	33
 Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick	41
1. «Das Volk» gegen «die Eliten»	43
2. Konstruktion von Konflikten	46
3. Ethnopluralismus anstelle von Rassismus	48
4. Emotionen statt Argumente	51
5. Rhetorik der Angst	54
6. Erweiterung des Sagbaren	57
7. Positionierung als seriöse Diskurspartner Innen	60
8. Aufhebung des Links-rechts-Schemas	63
9. Die Macht, Themen zu setzen	67
10. Forderung nach (medialer) Meinungsvielfalt	69
11. Diskussionsbereitschaft als Falle	73
12. Rechte Kulturrevolution	77
13. Forderung nach der «wahren Demokratie»	80
14. Antiparlamentarismus	84
15. Gegen den Rechtsbruch, aber auch gegen den Rechtsstaat	86
16. Gegen «Minderheitenterror» und Political Correctness	88
17. Antiegalitarismus im Namen der Gleichheit	93
18. Antifeminismus und Anti-Gender als gemeinsamer Nenner	95
19. Gleichstellungsnationalismus	101
20. Wissenschaftsfeindlichkeit	103
 Ausblick und Gegenstrategien	109
Wir können es uns nicht leisten, pessimistisch zu sein	110
Vom Pessimismus zur melancholischen Behaglichkeit	112
Aufgeben ist Kollaboration	113
Bleiben wir handelnde Subjekte	117
Gegenstrategien	118
 Anmerkungsverzeichnis	136

Einleitung

Wenn ich Menschen davon erzähle, dass ich mich mit rechtspopulistischen Strategien beschäftige, höre ich oft: Populismus gibt es doch überall!

Natürlich gibt es Populismus von vielen Seiten, auch von links – zu einer präzisen Definition, was ich unter Rechtspopulismus verstehe, komme ich noch. Solche Einwände sind meines Erachtens aber mehr als der bloße Verweis auf die Tatsache, dass es Populismus auf allen Seiten gibt. Sie stehen zugleich für eine verbreitete Abwehr dagegen, sich mit der Besonderheit und der spezifischen Gefahr rechtspopulistischen Agierens zu befassen. Ähnliches gilt für die oft ins Feld geführte Feststellung, Extremismus gebe es auf allen Seiten.

Ja, Extremismus ist – wenn man den gängigen Extremismusdefinitionen folgt¹ – nie gut. Darin sind wir uns vermutlich einig. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, der aber einer vertieften Auseinandersetzung nicht im Weg stehen sollte. Ich halte eine solche Auseinandersetzung für wichtig. Denn wir können uns rechtspopulistischen Strategien nur widersetzen, wenn wir sie – zumindest ansatzweise – kennen.

Zum Beispiel sollten wir uns fragen, ob wir mit dem Argument, Extremismus gebe es überall, nicht bereits rechtspopulistische Rhetorik übernehmen. Nämlich die Behauptung, es ginge nicht um politische *Inhalte*, son-

dern lediglich um falsche oder richtige *Stile*. Erliegen wir damit nicht jener Vernebelungstaktik, die inhaltliche Stossrichtungen als einerlei erscheinen lässt, solange jemand bestimmte formale Grenzen – beispielsweise Gewaltverzicht oder demokratische Abläufe – einhält? Und vor allem: Folgen wir damit nicht jener von RechtspopulistInnen erfolgreich etablierten Selbstdistanzierung von «den bösen Nazis», die extremistische Elemente ganz generell nur an den Rändern der Gesellschaft, bei «gewaltbereiten Chaoten» vermutet, nicht aber in der Mitte der Gesellschaft?

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben Schnittmengen

Wir müssen uns fragen, ob die herkömmliche Abgrenzung zwischen Extremismus und Nichtextremismus wirklich so klar ist und inwiefern wir, um die aktuellen Entwicklungen fassen zu können, eher von fließenden Übergängen und Überschneidungen zwischen extremen und nicht extremen rechten Positionen ausgehen sollten. Überschneidungen, die gerade vom Rechtspopulismus geschickt unterschlagen und unsichtbar gemacht werden, und der sich auf diese Weise gesellschaftsfähig macht.²

Im September 2018 sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland in einer Bundestagsrede, dass es sich bei den Hitlergruss-Zeigern in Chemnitz nur um ein paar Idioten handle. Das Bild der «tumben Nazis» wird von RechtspopulistInnen gern beschworen, um sich von ihnen abzugrenzen und sich dadurch als vernünftige rechte Alternative zu präsentieren. In der Forschung hat man festgestellt, dass die Abgren-

zung vom Rechtsextremismus eine zentrale rechtspopulistische Diskursstrategie ist.³ Man stützt sich dabei häufig auf fragwürdige Extremismustheorien, wonach eine Position dann – und nur dann – extrem ist, wenn sie offen systemfeindlich ist, das heisst, wenn sie sich direkt gegen die demokratische Verfassung stellt. Diese Theorien beinhalten die Vorstellung, dass, wer sich an Recht, Gesetz und formaldemokratische Abläufe hält, keine extremen Positionen vertreten kann, noch nicht einmal Positionen mit extremen *Elementen*. Ferner wird daraus abgeleitet, dass die scheinbar nicht extremen Weltanschauungen rechtspopulistischer AkteurInnen automatisch demokratisch legitim sind.

Tatsächlich formuliert rechtspopulistische Rhetorik die Dinge oft so, dass sie sich noch innerhalb eines akzeptierten (rechtlichen) Rahmens bewegt. Im Vergleich zum klassischen Rechtsextremismus positioniert Rechtspopulismus sich nicht explizit antidemokratisch. Vielmehr wird sogar beansprucht, die *wahre* Demokratie zu vertreten – schliesslich beruft man sich bei jeder Gelegenheit auf den sogenannten Volkswillen und auf Elemente der liberalen Demokratie wie Meinungsfreiheit, Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Ermöglicht werden dadurch Querverbindungen in die bürgerliche Mitte und die Andockung an den gesellschaftlichen Mainstream. Das ist auch der Grund, weshalb rechtspopulistische Rhetorik bei Weitem nicht nur von Rechten verwendet wird, sondern auch im liberalen, konservativen und selbst linken Milieu zum Einsatz kommt. Beispiele dafür sind der Präsidentschaftswahlkampf Nicolas Sarkozys 2012 in Frankreich und die Österreichische Volkspartei.

Rechtspopulismus präsentiert sich mit seinem andauernden Verweis auf liberale Werte als «normale Meinung», als Beitrag zum Meinungspluralismus. Bei genauer Betrachtung werden die liberalen Werte aber ihrer Substanz beraubt und verkommen zum blossen Bekenntnis. Man gibt vor, die wahre Demokratie zu verteidigen, gleichzeitig wird ebendiese liberale Demokratie attackiert, indem man sich gegen Pluralismus, Menschenrechte, Minderheitenschutz oder Verfassungsaufträge wendet. Kurzum: Das dauernde Reklamieren von Demokratie und Meinungsfreiheit macht es durch die Hintertür möglich, auch innerhalb formaldemokratischer Regeln relativ extreme Positionen zu vertreten und letztlich Demokratie zu unterminieren.

Zahlreiche rechtspopulistische AkteurInnen und Parteien haben ihre extremistischen Elemente in den vergangenen Jahren jedoch erfolgreich verwischt. Der französische Front National, der belgische Vlaams Blok und die Schwedendemokraten, die früher die Schwelle zur offenen Systemfeindlichkeit klar überschritten, haben den harten Extremismus strategisch zurückgedrängt und bemühen sich um ein gemässigteres Erscheinungsbild. Sie wollen damit eine breitere WählerInnenbasis erreichen. Marine Le Pen hat diese Strategie «Entdiabolisierung» genannt, ihre Partei heisst seit 2018 Rassemblement National.

Mit Blick auf den Erfolg der Niederländer Pim Fortuyn und Geert Wilders oder auch auf die Schweizerische Volkspartei (SVP) oder die Alternative für Deutschland (AfD) liegt die Vermutung nahe, dass der Rechtspopulismus umso erfolgreicher ist, je weiter er sich selbst in der Mitte verortet und je bürgerlicher er

sich in seinem Auftreten gibt.⁴ Gleichzeitig muss er aber auch die Narration der Opposition aufrechterhalten, nämlich die Geschichte von den «einfachen Leuten» gegen «die Eliten dort oben». Diesen Spagat beherrscht die SVP besonders gut. Wie der Historiker Damir Skenderovic ausarbeitet, verdankt sie ihren Aufstieg einerseits der Hinwendung zum Populismus⁵, gleichzeitig basiert ihr Erfolg darauf, sich weiterhin als bürgerliche Traditionspartei zu positionieren.

Viele Medien geben Rechtspopulismus eine Bühne

Insgesamt lässt sich festhalten, dass rechtspopulistische Rhetorik politische Positionen veruneindeutigt und sich damit unangreifbar macht. Dadurch schafft sie es, sich im gesellschaftlichen Mainstream zu etablieren – nicht zuletzt auch in den Medien. Medien haben in den vergangenen Jahren rechtspopulistische Rhetorik oft unreflektiert übernommen, indem sie etwa deren Themensetzungen, Framings und Begriffe benutzen («Asyltourismus», «Flüchtlingsfluten» usw.) oder rechtspopulistische Äusserungen zwar skandalisieren und kritisch kommentieren, ihnen damit aber auch eine Bühne, Bedeutung und Legitimität geben und sie also letztlich in den Kanon der zu diskutierenden Meinungen aufnehmen.

So wichtig und angebracht Empörung angesichts rechter Hetze ist, so sehr muss klar sein, dass diese Empörung und Skepsis von RechtspopulistInnen einkalkuliert wird. Es ist ihr Kalkül, dass empört über ihre Provokationen berichtet wird. Und sie sich dann wieder als Opfer von «Tugendterror» präsentieren kön-

nen. Nicht selten stellen sich besonders Boulevardmedien sogar offen hinter die Ansichten und Forderungen rechtspopulistischer PolitikerInnen. Letztlich ist – auch darauf setzen RechtspopulistInnen – das Aufkommen rechtspopulistischer Formationen für Medien durchaus attraktiv. Die damit einhergehende Errichtung einer permanenten, oft stark personalisierten Konfliktstruktur im politischen Feld liefert ihnen fortwährend Stoff für die Berichterstattung und bringt zuletzt Auflage, Klicks und Einschaltquoten.

Die massenmediale Öffentlichkeit ist, wie der Sozialwissenschaftler Oliver Geden ausführt, eine der wesentlichen Voraussetzungen für RechtspopulistInnen, um sich dauerhaft als AkteurInnen im politischen Feld zu etablieren (dazu gehören auch bestimmte kommunikationstechnologische Vorgehensweisen im Internet, Propagandamittel, die Etablierung eigener Medien, die manipulative Nutzung der Sozialen Medien usw.). Gerade für NeueinsteigerInnen ist es dabei nicht einmal entscheidend, dass sie in den Medien durchweg positiv dargestellt werden: «Weitaus wichtiger ist es, überhaupt von den Medien beachtet zu werden. Denn dies zwingt sowohl die etablierten Parteien als auch zivilgesellschaftliche AkteurInnen, gegenüber dem Rechtspopulismus Position zu beziehen. Für die weiteren Erfolgsaussichten rechtspopulistischer Parteien kann es in der Frühphase ihres Aufstiegs sogar günstig sein, aufgrund der eingesetzten Mittel und vertretenen Positionen regelmässig zum Objekt moralischer Empörung zu werden.»⁶

Darüber hinaus schmälert es die Chancen von RechtspopulistInnen keineswegs, wenn sie wegen ihres teil-

weise unprofessionellen Auftretens zur Zielscheibe spöttischer Herabsetzung werden. Vielmehr kann dadurch, wie Geden weiter ausführt, die Konfliktlinie zwischen den «kleinen Leuten» und «denen da oben» betont werden. Die Dramatisierung dieser Konfliktlinie ist ein wichtiges Fundament des Rechtspopulismus. Sie macht es möglich, dass RechtspopulistInnen sich als Ausgegrenzte positionieren und postulieren können, die Probleme der sogenannten kleinen Leute besonders authentisch zu vertreten – auch dann, wenn sie ihr Handeln in Wahrheit kaum auf Realpolitik, sondern vor allem darauf ausrichten, Wahlerfolge zu erzielen und Positionen im Staatsapparat zu besetzen.

Weiter beruht der rechtspopulistische Erfolg darauf, dass es den AkteurInnen häufig gelingt, die gegen sie gerichtete Kritik bruchlos in die eigene Weltdeutung zu integrieren und in ihrem Sinn zu nutzen.⁷ Ein Beispiel: Die Kritik, RechtspopulistInnen würden eine nationalistische und rassistische Politik der Abschottung betreiben, werten diese als Zensur, nicht über Migrationsprobleme sprechen zu dürfen. Überhaupt wird sämtliche Kritik oder Zurückweisung sofort als Beweis für Tabus und Meinungsterror seitens des angeblich herrschenden Establishments – dazu werden oft auch Medien gezählt – gedeutet und in eine Rhetorik der «Selbstveropferung» eingewoben.

Das führt dazu, dass Medien, um dem Vorwurf der Tabuisierung zu entgehen und ihr eigenes liberal-demokratisches Ideal der Meinungsfreiheit hochzuhalten, RechtspopulistInnen beständig einladen und befragen oder selbst rechtspopulistische Rhetorik übernehmen. Mit dem Effekt, dass Hass, Ressentiments, Vorurteile,

die Verteufelung von Menschenrechten und Minderheitenschutz, falsche Fakten, Verzerrungen und vieles mehr verbreitet werden und nach und nach zum normalen liberalen Meinungsspektrum zählen.

Ist Rechtspopulismus erst einmal Teil des medialen Mainstreams, können Kritik, Zurückweisung, Boykotte, Ausladungen und so weiter umso selbstbewusster und erfolgreicher als Meinungsverbot inszeniert werden. Jene, die rechtspopulistische Inhalte und Vorgehensweisen ablehnen, gelten nun als Feinde der Meinungsvielfalt. Jene, die daran zweifeln, ob es eine gute Idee ist, ergebnisoffen über menschenverachtende Positionen und falsche Behauptungen zu «debattieren», und die bezweifeln, ob es gelingen kann, das Schüren von Ressentiments mit «besseren Argumenten» zu entkräften, werden zu FeindInnen der Demokratie erklärt, während RechtspopulistInnen als Opfer erscheinen. Dieses Schema wird auch von liberalen AkteurInnen mitgetragen und bedient. Auch von dieser Seite hört man immer öfter, dass man rechtspopulistische Positionen ergebnisoffen diskutieren müsse. Solche Plädoyers klammern jedoch die Frage aus, wohin menschenverachtende Positionen und deren Verbreitung in der Konsequenz führen können und aus welchen normativen Gründen es besser sein könnte, wenn sie *nicht* Teil des akzeptierten öffentlichen Diskurses werden.

Was will dieses Buch?

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit rechts-populistischen Diskursstrategien. Basierend auf aktueller Forschung gibt es anhand zahlreicher Beispiele einen

differenzierten, aber verständlichen Einblick in rechtspopulistische Kommunikation. Viele der aufgeführten Beispiele stammen aus der Schweiz. Gerade die Schweiz ist ein Exempel für den Erfolg rechtspopulistischer Agitation und erwiesenermaßen ein Vorbild für zahlreiche AkteurInnen in der westlichen Welt.⁸

Meine Hoffnung ist es, mit dieser Übersicht ein Werkzeug zur Verfügung zu stellen, mit dem rechtspopulistische Rhetorik besser erkannt und durchschaut werden kann. Dass der Einfluss des Rechtspopulismus zunimmt, hat auch damit zu tun, dass das Phänomen bisher nur unzureichend verstanden wurde. Die Kenntnisse rechtspopulistischer Strategien sind jedoch eine wichtige Voraussetzung dafür, sich ihnen politisch, zivilgesellschaftlich und medial zu widersetzen, Rechtspopulismus zurückzudrängen und sich nicht zuletzt auch mit der eigenen Verführbarkeit auseinanderzusetzen.

Der Schwerpunkt dieses Buches liegt auf der Durchleuchtung rechtspopulistischer Diskursstrategien, nicht auf den Gegenstrategien. Die Frage, wie man sich wehren soll, ist komplex und stellt sich in unterschiedlichen Ländern und Feldern – Politik, Medien, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, im Privaten – sehr unterschiedlich. Es gibt keine allgemeingültigen Rezepte, je nach Situation muss immer wieder neu überlegt werden. Dennoch habe ich im Schlussteil einige unvollständige Überlegungen zu Gegenstrategien zusammengetragen.

Natürlich muss man sich mit einem solchen Buch auch der Frage stellen, inwiefern es nicht eine praktische Zusammenfassung für RechtspopulistInnen liefern könnte, die sich hier ein paar Tipps holen möch-

ten. Diese Gefahr besteht, und der Einwand lässt sich kaum entkräften. Man kann ihm aber entgegenhalten, dass dieses strategische Wissen in der Rechten ohnehin schon (mehr oder weniger bewusst) vorhanden ist. Bei den GegnerInnen fehlt es hingegen oft, und dieser Ungleichheit möchte ich mit diesem Buch etwas entgegenwirken.

Weiter muss man fragen, ob eine solche Zusammenstellung den Rechtspopulismus bedeutsamer und größer macht, ihm erneut eine Bühne gibt. Es ist ein Dilemma kritischer Analysen, dass sie oft das Kritisierte reproduzieren, multiplizieren und sogar Gefahr laufen, es zu festigen. Auch kann es passieren, dass die Kritik sich auf das Kritisierte, auf Macht- und Herrschaftsmechanismen fixiert, diese gar fetischisiert, sodass man sich ohnmächtig fühlt, anstatt ermächtigt aufzubegehren.

Unter anderem feministische Denkerinnen haben sich mit diesem Problem ausführlich befasst. Sie haben selbstkritisch gefragt, inwiefern ihre Beschäftigung mit Diskriminierung sie dazu zwingt, sich ständig auf die Logik dessen einzulassen, was sie ablehnen. Inwiefern sie damit letztlich den Rahmen, die Richtung und den Raum dessen akzeptieren, was sie kritisieren und bekämpfen. Es bestehe, so die Philosophin Wanda Tommasi, die Gefahr, in eine «rebellische Abhängigkeit» zu geraten, bei der man sich ständig im Diskurs der Gegner bewege und sich infolgedessen ununterbrochen auf das beziehe, aus dem man sich eigentlich befreien will.⁹

Letztlich werden dadurch diejenigen Dinge unsichtbar, die sonst noch geschehen, das «Anderswo» der Geschichte, die emanzipatorischen Sprünge, Möglichkeiten und Existenzweisen, die trotz diskriminieren-

der Machtsysteme oder rechter Mobilisierung stattfinden und die es umso dringender zu zeigen, zu multiplizieren und in Umlauf zu bringen gilt. Für Tommasi ist klar, dass wir einer anderen Welt nur näherkommen, wenn wir deutlich machen, dass diese ein Stück weit schon da ist.

Die Rechte wächst zwar, gleichwohl gibt es kein geschlossenes Nach-rechts-Rücken. Es ist, wie die soziologische Forschung feststellt, viel komplizierter. Denn gleichzeitig sehen wir auch eine Gesellschaft, die offener wird, toleranter, pluraler. Das zeigen nicht nur die zahlreichen aktuellen Kundgebungen für eine ebensolche Gesellschaft, sondern auch Umfragen, in denen beispielsweise Migration von einem grossen Teil der Menschen in Deutschland als eine Bereicherung beschrieben wird.¹⁰ Fakt ist, dass wir nicht nur Backlashs erfahren, sondern auch in einer Gesellschaft leben, in der viele verschiedene Menschen mitreden und ihre Anliegen formulieren, in der Frauen in ehemalige Männerdomänen vordringen und MigrantInnen in politische Spitzenpositionen gewählt werden. Das Erstarken rückwärtsgewandter Ideologien ist wohl auch eine Reaktion auf diese Veränderungen. Es handelt sich um den Versuch, etwas aufzuhalten, das nicht aufzuhalten ist. Mit ein wenig Optimismus kann man das Erstarken rechter Kräfte auch als Effekt emanzipatorischer Veränderungen verstehen, bei denen sich ehemalige Normalitäten tatsächlich auflösen.

Womöglich ist das aggressive Auftreten der Rechten also ein Zeichen ihrer Schwäche und ihres Endes. Allerdings verhält es sich dabei wie mit einem angeschossenen Tier: Dieses ist in verletztem Zustand be-

sonders wütend und gefährlich. Was ich sagen will: Wir können uns nicht ausruhen und zurücklehnen. Tatsächlich braucht es alle Kräfte, um sich gegen die rechte Mobilisierung zu stemmen. Dazu sind verschiedene Strategien *gleichzeitig* notwendig. Zum Beispiel ist es erforderlich, genau zu verstehen, wie rechtspopulistische Strategien funktionieren, und ihnen ebenso gezielte Strategien entgegenzusetzen. Genauso wichtig ist es, laut für eine solidarische und plurale Gesellschaft einzustehen und wann immer möglich deutlich zu machen, zu zeigen, ja zu feiern, dass diese ein Stück weit schon da ist. Und dass sie sich nicht aufhalten lässt.

In diesem Sinne ist dieses Buch *ein* Element. Die Analyse rechtspopulistischer Rhetorik ist wichtig, aber nicht das einzig Wichtige.

Franziska Schutzbach
November 2018

Hintergrund

Was ist Rechtspopulismus?

Bevor ich zu einer Definition komme, sind die folgenden Gedanken wichtig: Rechtspopulismus ist mitnichten auf Parteipolitik begrenzt, sondern ein politisches Phänomen, das bei sehr unterschiedlichen AkteurInnen wie Parteien, Medien, einzelnen PublizistInnen, Bewegungen, Gruppen und Organisationen zum Vorschein kommt. Dabei sind rechtspopulistische Strategien nicht auf Rechte begrenzt, sondern werden teilweise auch im bürgerlich-konservativen Lager praktiziert, von christlich-fundamentalistischen AkteurInnen und Netzwerken, in maskulinistischen und antifeministischen Szenen, von Bewegungen wie der Besorgte Eltern e.V. und anderen.¹¹

Wer, wie ich in diesem Buch, von rechtspopulistischer Rhetorik spricht, behauptet indirekt, dass sich rechtspopulistische Stilmittel unabhängig vom Inhalt analysieren liessen. Dem ist nicht so. Es geht sehr wohl um Inhalte, wie die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak ausführt.¹² Der Titel dieses Buches bedarf also einer Präzisierung: Es geht um mehr als um rhetorische Inszenierungen, und rechtspopulistische Rhetorik lässt sich nicht unabhängig von ihrem Inhalt fassen. Rechtspopulistische Diskursstrategien setzen sich aus Form *und* Inhalt zusammen. Diese bilden eine Einheit

und lassen sich nicht voneinander trennen. Zwar sind stilistische Inszenierungen nicht zu unterschätzen, diese sind allerdings auf die jeweils kommunizierten ideologischen Inhalte angewiesen.

Wie der Kulturwissenschaftler Dick Pels festhält, wäre es also falsch, zu denken, es gäbe keine Substanz hinter dem politischen Stil. «Gerade die dynamische Mischung aus Inhalt und Form hat der populistischen Politik in der heutigen Mediendemokratie eine führende Position bei den Wählern verschafft».¹³

Damit ist Rechtspopulismus als politisches Phänomen allerdings noch nicht ausreichend definiert. Welche Inhalte, Stile und Methoden gehören dazu, welche nicht? Wie muss man Rechtspopulismus von rechts- beziehungsweise nationalkonservativen oder rechtsextremen Positionen und Parteien unterscheiden? Oder fallen diese in eins?

In der aktuellen Forschung ist umstritten, wie Rechtspopulismus genau definiert werden sollte. Einige AutorInnen sind der Auffassung, dass der Populismus eine Art zusätzliches Merkmal, ein besonderer Politikstil von Parteien der extremen Rechten ist. Andere definieren Rechtspopulismus als eigenständigen Politikbeziehungsweise Parteitypus. Manche ForscherInnen wiederum lehnen den Begriff Rechtspopulismus ab, weil er nicht präzise genug fassen kann, was genau gemeint ist, und weil er sehr unterschiedliche Phänomene über einen Kamm zu scheren droht.

Viele RechtspopulistInnen geben sich nicht (mehr) als Aussenseiter vom rechten Rand, sondern als VerteidigerInnen der liberalen Demokratie. Das hat dazu geführt, dass die Verwendung des Labels «Rechtspo-

pulismus» gemeinhin mit der Einschätzung verbunden wird, dass entsprechende Parteien und AkteurInnen nicht verfassungsfeindlich agieren und somit als potenziell koalitionsfähig gelten können. Manche ExpertInnen kritisieren deshalb den Begriff des Rechtspopulismus auch als verharmlosend, zumal es innerhalb einiger rechtspopulistischer Parteien erwiesenermaßen Positionen gibt, die auf die Abschaffung der liberalen Demokratie zielen.¹⁴

Tatsächlich erweist sich Rechtspopulismus als äußerst wandlungsfähig. Meines Erachtens ist der Begriff gerade deshalb sinnvoll, *weil* er etwas beschreibt, das schwer greifbar, wandlungsfähig und schillernd ist. Es ist ein Merkmal rechtspopulistischer Agitation, sich klaren Definitionen zu entziehen und sowohl Grenzen zwischen Inhalt und Form, vor allem aber auch zwischen konservativen, rechten, rechtsextremen, nationalkonservativen, rechtskonservativen, bürgerlichen und liberalen Positionen systematisch zu verwischen. Gerade dadurch ist Rechtspopulismus gesellschaftsfähig und mit der bürgerlichen Mitte kompatibel. Rechtspopulismus ist also eine Art Querschnittkategorie.

Zum Extremismus verhält er sich folgendermaßen: Rechtspopulismus ist nicht einfach die Form rechtsextremer Ideologie im demokratischen Gewand. Rechtspopulismus fällt mit Rechtsextremismus nicht automatisch in eins. Das bedeutet aber nicht, dass er nichts mit ihm zu tun hat. Tatsächlich haben Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zahlreiche Schnittmengen, sie sollten weder kategorisch getrennt noch undifferenziert gleichgesetzt werden.¹⁵

Trotz dieser komplexen und uneindeutigen Lage hat sich in den letzten Jahren in der theoretischen Konzeptualisierung von Rechtspopulismus die Ansicht durchgesetzt, dass Rechtspopulismus auch als eine eigenständige analytische Kategorie mit spezifischen inhaltlichen wie rhetorischen Charakteristika betrachtet werden muss. Davon ausgehend, präsentiert dieses Buch 20 übergreifende Charakteristika rechtspopulistischer Rhetorik. Die Punkte sind aufgrund der erwähnten schillernden Mischung aus Inhalt und Form nicht alle auf derselben Ebene angesiedelt. Die verschiedenen Ebenen, das heisst die inhaltliche und die stilistische, sind notwendig, um diesem facettenreichen Gegenstand gerecht zu werden. So sind einige der angeführten Punkte eher Ausdruck rechtspopulistischer Inhalte, denen eine gewisse Rhetorik zugrunde liegt. Andere sind tatsächlich rhetorische Tricks, die politische Erfolge ermöglichen. Wieder andere sind längerfristige, (meta)politische Vorgehensweisen. Zusammenformen sie das Phänomen des Rechtspopulismus.

Für den rechten Populismus können die folgenden Parameter ausgemacht werden, die ich im Hauptteil ausführlich behandeln werde:

1. «Das Volk» gegen «die Eliten»

Rechtspopulistische Rhetorik gibt vor, die Interessen des «einfachen Volkes» gegenüber «den Eliten» oder «dem Establishment» zu vertreten. Dabei wird eine homogene Vorstellung von «Volk» stark gemacht.

2. Konstruktion von Konflikten

Das Schüren von Konfliktlinien und die Etablierung von

Freund-Feind-Schemata machen es möglich, die Anliegen «des Volkes» über die «der anderen» zu stellen.

3. Ethnopluralismus anstelle von Rassismus

Der Rechtspopulismus distanziert sich vom klassischen, biologistischen Rassismus und stützt sich stattdessen auf scheinbar unverdächtige Konzepte wie «kulturelle Identität».

4. Emotionen statt Argumente

Rechtspopulismus setzt nicht auf Argumente, sondern auf Empörung, Hass, Angst und Ressentiments.

5. Rhetorik der Angst

Von allen Emotionen, die der Rechtspopulismus adressiert, ist Angst die wichtigste. Es werden Szenarien konstruiert, denen zufolge «das Volk» oder «die Heimat» von inneren oder äusseren Feinden bedroht sind.

6. Erweiterung des Sagbaren

Mit sogenannten Tabubrüchen erweitern RechtspopulistInnen die Grenzen des Sagbaren, inszenieren sich selbst als Opfer und bereiten damit den Boden für eine verzerrte Darstellung der Wirklichkeit.

7. Positionierung als seriöse DiskurspartnerInnen

Rechtspopulistische AgitatorInnen inszenieren sich als ausgewogen und seriös, indem sie beispielsweise Gäste aus dem konservativen, liberalen oder sogar linken Spektrum zu ihren Veranstaltungen einladen, sie als GastautorInnen anheuern, sie Repliken schreiben lassen oder sie interviewen.

8. Aufhebung des Links-rechts-Schemas

RechtspopulistInnen behaupten oft, «jenseits von rechts und links» zu stehen. Dadurch erscheinen ihre Positionen als unideologisch und vernünftig und ihre VertreterInnen als diejenigen mit dem «gesunden Menschenverstand».

9. Die Macht, Themen zu setzen

Durch Behauptungen und Pauschalisierungen werden andere dazu gezwungen, sich permanent am gesetzten Diskursrahmen und Themensetting abzuarbeiten.

10. Forderung nach (medialer) Meinungsvielfalt

Verbreitet wird die Auffassung, man müsse Rechtspopulismus permanent Aufmerksamkeit schenken – ansonsten sei man unausgewogen, gegen Meinungsvielfalt oder gar undemokratisch. Mit diesem Argument wird Dauerpräsenz in den Medien erzielt.

11. Diskussionsbereitschaft als Falle

RechtspopulistInnen inszenieren sich als diskursbereit und gehen davon aus, dass ihre KontrahentInnen darauf vertrauen, sie mit besseren Argumenten entkräften zu können.

12. Rechte Kulturrevolution

Gekämpft wird um das Meinungsmonopol und darum, den Resonanzraum für rechtes Gedankengut zu erweitern.

13. Forderung nach der «wahren Demokratie»

Rechtspopulistische Rhetorik gibt vor, Demokratie zu

verteidigen, delegitimiert aber gleichzeitig demokratische Grundprinzipien.

14. Antiparlamentarismus

Das Parlament, das heisst die zentrale Institution repräsentativer Demokratie, wird lächerlich gemacht.

15. Gegen den Rechtsbruch, aber auch gegen den Rechtsstaat

Betont werden Recht und Verfassung, zeitgleich werden rechtsstaatliche Ordnungen in den Bereichen ausgehebelt, die RechtspopulistInnen nicht passen.

16. Gegen «Minderheitenterror» und Political Correctness

Der Feldzug gegen Political Correctness, «Gutmenschen» und Minderheitenrechte delegitimiert eine Politik der Verantwortung und der Chancengerechtigkeit.

17. Antiegalitarismus im Namen der Gleichheit

Charakteristisch für rechtspopulistische Rhetorik ist ihr exklusives Gleichheitsverständnis: Einerseits wird «das Volk» gegen die «herrschende Elite» in Stellung gebracht. Andererseits wird das «einheimische» Volk von vermeintlich Nichtzugehörigen abgegrenzt.

18. Antifeminismus und Anti-Gender als gemeinsamer Nenner

Die Politisierung von Geschlechter- und Sexualitätsfragen ist ein einender Nenner von sehr unterschiedlichen rechtspopulistischen AkteurInnen mit dem Ziel, traditionelle Geschlechterverhältnisse zu zementieren.

19. Gleichstellungsnationalismus

Man befürwortet die Gleichheit der Geschlechter, um sich von «rückständigen MigrantInnen» zu distanzieren und die eigene Kultur als fortschrittlich zu bewerben.

20. Wissenschaftsfeindlichkeit

Rechtspopulistische Rhetorik wendet sich gegen bestimmte Wissenschaften, besonders gegen die Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch die Klimawissenschaften werden als «Lügenwissenschaft» diffamiert.

Natürlich vereinen nicht alle rechtspopulistischen AkteurInnen alle aufgezählten Elemente. Gleichwohl können diese Parameter in jeweils bestimmten Kombinationen weitgehend verallgemeinert werden, das heisst, sie können als *typisch* für Rechtspopulismus gelten.

Warum sollten wir uns mit rechtspopulistischen Diskursstrategien befassen?

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sind auf dem Vormarsch. Und bisher scheint es sich nicht um ein temporäres Phänomen zu handeln. Vielmehr zeigen sich rechtspopulistische Strategien immer mehr auch bei AkteurInnen, die nicht eindeutig zur Rechten zählen. Deshalb ist es wichtig, dass diejenigen, die eine plurale, solidarische und offene Gesellschaft gegen diesen Rechtsruck verteidigen, möglichst gut darüber Bescheid wissen, wie Rechtspopulismus funktioniert.

Obwohl über rechtspopulistische Strategien schon viel gesagt wurde und vieles bekannt ist, wird die Professionalität rechtspopulistischer AkteurInnen immer

noch häufig unterschätzt. Das hat verschiedene Gründe. Zum Beispiel dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor das Bild des «tumben Rechten» oder die Vorstellung, dass die Situation erst in den Momenten gefährlich oder besorgniserregend sei, in denen Asylheime brennen.

Ein anderer Grund, weshalb rechtspopulistische Strategien oft nicht ernst genommen werden, ist vermutlich folgender: Man gesteht nur ungern ein, Strategien oder gar Manipulationen erlegen zu sein, diese nicht erkannt zu haben, sogar hinters Licht geführt worden zu sein – oder ihnen, wenn man sie denn erkannt hat, einfach nichts entgegenzusetzen zu haben. Es ist nicht besonders schmeichelhaft, zu realisieren, dass es diese Strategien seit langem gibt – auch historisch – und wir uns vermutlich viel früher damit hätten befassen müssen, ja viel eher auch dagegen hätten handeln können.

Wieder andere befassen sich nicht damit, weil sie selbst – oft verdeckt oder auch vor sich selbst uneingestanden – rechtspopulistische Agitation und Inhalte ganz gut finden oder zumindest zahlreiche Schnittmengen mit dem Rechtspopulismus haben. Der Erfolg rechtspopulistischer Rhetorik beruht wie schon erwähnt auf deren Kompatibilität mit der sogenannten bürgerlichen Mitte. Durch ihr Andocken an bürgerliche Werte wie Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit verflüssigt rechtspopulistische Rhetorik die Übergänge zwischen liberalem, konservativem, rechtem und rechtsextremem Denken und lässt rechte Positionen oft als «gar nicht rechts» aussehen. Dadurch wird verhindert, dass wir uns mit der wichtigen Frage befassen,

wo und wie konservative – und teils auch liberale – Positionen mit rechten und sogar rechtsextremen verschmelzen. Das heisst, letztlich wird abgewehrt, dass wir uns mit der Frage beschäftigen, inwiefern zum Beispiel Vorurteile kein Problem am rechten Rand sind, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft entstehen und alle Menschen betreffen.

Ein Stück weit bedeutet die Beschäftigung mit rechtspopulistischen Diskursstrategien also, Versäumnisse eingestehen zu müssen, Blindheit, Wegsehen oder gar das eigene Liebäugeln mit diesen Positionen. Das ist kein angenehmes Gefühl. Vor allem aber bedeutet die Beschäftigung mit diesen Strategien, dass man nicht mehr sagen kann, nichts gewusst zu haben. Es beraubt einen der Möglichkeit, sich hinter Überraschung und Empörung oder hinter einer irgendwie unschuldigen Position verstecken zu können. Und nicht zuletzt nimmt es einem die Option, untätig zu sein.

Die Strategien zu kennen, bedeutet, dass man sich unweigerlich damit befassen muss, wie man mit ihnen umgeht und was man ihnen wann und wie entgegenzusetzen kann. Kurzum: Die Strategien zu kennen, nimmt einen in die Verantwortung und zerschlägt die (schöne) Hoffnung, dass die aktuellen Entwicklungen zufällige Ereignisse oder Ausrutscher in einer ansonsten liberalen Fortschrittsgeschichte sind.

Am Reissbrett entworfen oder durch Zufall gewachsen?

Wir haben es teilweise mit geplanten und professionellen Vorgehensweisen zu tun, mit denen die Gesellschaft

in eine reaktionäre Richtung gelenkt werden soll und auch wird. Das ist jüngst zum Beispiel an der Veröffentlichung *Inside AfD: Der Bericht einer Aussteigerin* von Franziska Schreiber deutlich geworden. Schreiber berichtet unter anderem, wie die AfD bewusst die Falschmeldung in die Welt setzte, Angela Merkel habe «die Grenzen geöffnet».

Zur Erinnerung: Es ist der 4. September 2015, als Angela Merkel einen Anruf des damaligen österreichischen Kanzlers Werner Faymann bekommt. Er berichtet ihr von Tausenden von Geflüchteten, die aus Ungarn kommend nach Österreich und Deutschland wollen. Die beiden Politiker kommen zur Einschätzung, dass sich diese Menschen nur mit Gewalt von ihrem Ziel abhalten lassen würden. Und Gewalt schliessen beide aus. Die Grenzen hingegen werden nicht geöffnet, denn diese sind im Schengen-Raum seit Jahren ohnehin offen. Der Grünen-Politiker Konstantin von Notz nennt deshalb die Theorie, Merkel habe die Grenzen geöffnet, die «Dolchstosslegende unserer Zeit».¹⁶

Weiter gibt es zahlreiche Strategiepapiere, interne und öffentliche, die darauf verweisen, dass rechtspopulistische Vorgehensweisen geplant sind. Ein Beispiel ist das *Handbuch freierpolitischer Politik* aus Österreich, eine Richtlinie für Parteifunktionäre mit Vorworten von Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer. Ein weiteres ist das interne Strategiepapier der AfD aus dem Jahr 2016.¹⁷ Jüngst ist zudem die Agenda Europe bekannt geworden, ein Netzwerk von über 100 christlich-fundamentalistischen Organisationen im europäischen Raum mit Verbindungen in rechte und rechtspopulistische Milieus, die sich die Bekämpfung liberaler

Sexual-, Familien- und Geschlechterpolitik auf die Fahne geschrieben haben. Auch dieses Netzwerk empfiehlt in seinen Papieren¹⁸ gezielte Kommunikationsstrategien wie zum Beispiel jene, Menschenrechte als «ideologisch motiviert» zu brandmarken.

Das bedeutet nicht, dass es eine Verschwörung mit klaren Masterplänen und Spindoktoren gibt. Zum einen sind die rechtspopulistischen Strömungen, AkteurInnen und Parteien, um die es hier im weitesten Sinne gehen soll, sehr divers und unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Zum anderen sind viele der Strategien auch eher ungeplant entstanden. Sie sind historisch gewachsen, weil sie sich bewährt haben, weil man damit erfolgreich wurde. Welche Strategien tatsächlich bewusst entwickelt wurden und zum Einsatz kommen, welche wiederum sich eher zufällig etabliert haben und immer wieder halb bewusst eingesetzt werden, weil sie wirksam sind, lässt sich nicht in jedem Fall nachvollziehen.

Schweizer Modell

Dieses Buch ist aus einem Schweizer Kontext heraus entstanden. Meine bisherige Forschung zu Antifeminismus, Anti-Gender und Anti-Gleichstellungspolitik in Verbindung mit rechtspopulistischen Diskursstrategien bezieht sich überwiegend auf die Schweiz – auch wenn sich viele dieser Diskurse länder- und akteurübergreifend beobachten lassen.

Der Schweizer Kontext ist besonders interessant, weil er ein Exempel für den Erfolg rechtspopulistischer Agitation darstellt. Am Beispiel der Schweiz kann auf-

gezeigt werden, wie rechtspopulistische Diskursstrategien historisch und aktuell erfolgreich zum Einsatz gebracht wurden und werden, wie sie zur Rechtsdominanz im Schweizer Parlament führten und dazu, dass die SVP, ihre politischen WortführerInnen, aber auch ihre AnhängerInnen und WählerInnen sowie ihre Medien heute das politische Klima und die Themensetzungen im Land dominieren.

Die SVP ist erwiesenermassen ein Vorbild für rechtspopulistische Parteien und AkteurInnen in ganz Europa. Ihre Kampagnen und ihre politische Ikonografie dienten anderen Parteien in Europa wiederholt als Vorbild, und regelmässig applaudieren rechtspopulistische Leader ihren Vorstössen und «Erfolgen» in der Migrations- und Europapolitik. Auch wird die Erfolgsgeschichte der SVP immer wieder aufgerufen, um die unter RechtspopulistInnen beliebte Forderung nach direkter Demokratie und die damit verbundene Anrufung des Volkes als letzte Instanz politischer Entscheidung zu bekräftigen.

Zwischen Schweizer RechtspopulistInnen und ihren GesinnungsgenossInnen im restlichen Europa bestehen enge Verbindungen, wie Charlotte Theile in ihrem Buch *Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten* herausarbeitet.¹⁹ Zum Beispiel hat sich gezeigt, dass Schweizer SVP-AkteurInnen in die Wahlpropaganda der AfD involviert sind.²⁰

Die Schweizer RechtspopulistInnen hausieren mit diesen Kontakten lieber nicht, denn das Erfolgsrezept der SVP besteht in ihrer Etablierung als vernünftige Partei der bürgerlichen Mitte. Verbindungen zu Haudegen-PopulistInnen werden daher vertuscht. Generell

wird in der Schweiz eine öffentliche und (selbst)-kritische Auseinandersetzung darüber gemieden, inwiefern man es hierzulande mit einer rechtspopulistischen Erfolgsgeschichte zu tun hat – selbst von linker oder liberaler Seite. Dafür gibt es sicher verschiedene Gründe, einer ist womöglich, dass dies das liberale Selbstbild der Schweiz gefährden würde. Während die SVP sowohl in der Forschungsliteratur als auch in ausländischen Medien als rechtspopulistisch eingestuft wird, tendiert man in der Schweiz dazu, sie als volksnahe Bürgerpartei zu verniedlichen, wie der Historiker Damir Skenderovic feststellt.²¹

Neben solchen Vernebelungstaktiken und Verdrängungstendenzen haben auch andere Faktoren dem Rechtspopulismus in der Schweiz zum Erfolg verholten. Ein Beispiel hierfür ist der Umstand, dass die Schweiz, die sich gern als Musterland der Demokratie darstellt, als einziger Staat in Europa kein Gesetz zur Offenlegung von Parteifinanzierung kennt. Dafür wird sie vom Gremium gegen Korruption des Europarats regelmässig gerügt, bisher allerdings erfolglos. Es bleibt also verborgen, wie viel Geld Schweizer SVP-Milliardäre in rechtspopulistische Kampagnen stecken, jüngst zum Beispiel in die «Anti-Menschenrechts-Initiative» (die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative), die auf eine Infragestellung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) hinausgelaufen wäre. Diese Heimlichtuerei ist seit Jahrzehnten das Geschäftsmodell des Schweizer Rechtspopulismus.²²

Historischer Hintergrund

Die Historiker Gianni D'Amato und Damir Skenderovic arbeiten heraus, wie es in der Schweiz seit den Sechzigerjahren sieben rechtspopulistischen Parteien gelang, Sitze im Nationalrat zu erringen. Das sind mehr als in jedem anderen europäischen Land. Es gibt, wie D'Amato und Skenderovic anmerken, eine bemerkenswert kontinuierliche Präsenz von politischen AkteurInnen, die sich manichäischen Gesellschafts- und Weltbildern verschreiben, einem Schwarz-weiss-Denken also, das die Welt in Eigenes und Fremdes einteilt, in Nationales und Ausländisches, in Elite und Volk.²³

Die Nationale Aktion (1961), die Vigilance in Genf (1965) und die Republikanische Bewegung (1970) inszenierten sich als kompromisslose Verteidigerinnen des Volkswillens und suchten mit Tabubrüchen und Provokationen die politischen Debatten zu polarisieren. Weiter machten sie Migration und Ausländerpolitik zu zentralen Themen ihrer Agenda. Und: Sie waren mehr als nur rudimentär organisierte Bewegungen, denn sie bauten relativ stabile, parteiförmige Organisationsstrukturen auf und konnten sich, wenn auch zunächst marginal, dauerhaft in der schweizerischen Parteienlandschaft behaupten.

Sie waren die ersten politischen Parteien, «die sich ganz dem Kampf gegen die Arbeitsimmigration verschrieben hatten und entsprechende demografische, sozioökonomische und kulturelle Bedrohungsszenarien entwarfen».²⁴ Ihre parlamentarische Stellung als Kleinstparteien mit geringem WählerInnenanteil kompensierten die Schweizer Rechtspopulisten mit dem regen

Gebrauch der Instrumente der direkten Demokratie. Effizient nutzten sie diesen politischen und diskursiven Handlungsspielraum, um nachhaltig Druck auf öffentliche Debatten und politische Entscheidungsprozesse auszuüben, insbesondere in der Migrations- und Ausländerpolitik. Ein Beispiel hierfür ist James Schwarzenbach und seine erste grosse «Überfremdungsinitiative» aus dem Jahr 1970. Schwarzenbach kann als erste rechtspopulistische Leitfigur mitsamt eigener Partei im Nachkriegseuropa bezeichnet werden. 1972 gründete Jean-Marie Le Pen den Front National und baute ihn allmählich zu einer straff organisierten Partei auf. Es folgten Parteien in Belgien, Dänemark, Norwegen, Österreich und so weiter.

In den Neunzigerjahren vollzog die SVP dann ihre Transformation von einer rechtskonservativen Partei zu einer rechtspopulistischen. Mit ihrer Anti-EU-respektive Anti-EWR-Rhetorik, überhaupt mit Anti-Öffnungspolitik, mit provokativen und extrem professionellen Kampagnen, mit einer zentralisierten Parteiorganisation und der charismatischen Führerfigur Christoph Blocher gelang der Sprung zur Massenpartei beziehungsweise Volkspartei.²⁵

Die SVP war also nicht immer eine rechtspopulistische Partei, aber gerade ihre Hinwendung zur rechtspopulistischen Politisierung ermöglichte ihren Aufstieg. Auch gelang es ihr, die früheren rechten Splitterparteien zu verdrängen, eine dominante Stellung zu erlangen und schliesslich zur wählerstärksten Partei der Schweiz zu werden. Das Erfolgsrezept war gemäss dem Politologen Simon Bornschier die Opposition gegen universalistische Werte wie die Menschenrechte, gegen die

Öffnung nach aussen, gegen europäische Integration sowie gegen Pluralismus und Multikulturalismus.²⁶

Zum Rezept der SVP gehört auch, dass es ihr dank der Mittel der direkten Demokratie gelingt, eine paradoxe Doppelrolle von Oppositions- und Regierungspartei einzunehmen. Denn die Regierungsbeteiligung gereichte der SVP – anders als bei anderen rechtspopulistischen Parteien wie der FPÖ Ende der Neunzigerjahre – nie zum Nachteil. Im Gegenteil, wie Skenderovic ausführt: «Die ausgeprägte Konsens- und Konkordanz-Demokratie, die in der Nachkriegszeit zum zentralen Gründungsmythos des Erfolgsmodells Schweiz geworden ist, hat das Spielen dieser Doppelrolle erst ermöglicht. Befördert wird dieser Mythos bis heute, nicht zuletzt durch das augenfällige Vergessen, ja Verdrängen der wegweisenden Rolle der Schweiz in der Geschichte des europäischen Rechtspopulismus.»²⁷

Der Rechtspopulismus à la SVP hat sich das Schweizer Konsensmodell zunutze gemacht, das darauf beruht, möglichst alle einzubinden und die Legitimität von Entscheidungen von der konsensuellen Entscheidungsfindung abhängig zu machen. Das ermöglichte der SVP, aus der Opposition heraus zu fordern, *immer* berücksichtigt werden zu *müssen*, und sich dabei gleichzeitig als Regierungspartei zu etablieren.

Seit diesem Aufstieg hält sich in der Schweiz die Erzählung, die SVP sei eine bürgerliche Partei, die, so die weit verbreitete Meinung, radikale rechtsextreme Bewegungen und Parteien gerade dadurch verhindere, dass sie ihre Basis absorbiere. Eine Partei also, deren Aufstieg letztlich eine erfolgreiche Integration, eine Art spezifisch schweizerische Bändigung der extremen

Rechten darstellt. Kurz: Man ist mit der SVP per Du, klare Distanzierungen von der SVP hört man vonseiten von PolitikerInnen selten, schliesslich muss man mit ihr als wählerInnenstärkste Partei und als stärkste Kraft im Parlament ja irgendwie auskommen. Auch dann, wenn regelmässig klar wird, dass die SVP zwar eine demokratisch gewählte Regierungspartei ist, aber mithilfe des direktdemokratischen Systems fast durchgehend auch die oppositionelle rechtspopulistische Klaviatur bespielt.

Eine zentrale und immer wieder erfolgreiche Melodie, die auf dieser Klaviatur gespielt wird, besteht – ähnlich wie bei anderen rechtspopulistischen AkteurInnen im europäischen Raum – darin, jegliche Verbindung zum Rechtsextremismus systematisch zu verwischen: die extremen Elemente der eigenen Ideologie, die offenkundigen Angebote an rechtsextrem eingestellte WählerInnen und die Verquickungen mit AkteurInnen der extremen Rechten. Wer diese Verbindungen dennoch benennt, wird in der Schweiz oft sogar von Linken zurückgepfiffen. Denn selbstverständlich ist die SVP eine demokratische Partei – für viele ihrer gewählten ExponentInnen trifft diese Einordnung tatsächlich zu, und wenn rechtsextreme AkteurInnen auffliegen, distanziert sich die Partei in der Regel schnell. Aber, und darüber muss gesprochen werden, das ist nicht die ganze Geschichte. Die SVP beheimatet immer wieder auch rechtsextreme Positionen und AkteurInnen.²⁸ Und sie schürt, zum Beispiel mit rassistischen Kampagnenslogans wie «Kosovaren schlitzen Schweizer auf», ein ebensolches Klima in der Bevölkerung. Skenderovic formuliert es gegenüber dem *Tages-Anzei-*

ger wie folgt: «Die SVP macht eine Politik der Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, eine Politik, mit der sich Rechtsextreme identifizieren. Diese Parallelität der Einstellungen und Haltungen macht die SVP attraktiv für Rechtsextreme.»²⁹

Auch wenn sich die SVP von allzu offenen rechtsextremen Äusserungen immer wieder distanziert, bringt sie doch zu viele von ihnen hervor, als dass von einer wirklichen Distanz oder von blossen Einzelfällen oder gar Zufällen die Rede sein könnte. Das zeigt sich an den rassistischen Entgleisungen einzelner SVP-Politiker – zum Beispiel am «Kristallnacht-Tweet» von Alexander Müller (der dafür aus der SVP flog) oder an Beat Mosimanns Positionierung für eine «standrechtliche Erschiessung krimineller Asylsuchender» (die eine strafrechtliche Verfolgung und den Parteiaustritt zur Folge hatte). Im März 2013 liess sich ausserdem der Walliser SVP-Regierungsrat Oskar Freysinger kurz nach seiner Wahl zum Bildungsdirektor vom Schweizer Fernsehen in seinem Haus vor einer deutschen Reichskriegsflagge fotografieren. Die Kriegsflagge der Streitkräfte des Deutschen Reichs von 1871 bis 1918 ist unter Neonazis sehr verbreitet, da sie im Gegensatz zur Hakenkreuzflagge in Deutschland nicht generell verboten ist.

Im Unterschied etwa zur AfD finden sich in der SVP keine radikalen Exponenten wie Björn Höcke, die eindeutig antidemokratische Positionen vertreten und dazu noch einen ganzen Parteiflügel dominieren. Allerdings ist es auch so, dass die SVP klar an der Macht ist und nicht in der Opposition. SVP-AkteurInnen können über dem Stil der AfD stehen, sie können es sich

leisten, weniger schrill aufzutreten und ihre extremen Anliegen in jener irritierenden Kombination aus vermeintlich harmloser Unbedarftheit und sympathisch-hemdsärmeliger Polterigkeit vorzutragen.³⁰ Überspitzt gesagt: Die SVP formuliert radikale Positionen oft so, als würde es um den nächsten Betriebsausflug gehen.

Selbst wenn sich die Partei an formaldemokratische Abläufe hält und justiziable Äusserungen meidet: Anhand der erwähnten Beispiele, aber auch in der Rezeption wird klar, dass diese Grenzen für manche PolitikerInnen wie auch für Teile der SVP-Anhängerschaft keineswegs so klar sind. Die SVP hat wie alle rechtspopulistischen AkteurInnen unübersehbare Brandstiftereffekte. Gleichzeitig agiert sie erfolgreich mit dem Argument, sie *verhindere* radikalere Strömungen, schwäche diese ab, bringe sie in den politischen Prozess ein und absorbiere sie dadurch. Diese Perspektive wird nicht nur von der SVP selber, sondern auch von PolitologInnen und BeobachterInnen unterschiedlichster Couleur vertreten.

Selbst wenn es zutreffen sollte, dass die SVP rechts-extreme Parteien oder überhaupt Akteure rechts von ihr im Zaum hält, wird mit diesem Argument auch erfolgreich die – fragwürdige – Botschaft wiederholt, dass das Agieren der SVP selbst gar nicht extremistisch sei. Zudem stellt sich, wie Charlotte Theile argumentiert, die Frage, ob die Absorbierung, auf die man so stolz ist, gerade deshalb gelingt, weil die SVP selbst immer wieder extreme Positionen und Perspektiven anbietet.³¹

Man muss also auch fragen, inwiefern dieses Appeasement-Argument letztlich nicht in erster Linie eine

Taktik ist, mit der die eigenen extremen Elemente nicht nur vertuscht, sondern auch legitimiert werden und dadurch insgesamt die Grenzen des Extremismus dehnbar gehalten werden. In der Schweiz hat sich zudem die Narration etabliert, dass die SVP, wenn sie so viele WählerInnen mobilisiert, nicht extrem oder radikal sein *kann*.

Nochmal: Natürlich ist es falsch, die SVP als rechts-extreme Partei einzustufen. Sie hat aber klar rechts-extreme Elemente, Tendenzen und AkteurInnen, die schwer als solche zu kritisieren sind, weil sie erfolgreich das Bild der normalen, bürgerlichen Partei etabliert hat und weil es ihr trotz ihrer teilweise radikalen Inhalte gelungen ist, Themen wie Tradition und Bürgerlichkeit für sich zu besetzen.

Es muss ausserdem festgehalten werden, dass die SVP der AfD oder dem Rassemblement National in Sachen rechter Positionen nicht nachsteht – auch wenn sie deren öffentliche Nähe und Zusammenarbeit bisher sorgfältig meidet. Viele SVP-Positionen sind sogar rechter als diejenigen der RechtspopulistInnen in Deutschland und Frankreich.³² Und auch die politische Praxis ist keineswegs harmloser – man denke an die persönlichen Verleumdungen, mit denen politische GegnerInnen und kritische Stimmen mundtot gemacht werden sollen, an die Fake News und inszenierten Tabubrüche in parteinahen Medien wie der *Weltwoche* oder der *Basler Zeitung* und an die oft unverhohlenen rassistische Abstimmungspropaganda.

Nicht zuletzt lässt sich auch beobachten, dass sich die SVP in den letzten Dekaden noch deutlicher vom bürgerlichen Block entfernt hat,³³ was unter anderem

bedeutet, dass sie ihre rechtspopulistische Agitation verstärkt hat. Der Journalist Daniel Binswanger macht in seinen Beobachtungen über den Antiparlamentarismus und die Farce-Politik der SVP deutlich, dass der Antiparlamentarismus der SVP einen neuen Höhepunkt erreicht hat.³⁴ All das gelingt ihr, ohne die demokratische Form in justiziabler Weise zu verlassen und ohne dass ihre demokratische Positionierung explizit hinterfragt würde – eine Gratwanderung, die SVP-AkteurInnen perfekt beherrschen.

Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick

Bei der folgenden Zusammenstellung von 20 rechtspopulistischen Diskursstrategien handelt es sich um eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ich bin, ausgehend von der Forschungsliteratur sowie meiner eigenen Forschungstätigkeit, zu dem Schluss gekommen, dass dies die zentralen Elemente rechtspopulistischer Rhetorik sind. Andere würden womöglich zu einer anderen Auswahl kommen beziehungsweise andere Gewichtungen und Präzisierungen vornehmen.

Auf die Idee, einen solchen Überblick zu verfassen, brachte mich eine kleine Zusammenstellung rechtspopulistischer Diskursstrategien, die die von mir sehr geschätzte Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl auf ihrem Blog zur Verfügung gestellt hat.³⁵ Weil ich diese Übersicht sehr erhellend fand, habe ich beschlossen, dass das Thema eine breitere und systematischere Ausführung verdient, als sie in einem kurzen Text möglich ist. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass es – vor allem in schweizerischen Zusammenhängen – im Umgang mit Rechtspopulismus oft an diesem Wissen über Strategien fehlt. Weil die meisten Menschen nicht hauptberuflich Forschungsliteratur durchforsten oder Zeit haben, dies in ihrer Freizeit zu tun, möchte ich das entsprechende Wissen hier zugänglich machen.

Wie in der Einleitung erwähnt, handelt es sich bei der rechtspopulistischen Rhetorik um eine Mischung aus Stil und Inhalt. Die beiden Dimensionen können nicht unabhängig voneinander analysiert oder dargestellt werden, bei manchen der aufgelisteten Punkte überwiegt die inhaltliche Dimension, während bei anderen stilistische Elemente im Vordergrund stehen. Weiter handelt es sich bei dieser Aufzählung um analytische Schematisierungen und Vereinfachungen. Das heisst, die einzelnen Strategien kommen in der Realität nur selten in der hier beschriebenen Reinform vor. Vielmehr kommen sie häufig in abgeschwächter, unvollständiger Weise zum Einsatz oder aber als Mischformen in Kombination mit anderen Diskursstrategien.

Abschliessend möchte ich ergänzen, dass es sich bei rechtspopulistischer Rhetorik nicht um ein kohärentes ideologisches Gebäude handelt. Rechtspopulismus ist oft widersprüchlich – nicht zuletzt darauf gründet sich sein Erfolg. Entsprechend kann auch eine Zusammenstellung rechtspopulistischer Diskursstrategien nicht in Form einer sauberen und widerspruchsfreien Systematik vorgelegt werden, in der sich die Elemente bruchlos zu einem Ganzen zusammenfügen. Vielmehr stehen die Strategien in Spannung zueinander und überlappen sich. Manche der beschriebenen Diskursstrategien ähneln anderen, handelt es sich doch um Töne derselben Klaviatur, mit der letztlich die immer gleichen Ziele erreicht werden sollen: das Schüren von Ressentiments oder das Andocken an die bürgerliche Mitte.

1. «Das Volk» gegen «die Eliten»

Rechtspopulistische Rhetorik gibt vor, die Interessen des «einfachen Volkes» gegenüber «den Eliten» oder «dem Establishment» zu vertreten. Dabei wird eine homogene Vorstellung von «Volk» stark gemacht.

Im Zentrum von jedem Populismus – sei er links oder sei er rechts – stehen die Ablehnung (angeblich oder real) herrschender «Eliten» und die Berufung auf das «einfache Volk».³⁶

Sowohl das Bild der Eliten als auch das Verständnis des einfachen Volkes, dessen Stimme nun endlich (wieder) gehört werden soll, variieren stark. Im idealtypischen linken Populismus wird das Volk meistens inklusiv definiert, also als Summe aller «kleinen Leute», die gegen ökonomische Eliten und ihre politischen Verbündeten gestellt werden. Im rechten Populismus dagegen wird das Volk meist exklusiv definiert – es geht hier nicht um die «kleinen Leute» im Allgemeinen, sondern ganz entschieden nur um die «eigenen Leute». Oder, wie es die FPÖ immer wieder sagt, um «unsere Leut». Die Eliten werden dagegen oft relativ vage dargestellt – Institutionen oder Wissenschaften fallen darunter, ausserdem «der Staat», die EU und die UNO, aber auch die Menschenrechte oder eine angebliche «Homo-Lobby». Die Medien werden ebenfalls dazugezählt und in diesem Zusammenhang als «Lügenpresse» bezeichnet. Oft hat das Elite-Bashing verschwörungstheoretische Züge.

Das Ziel dieser Rhetorik ist eine Politik der Abgrenzung, die es PopulistInnen ermöglicht, für sich selbst einen Aussenseiterstatus zu reklamieren, sich von den jeweiligen Eliten entscheidend abzuheben und zu FürsprecherInnen des Volkes und der kleinen Leute zu werden – auch wenn sie in Wahrheit mehr auf Wahlerfolge und Positionen im Staatsapparat aus sind, als sich für realpolitische Massnahmen zugunsten ihrer WählerInnen einzusetzen. Indem sie die Eliten nur vage definieren, können sich sogar sehr etablierte Personen als AussenseiterInnen gegen das sogenannte Establishment positionieren.

«Das Volk» gegen «die Eliten» am Beispiel von Personen, Parteien und Regimes

Der gut vernetzte Milliardär Donald Trump inszeniert sich erfolgreich als volkstümlicher Gegner der «Eliten». Er tut dies, indem er sich als Gegner des Partei-Establishments in Washington und der akademisch gebildeten, kulturellen Eliten gibt. Doch nicht nur Individuen, sondern auch ganze Parteien und Regimes inszenieren sich als Gegner des Establishments. In der Schweiz schafft die SVP den Spagat, gleichzeitig Oppositionspopulismus zu betreiben *und* Regierungspartei zu sein, ja sogar wählerInnenstärkste Partei. Dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gelingt es selbst nach Jahren der autoritären Alleinregierung noch, sich als volkstümliche Kämpfer gegen die Eliten zu inszenieren.

Der relative Erfolg dieser Abgrenzungsstrategie fusst auf drei Grundlagen: Erstens ist es ganz allgemein leichter, *gegen* als *für* etwas zu sein. Daher ist die Geste der Opposition zentral für populistische Agitation. Man wendet sich *gegen* Eliten, *gegen* die Mächtigen und schafft damit das Angebot, etwas abzulehnen.

Zweitens knüpft der Populismus damit an weit verbreitete Empfindungen der Ohnmacht und des Zukurzgekommenenseins an. Viele Menschen fühlen sich gesellschaftlichen Entwicklungen ausgeliefert, die sie nicht beeinflussen können, deren Grundlagen kaum einsichtig sind und die dazu führen, dass sie weniger haben, als ihnen zustünde. Daher ist das Bild korrupter Eliten, die die Interessen des Volkes verraten haben, sehr attraktiv. Es benennt Schuldige und bietet gleichzeitig die Möglichkeit, sich auf das «Eigene» zu beziehen, sich selbst zu ermächtigen, über sich selbst zu bestimmen, aber auch sich von niemandem etwas vorschreiben zu lassen. Das Bild «böse Eliten versus unschuldiges Volk» enthält letztlich auch das Angebot, jederzeit auf dem eigenen Standpunkt beharren zu können, keine Kompromisse eingehen, sich keinen Veränderungen anpassen und generell keine anderen Anliegen als die unmittelbar eigenen ernst nehmen zu müssen. Aufgrund der exklusiven Volksdefinition im Rechtspopulismus wird eingrenzbar, wer genau selbstbestimmt sein darf, wer Teil der Opposition ist – und wer nicht.

Drittens bietet die Vagheit der Begriffe «Volk» und «Elite» grosse politische und ideologische Flexibilität. Weil diese Begriffe so unklar sind, können Freund-Feind-Bestimmungen immer nach den aktuellen Bedingungen changieren.

2. Konstruktion von Konflikten

Das Schüren von Konfliktlinien und die Etablierung von Freund-Feind-Schemata machen es möglich, die Anliegen «des Volkes» über die «der anderen» zu stellen.

Das Beschwören eines Konflikts zwischen «uns» und «denen» ermöglicht es RechtspopulistInnen, klare Feindbilder zu schaffen und Sündenböcke zu etablieren. Um dauerhafte polarisierende Frontstellungen zu gewährleisten, beziehen RechtspopulistInnen Positionen, die für ihre GegnerInnen inakzeptabel sind. Sie arbeiten an einem Klima der Unvereinbarkeit, polarisieren die politischen Lager und erreichen damit eine Aufspaltung in «wir» und «die anderen». Dies gelingt allerdings nur, wenn sich genügend WählerInnen in diesem Wir-Pool verorten, sich also mitnehmen und in einen offenen Gegensatz zur «politischen Klasse» setzen lassen. Aus diesem Grund konzentrieren sich RechtspopulistInnen auf die Aspekte, die ein hohes Mass an öffentlicher Aufmerksamkeit und kommunikativer Verwertbarkeit versprechen, wie der Soziologe Oliver Geden zusammenfasst.³⁷

Eine der zentralen Strategien, um dies zu erreichen, ist die Politisierung alltagsweltlicher Differenzen, das heisst identitätspolitischer Abgrenzungen: «Bei uns leben wir so», «Wir sprechen so», «Jungen sind nun mal nicht gleich wie Mädchen» oder «Wir wollen nicht unsere Kinder homosexalisieren». Es wird fortwährend eine eigene Identität hervorgehoben, die fundamentale alltagskulturelle Differenzen gegenüber

einem angeblich unveränderlichen anderen behauptet. Unablässig wird vor der Benachteiligung des «eigenen Volkes» oder dem «Ausverkauf unserer Werte» gewarnt und die «natürliche Geschlechterordnung» betont. Rechtspopulistische Rhetorik fokussiert auf Themen, die möglichst Wir/Die-Konflikte heraufbeschwören, sei es gegenüber MigrantInnen, gegenüber Feministinnen oder gegenüber dem Establishment.

Die rechtspopulistische Rhetorik ist auf Konflikte ausgerichtet, nicht auf Konsens. Im Zentrum stehen nicht langwierige Aushandlungsprozesse oder Konfliktlösungsmechanismen, wie sie für pluralistische Demokratien charakteristisch sind oder sein sollten, sondern die permanente Heraufbeschwörung von Konflikten, die unlösbar scheinen.

Das bedeutet zum Beispiel, dass jene Probleme in den Vordergrund gestellt werden, die nicht oder nur schwer in Kompromisse zu überführen sind (z.B. Zwangsehe, Zwangsverschleierung, Genitalbeschneidung). Rechtspopulistische Rhetorik orientiert sich nicht an verhandelbaren kulturellen Differenzen oder gar an Gemeinsamkeiten, sondern setzt auf maximale Trennlinien. Jeder Versuch, identitätspolitische Konflikte zumindest teilweise in lösbare Auseinandersetzungen zu übersetzen, kann auf diese Weise mit neuen Maximalforderungen torpediert und erneut mit der Behauptung konfrontiert werden, damit würden die «fest verwurzelten Wertvorstellungen» des eigenen Volkes weiterhin mit Füßen getreten. Die Betonung von Konfliktlinien macht es letztlich möglich, das Volk zu verabsolutieren und die Berücksichtigung von Minderheitenpositionen insgesamt als Problem oder als überflüssig darzustellen.

3. Ethnopluralismus anstelle von Rassismus

Der Rechtspopulismus distanziert sich vom klassischen, biologistischen Rassismus und stützt sich stattdessen auf scheinbar unverdächtige Konzepte wie «kulturelle Identität».

Der aktuelle Rechtspopulismus geht auf Distanz zum klassischen, biologistischen und hierarchisierenden Rassismus, fordert aber ethnopluralistisch das Recht auf kulturelle Identität und nationale Präferenz. Ethnopluralismus bedeutet, dass Völker als kulturell-ethnische Einheiten definiert und damit gegen andere, gegen «Fremde» gestellt werden. Diese Abgrenzung wird anders als im historischen Rassismus nicht biologisch bestimmt, sondern kulturell. Statt von verschiedenen «Rassen» spricht man von verschiedenen Völkern. Die Kernthese lautet, dass Völker unveränderliche Eigenschaften hätten, deren Erhaltung ein Wert an sich sei, ein Wert, der sich aufgrund von Migration und Globalisierung in Gefahr befände. Mit diesem Argument lassen sich letztlich Ausschluss und Diskriminierung rechtfertigen. Im Kern handelt es sich beim Ethnopluralismus also um eine Variation von Rassismus.

«Ethnopluralismus anstelle von Rassismus»

am Beispiel der «Erfurter Resolution»

Der Ethnopluralismus klingt im Ziel von Björn Höckes «Erfurter Resolution» wider, die Auflösung der «deutschen Identität» zu beenden. Ethnopluralisten wie Höcke behaupten, dass jeder

Mensch eine bestimmte, feste kulturelle und ethnische Identität habe. Wenn Menschen mit verschiedenen Identitäten aufeinandertreffen, komme es unweigerlich zu Konflikten, vielleicht sogar zu Bürgerkriegen. Deswegen sei es besser, die verschiedenen «Kulturen» zu trennen. Entscheidend für dieses Konzept ist die Annahme, dass die kulturelle und ethnische Identität eines Menschen unveränderbar sei. Der Ethnopluralismus sagt, zu Ende gedacht, dass es erfolgreiche Integration niemals geben kann.

Entsprechend wird der Ethnopluralismus auch mit Nationalismus verbunden. Es lässt sich auf der Grundlage von Ethnopluralismus sogar leichter behaupten, dass ein Mensch mit einem anderen kulturellen Hintergrund nicht zur eigenen Kultur passt, als dies mit dem Argument, dass ein Mensch eine andere Hautfarbe hat, möglich wäre. Wie der Politikwissenschaftler Richard Stöss schreibt, ist diese Art von Neorassismus noch mehr als der traditionelle biologistische Rassismus geeignet, die Bedürfnisse breiter sozialer Schichten nach Orientierung, Identität und Schutz in einer Zeit des raschen Umbruchs zufriedenzustellen. Die beiden wichtigsten Artikulationsformen dieses Rassismus sind in der rechtspopulistischen Agitation in Europa heute der antimuslimische Rassismus und der Antiziganismus – MuslimInnen und Roma gelten als die grösste Gefahr für die kulturelle Einheit und Reinheit der europäischen Völker. Gerade in Bezug auf MuslimInnen kommt dabei eine paradoxe Form von Bewunderung ins Spiel: Viele RechtspopulistInnen

sagen den MuslimInnen nach, genau den kulturkämpferischen Elan für die Erhaltung der eigenen Kultur zu haben, den viele EuropäerInnen heute missen liessen.

Dank dieser Strategie erscheint der neue ethnopluralistische Rassismus als harmlose Vielfaltsideologie. Indem EthnopluralistInnen ihre Fremdenfeindlichkeit dann noch als «Inländerfreundlichkeit» (z. B. als Deutschen- oder SchweizerInnenfreundlichkeit) ausgeben, verbinden sie ihren Rassismus und ihre Reinheitsphantasmen mit einem scheinbar humanitären Anliegen: Proklamiert wird der Schutz eines angeblichen Menschenrechts auf Erhaltung der eigenen Kultur.³⁸

Im Zentrum steht der Schutz eines Kernlandes oder einer Heimat. Angeboten wird dabei oft eine verklärte und vage Bezugnahme auf eine gemeinsame Vergangenheit, die Sehnsucht nach einer homogenen und zumeist patriarchalen Gemeinschaft (auf die Rolle der hierarchischen Geschlechterordnung komme ich noch) und nach einem vermeintlich geteilten Wissen darüber, was die richtige Art zu leben ist. Diese vom Rechtspopulismus propagierten Vorstellungen vom zu bewahrenden Eigenen und abzuwehrenden Fremden kommen selten aus dem Nichts. Vielmehr knüpfen sie an bestehende nationalistische Diskurse über «Leitkulturen» an, nehmen diese auf, spitzen sie zu und verstärken sie.

4. Emotionen statt Argumente

Rechtspopulismus setzt nicht auf Argumente, sondern auf Empörung, Hass, Angst und Ressentiments.

Rechtspopulistische WortführerInnen argumentieren bewusst nicht ausgewogen und rational, sondern schüren mit emotionaler Ansprache Ängste, Vorurteile, Hass und Empörung. Sie docken dabei bewusst an vorhandene Ressentiments und Gefühle von Unbehagen an, geben diesen latent vorhandenen Stimmungen einen Anschein von Berechtigung und Legitimität und befeuern sie.

Der Soziologe Felix Knappertsbusch spricht von einer «vorurteiligen Rhetorik», mit der Rechtspopulismus auf der Grundlage von Stereotypisierung, Aversionen und Feindschaft ein verzerrtes und paranoides Bild von bestimmten Gruppen (von «den Fremden») aufbaut.³⁹ Dabei werden oft auch implizite Kommunikationsmittel verwendet: Man formuliert nicht direkt menschenfeindliche Positionen, vielmehr wird der vorurteilige Charakter der eigenen Rhetorik negiert und der Anschein einer egalitären Normvorstellung vermittelt.

«Emotionen statt Argumente» am Beispiel von Gewalt gegen Frauen

Einerseits betonen RechtspopulistInnen, dass Gewalt gegen Frauen ein Problem darstelle, gleichzeitig wird die Gewalt vor allem als Problem von Migration und ausländischen, konkret: muslimischen Tätern dargestellt. Auf diese Weise

wird Gewalt gegen Frauen zwar benannt – man positioniert sich als progressiv, für Frauenrechte und so weiter –, im gleichen Atemzug wird das Problem aber relativiert und ethnisiert, weil es nicht als Problem der eigenen Gesellschaft verhandelt wird, sondern hauptsächlich als das von anderen. Dadurch werden Aversionen gegen eine bestimmte Gruppe geschürt, gleichzeitig erscheinen Ressentiments auf diese Weise in Einklang mit demokratisch-egalitären Normvorstellungen. In Wahrheit besteht die Funktion der vorurteiligen Rhetorik aber darin, Diskriminierung, Herabsetzung und die Schlechterbehandlung bestimmter Gruppen zu legitimieren. Indem immer wieder entsprechende Fälle von Gewalt aufgegriffen und thematisiert werden, wird das auf Vorurteilsbasis vorhandene Bild einer allgegenwärtigen Gefahr durch Fremde gestärkt. Weil die in der Tat schrecklichen Fälle zu Recht stark emotionalisieren, wird eine Einordnung in gesamtgesellschaftliche Gewaltverhältnisse und Statistiken verunmöglicht. Es ist nicht mehr erkennbar, dass die allermeisten Fälle von Gewalt gegen Frauen nicht durch Fremde, sondern im eigenen privaten Umfeld verübt werden. Der Verweis auf solche Sachverhalte wird dann als kalte Empathielosigkeit gegenüber den Opfern zurückgewiesen.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es sich bei rechtspopulistischen WortführerInnen nicht um Personen handelt, die lediglich ein paar Debatten und Argumente verpasst haben und deswegen noch veral-

tete Geschlechterbilder oder einen hinterwäldlerischen Blick auf Migration pflegen. Ebenso wenig sind es Personen, die es «einfach nicht besser wissen». Vielmehr haben wir es mit Leuten zu tun, die *entschieden* haben, xenophobe, rassistische, sexistische Gefühle zu bedienen, zu verstärken und gesellschaftlich akzeptabel zu machen. Es sind Leute, die dazu beitragen, dass zum Beispiel jemand wie Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wird – und zwar nicht *obwohl* er sexistische Ansichten vertritt, sondern *weil* er «sich traut», bestimmten Ressentiments (gegen Frauen, Feminismus, LGBTIQ-Community usw.) freien Lauf zu lassen.

Gerade weil sie letztlich auf die Emotionen ihres Publikums zielen, setzen RechtspopulistInnen in ihren Auftritten auch nicht auf Belegbarkeit und Fakten – diese werden vielmehr bewusst umgangen. Medien (in der Schweiz z. B. *20 Minuten* oder *Blick*, in Deutschland *Bild*) greifen diese affektive Diskursstrategie oft auf. Sie werden zu Gehilfinnen, indem sie beim Anfachen von Ressentiments mitmachen, etwa wenn sie die Debatte mit Titelgebungen zuspitzen, die auf Unterstellungen basieren. Viele Medien stärken die absurden Thesen der Rechten, indem sie diese quasineutral als offene Fragen thematisieren, anstatt als Lügen oder gar nicht.

5. Rhetorik der Angst⁴⁰

Von allen Emotionen, die der Rechtspopulismus adressiert, ist Angst die wichtigste. Es werden Szenarien konstruiert, denen zufolge «das Volk» oder «die Heimat» von inneren oder äusseren Feinden bedroht sind.

Angstmache ist eine durchgängige und übergeordnete rechtspopulistische Strategie- und Kampagnenlogik. Populär sind apokalyptische Bedrohungsszenarien, die nahelegen, «das Volk», «die Heimat», «die Nation» oder «die (Leit)Kultur» würden bedroht, unterwandert, in ein Chaos oder in «postmoderne Beliebigkeit» gestürzt.

Die Angstmache geht ausserdem einher mit dem Benennen von Verantwortlichen, von Sündenböcken, von äusseren oder auch inneren Feinden, die für die Misere verantwortlich sind und vor denen die Gesellschaft geschützt werden muss. Dies sind die bereits angesprochenen «anderen», namentlich MigrantInnen, Geflüchtete, Jüdinnen und Juden, Roma, MuslimInnen oder andere Minderheiten, aber auch «Feministinnen», «die Homo-Lobby», «KommunistInnen» und so weiter und so fort.

Dabei werden Gerüchte, Strohmann-Argumente oder Falschmeldungen verbreitet, sei es über hohe Geflüchtetenzahlen, sei es über MigrantInnen und Geflüchtete, die als «illegal» dargestellt werden oder als Menschen, die nicht flüchten, sondern kommen, um die Sozialleistungen in reichen europäischen Ländern auszunützen und «uns» etwas wegzunehmen. Dies geschieht durch

die bewusste Verbreitung von Lügen, wie zum Beispiel der Behauptung, Angela Merkel habe «die Grenzen geöffnet», oder durch grobe sachliche Verzerrung, etwa bei der Darstellung von Einwanderungszahlen oder auch Kriminalitätsstatistiken.

«Rhetorik der Angst» am Beispiel von Agenda Europe

Angstmache auf der Grundlage von verzerrten oder falschen Fakten ist eine zentrale rechtspopulistische Diskursstrategie, die, wie in Strategiepapieren nachzulesen ist, gezielt eingesetzt wird. Das ultrakonservative Lobby-Netzwerk Agenda Europe beispielweise empfiehlt seinen Mitgliedern, «keine Angst davor zu haben, unrealistisch oder extremistisch zu sein», und rät weiter:

- «Verleumde Gegner und Institutionen, die uns nicht förderlich sind.
- Werde ein respektierter Gesprächspartner auf internationalem Niveau.
- ie Mitglieder sollen sich über iskriminierung sowie über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch LGBTI-Aktivist*innen, Feminist*innen usw. beklagen. Institutionen, wie etwa der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, sollen als «ideologisch motiviert» gebrandmarkt werden.»⁴¹

Es wird bewusst das Bedürfnis nach einem gefährlichen Gegenüber geschürt, auf das man die eigenen Ängste abladen kann. Dabei werden Objekte ausgewählt, die vor dem Hintergrund herrschender Debatten einen ersten Anschein von Plausibilität vermitteln können.

Angesichts der «Islamdebatten» und «Flüchtlingsdebatten» der letzten Jahre ist es kaum verwunderlich, dass diese Gruppen im Fokus der Angstprojektionen stehen und von RechtspopulistInnen ständig gezielt aktiviert und politisch relevant gemacht werden. Dass es sich um vorsätzliche Strategien handelt, zeigt sich unter anderem in geleakten E-Mails der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch an den Vorstand, in denen es heisst, «dass der Islam das brennendste Thema des AfD-Programms überhaupt» und für die «Aussenkommunikation» am besten geeignet sei. «Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues», schreibt Storch weiter. «Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islam stürzen wie auf kein zweites Thema.»⁴²

Tatsächlich werden Medien oft zu Steigbügelhalter eines Angstmacher-Vokabulars, indem sie von «Masseneinwanderung», «Asyltourismus» oder «Flüchtlingsfluten» schreiben. Flucht und Migration werden zu einem einzigen Bedrohungsszenario stilisiert. Das wiederum ermöglicht es der rechtspopulistischen Politik, «Ängste» hochzuhalten, die «ernst genommen werden müssen», und sich als Retterin in der Not zu inszenieren, die bereit ist, die Probleme auf einfache Weise zu «lösen», etwa durch Grenzschliessungen oder durch die Abschiebung sogenannter illegaler oder krimineller MigrantInnen. RechtspopulistInnen stiften Brände, um sich als FeuerlöscherInnen inszenieren zu können. Das «Ernstnehmen der Ängste» von manchen rechtfertigt die Marginalisierung und Diskriminierung von vielen.

6. Erweiterung des Sagbaren

Mit sogenannten Tabubrüchen erweitern RechtspopulistInnen die Grenzen des Sagbaren, inszenieren sich selbst als Opfer und bereiten damit den Boden für eine verzerrte Darstellung der Wirklichkeit.

RechtspopulistInnen leben von ihrem Ruf als TabubrecherInnen. Dazu gehören Provokationen, Skandalisierung und demagogische Zuspitzung. Wie das Strategiepapier der AfD zum Bundestagswahlkampf aus dem Jahr 2016 festhält: «Harte und provokante Slogans sind wichtiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze, die es allen recht machen wollen.» Man dürfe «vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken» und müsse «ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein».⁴³

Martin Walser, Thilo Sarrazin und andere haben die Tabubruch-Inszenierung («Das wird man ja wohl noch sagen dürfen») im deutschsprachigen Raum salonfähig gemacht.⁴⁴ In der Schweiz äusserte sich der Publizist Kurt W. Zimmermann lobend über Journalisten wie *Weltwoche*-Chefredaktor Roger Köppel, die sich – anders als in Deutschland – «alles zu sagen trauen» und den Tabus beziehungsweise der «Einheitsdoktrin» entgegengetreten.⁴⁵ Auch der Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht bläst in ein ähnliches Horn, wenn er in der *NZZ* schreibt, dass die Realität nun endlich enttabuisiert werde.⁴⁶ Gumbrecht diagnostiziert eine philosophische «Rückkehr zum Realismus» und das Ende der dauernden Hinterfragung und Relativierung. End-

lich setze sich die «Sehnsucht nach dem, was ist», durch und das verhängte «Tabu über der Wirklichkeit» würde aufgebrochen. Das hat dazu geführt, dass Aussagen, die früher als Stammtisch-Parolen galten, heute wie Befreiungsschläge wirken.

«Erweiterung des Sagbaren» am Beispiel der Kölner Silvesternacht 2015/16

Nach den Ereignissen der Silvesternacht 2015/16 am Kölner Bahnhof wurden «Tabubrüche» gefordert. Allerdings wurde nicht – wie man erwarten könnte – endlich öffentlich über sexualisierte Gewalt gesprochen. Vielmehr bestand der Tabubruch darin, laut auszusprechen, dass eine bestimmte Kultur, nämlich die der Muslime, angeblich exklusiv zu sexualisierter Gewalt neige.⁴⁷ Genau besehen macht die Unterstellung eines Tabus es möglich, pauschalisierende Zuschreibungen wie zum Beispiel «Muslime = Vergewaltiger» zu formulieren. Hier wird die Funktion des Tabubruchs deutlich: Es geht darum, die Wirklichkeit grob zu entstellen, Hass zu säen und zivilisatorische Standards rückgängig zu machen.

Gemäss der rechtspopulistischen Narration wird angeblich «die Wahrheit» tabuisiert, weil Minderheiten geschützt werden sollen. In Wirklichkeit ist es so, dass nicht etwa Tabus die Benennung von Wahrheiten verhindern, sondern dass im Laufe der letzten Jahrzehnte in mühsamen Kämpfen gewisse Standards erstritten wurden, die es möglich machen, diskriminierende Aus-

sagen zu stigmatisieren. Genau diese Standards reissen RechtspopulistInnen nun wieder ein – und zwar nicht indem sie eine «verschwiegene Wahrheit» aussprechen, sondern indem sie Fakten verzerren und Vorurteile schüren.

Mit der Rhetorik des Tabubruchs geht die Selbstinszenierung als Opfer einher, nämlich die verbreitete Klage, angeblich keine freie Meinung mehr haben zu dürfen und von niemandem gehört zu werden. Freie Meinungsäusserung ist ursprünglich ein demokratisches Instrument, um BürgerInnen vor dem Staat und vor Strafverfolgung zu schützen, das heisst die freie Meinung der Individuen gegenüber dem Staat zu sichern. In der rechtspopulistischen Umdeutung wird freie Meinungsäusserung aber zu einer Formel, um alles sagen zu dürfen, Minderheiten zu beleidigen, Sexismus okay zu finden, die Gefühle anderer zu verletzen oder auch Grundgesetze, Verfassungsaufträge und Menschenrechte infrage zu stellen – ohne dafür kritisiert werden zu dürfen. AkteurInnen wie Thilo Sarrazin teilen extrem aus, werden sie aber kritisiert, behaupten sie, es gebe einen «Tugendterror».

7. Positionierung als seriöse DiskurspartnerInnen⁴⁸

Rechtspopulistische AgitatorInnen inszenieren sich als ausgewogen und seriös, indem sie beispielsweise Gäste aus dem konservativen, liberalen oder sogar linken Spektrum zu ihren Veranstaltungen einladen, sie als GastautorInnen anheuern, sie Repliken schreiben lassen oder sie interviewen.

In der Regel formulieren RechtspopulistInnen keine offen rassistischen oder gar neonazistischen Positionen, die als Hetze sanktionierbar wären. Vielmehr argumentieren sie so, dass sie sich gerade noch innerhalb eines akzeptierten (rechtlichen) Rahmens bewegen. Extreme Absichten und Positionen werden verborgen oder so kodiert, dass sie an einen gesellschaftlichen Mainstream-Diskurs andocken können und mit jenen des bürgerlichen Spektrums vereinbar scheinen. Klare Unterscheidungen zwischen rechten, wertkonservativen, rechtsnationalen, rechtsextremen, liberalen oder auch linken Meinungen werden verwischt. Ziel ist es, das Bild der Ewiggestrigen abzustreifen und sich als legitime DiskurspartnerInnen ins Spiel zu bringen.

Beinahe scheint es, als habe man sich Thora Ruths Empfehlungen verschrieben, die bereits in den Siebzigerjahren in *La Plata Ruf*, der rechtsextremen Zeitschrift der Deutschen in Argentinien, empfahl:

«Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee der <Ewig-Gestrigen> passen. Eine Werbeagentur muss sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen.

Und wenn kariert Mode ist, darf man sein Produkt nicht mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussage muss freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation <Die sollen doch heimgehen> nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: <Dem Grosskapital muss verboten werden, nur um des Profits Willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.> Der Sinn bleibt der gleiche: <Fremdarbeiter raus!> Die Reaktion der Zuhörer wird aber grundverschieden sein.»

Zur Strategie, sich als legitime DiskurspartnerInnen ins Spiel zu bringen, gehört auch, dass rechtspopulistische AgitatorInnen Gäste aus dem konservativen, liberalen oder sogar linken Spektrum zu ihren Veranstaltungen einladen, sie als GastautorInnen anheuern, sie Repliken schreiben lassen oder sie interviewen. Damit inszenieren sie sich als ausgewogen und seriös.

«Positionierung als seriöse DiskurspartnerInnen» am Beispiel rechter Medien

Die deutsche Zeitung *Junge Freiheit* lässt regelmässig bürgerliche AutorInnen schreiben. Ähnlich agiert die Schweizer *Weltwoche*. Diese lud die Schweizer Juso-Präsidentin Tamara Funicello ein, um im hauseigenen Online-Videokanal mit Roger Köppel zu diskutieren. Mir selbst bot die Zeitung nach einer wochenlangen Kampagne gegen meine Person die Möglichkeit zu einem Interview an mit den Worten: «Nachdem Sie von unserem Blatt

stark kritisiert wurden, finden wir es angebracht, Ihnen die Gelegenheit zu geben, Ihren Standpunkt darzulegen. (...) Wir finden es wichtig, dass unsere Leserschaft auch einmal Ihre Sichtweise erfährt.»

Solche Einladungen ermöglichen es, die rechtspopulistische Agenda auf den Stand einer «normalen Debatte» zu heben.

8. Aufhebung des Links-rechts-Schemas

RechtspopulistInnen behaupten oft, «jenseits von rechts und links» zu stehen. Dadurch erscheinen ihre Positionen als unideologisch und vernünftig und ihre VertreterInnen als diejenigen mit dem «gesunden Menschenverstand».

RechtspopulistInnen behaupten regelmässig, jenseits des politischen Links-rechts-Schemas zu stehen, das sie als Ganzes zurückweisen. Oft bezeichnen sie sich selbst nicht als rechts, ja nicht einmal als konservativ. In den Worten der ehemaligen AfD-Parteisprecherin Frauke Petry: «Rechts und Links sind Begriffe, die schon lange nicht mehr gelten.» Solche Abgrenzungen nennt man in der Forschung «Äquidistanz». Die Einordnung in das Links-rechts-Schema wird abgelehnt, vielmehr wird in diesem Zusammenhang häufig gefordert, dass man sich von links- wie rechtsextremen Positionen distanzieren müsse.

Durch diese Rhetorik erscheinen RechtspopulistInnen als mittig, unideologisch und vernünftig, als diejenigen mit dem «Hausverstand»⁴⁹ oder «gesunden Menschenverstand». Sie geben damit vor, die «normalen Leute» und damit die vernünftige Mehrheit jenseits aller Extreme zu repräsentieren.

«Aufhebung des Links-rechts-Schemas» am Beispiel der *Weltwoche*

Die *Weltwoche* versuchte, wie bereits unter Punkt 7 erwähnt, mich zum Interview zu überreden –

inklusive Einladung zum Kaffee. Damit einher ging das Bestreben, sich selbst als einen adäquaten politischen Gegner jenseits der Hardliner zu normalisieren. Der Redakteur schrieb: «Das Ideal einer demokratischen Gesellschaft ist doch dann gegeben, wenn man in der politischen Debatte hart gegeneinander kämpft, danach aber trotzdem ein Bier miteinander trinken geht. Wenn man dies aktiv praktiziert, so ist dies das beste Signal an die Hardliner auf beiden Seiten, die auf eine Spaltung der Gesellschaft hinarbeiten.»

Ein weiteres Beispiel findet sich in einer Talkrunde bei *Maischberger*. Hier führte Roger Köppel 2016 exemplarisch vor, wie Äquidistanz funktioniert: Er beschuldigte «die Linken», sie würden angeblich bestimmte Positionen ungerechtfertigt als rechtsextrem abstempeln. Damit würden sie viele Menschen stigmatisieren, ihnen ihre legitimen Sorgen absprechen und die wichtigen Themen, die sie einbringen, tabuisieren. Dies sei, so Köppel weiter, gefährlich und führe dazu, dass diese Leute dann tatsächlich rechtsextrem würden und Asylheime anzündeten. Zum einen suggerierte Köppel damit, dass nur rechtsextrem ist, wer Asylheime anzündet – womit er das bekannte Bild vom Rechtsextremen als tumbem Neonazi zeichnet. Zum anderen inszenierte er sowohl sich selbst als auch die SVP und AfD (Petry sass ebenfalls in der Sendung) als vernünftige Angebote, die mit rechtsextremen Positionen nichts am Hut haben, ja solche Radikalisierung sogar *verbindern*. Köppel deutete an, in der

Schweiz würden deshalb keine Asylheime brennen, weil die SVP den Leuten eine vernünftige Politik entgegenhalte.

Eine weitere Variation der Äquidistanz bot in der Schweiz jüngst Markus Somm, der ehemalige Chefredaktor der von rechts finanzierten *Basler Zeitung* (*BaZ*), als er im Interview mit der *Tageswoche* die Ausrichtung seiner Zeitung als Beitrag zum Pluralismus darstellte. Ihm und der SVP-Leitfigur Christoph Blocher sei es lediglich darum gegangen, in der Schweiz für mehr Meinungsvielfalt zu sorgen: «Unser Ziel bestand darin, Alternativen aufzuzeigen.» Deshalb sei es auch gut, so Somm weiter, dass es die eher linke *Tageswoche* gebe. «Es ist wichtig, dass wir konträre Ansichten haben, dass wir diese pflegen und dass wir darüber streiten. Es geht gar nicht darum, wer hier recht hat. Sondern das Entscheidende ist, dass man unterschiedlicher Meinung sein kann.» Mit diesem Bekenntnis zum Pluralismus lenkte Somm von jeder inhaltlichen Kritik an seiner Zeitung ab. Folgt man Somm, geht es letztlich lediglich darum, Teil eines pluralen Meinungsspektrums zu sein.

Ein eher bizarres Beispiel stammt vom AfD-Politiker Björn Höcke. Beim Thüringer AfD-Landesparteitag, in dessen Rahmen er zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gekürt wurde, bezeichnete er die Dresdner Pegida als natürliche Verbündete der AfD. Mit der – eindeutig neonazistisch ausgerichteten – Thüringer Thügida habe man dagegen nichts zu tun. Als die so Zurückgewiesenen kurz darauf eine Demon-

stration gegen den «Verräter» Höcke ankündigten, inszenierte er sich via Facebook als Opfer aller Extremismen: «Offenbar hat der politische Extremismus in diesem Land, und zwar der von ganz links und der von ganz rechts – vom Regierungsextremismus will ich an dieser Stelle schweigen –, mich zu seinem ganz speziellen Feind erkoren.»

Die programmatische Auflösung der Kategorien «links» und «rechts» ist eine Strategie, mit der es obsolet und altbacken erscheint, sich überhaupt noch mit der Frage nach der politischen Positionierung zu befassen. Damit wird die entscheidende rechtspopulistische Botschaft salonfähig, dass letztlich alles erlaubt ist. Und vor allem: Es ist okay, RechtspopulistInnen zu wählen.

Auf diese Weise wird es möglich, dass Konservative, Liberale oder selbst Linke sich nach rechts bewegen können, ohne dass es auffallen würde. Denn schliesslich ist man, ausgehend von der Prämisse der Äquidistanz, nicht rechtsextrem, ja noch nicht einmal rechts (historisch kennen wir dieses Phänomen von 1933, als zahlreiche Konservative unter ähnlichen argumentativen Vorzeichen der NSDAP beitraten).

Mit dem Claim, es gehe «nicht um links und rechts», sondern um verschiedene Meinungen, ist auch nicht mehr benennbar, auf welche Weise liberale, konservative, rechte und rechtsextreme Denkweisen zum Teil ineinandergreifen.

9. Die Macht, Themen zu setzen

Durch Behauptungen und Pauschalisierungen werden andere dazu gezwungen, sich permanent am gesetzten Diskursrahmen und Themensetting abzuarbeiten.

Indem Wahrheiten einfach gesetzt werden («Migrantinnen sind so», «Frauen sind so», «Homosexualität ist unnatürlich» usw.), demonstrieren RechtspopulistInnen Selbstbewusstsein und Überlegenheit. Sie beziehen sich dabei häufig auf nicht überprüfbare Fakten, da solch vereinfachende Thesen wissenschaftlich nicht belegbar sind. Viel eher greifen sie auf den sogenannten gesunden Menschenverstand, auf Alltagserfahrungen zurück: «Ich sehe doch, dass Mädchen mit Puppen spielen, also sind Mädchen prädestinierte Hausfrauen.» Oder: «Ich sehe doch, dass Schwarze dealen, also sind Schwarze von ihrer Kultur her kriminell.»

Der Rekurs auf den gesunden Menschenverstand lässt es legitim scheinen, sich *nicht* mit komplexen Zusammenhängen, Einordnungen, gesellschaftlichen (Macht)Verhältnissen und den historischen Hintergründen von Phänomenen zu befassen. Stattdessen verabsolutieren RechtspopulistInnen die eigene Alltagssicht (auch anekdotische Evidenz genannt) und definieren damit, was falsch und was richtig ist.

Eine solche Rhetorik der Behauptung und der Pauschalisierung drängt GegnerInnen und DiskussionspartnerInnen – zum Beispiel in Talksendungen – unweigerlich in eine schwächere Position. Sie sind gezwungen, sich an den Setzungen der Rechtspopu-

listInnen abzuarbeiten, und können immer nur *reagieren*, statt zu *agieren*. Anders gesagt: Sie sind gezwungen, den gesetzten Diskursrahmen und die vorgegebenen Themen zu übernehmen und sich permanent darin zu bewegen, egal wie abstrus oder menschenfeindlich sie sind. Rechtspopulistische WortführerInnen verhindern damit, dass andere ihre Themen und Anliegen einbringen. Gegenargumente werden meist zum Anlass genommen, einfach etwas Neues oder anderes zu behaupten und GegnerInnen über immer weitere Stöckchen springen zu lassen.

Kurzum: Mithilfe von pauschalisierenden Behauptungen demonstrieren RechtspopulistInnen, dass sie die Macht haben (und zugesprochen bekommen), die Richtung der Diskussion, ja den gesamten Diskussionsrahmen vorzugeben.

10. Forderung nach (medialer) Meinungsvielfalt

Verbreitet wird die Auffassung, man müsse Rechtspopulismus permanent Aufmerksamkeit schenken – ansonsten sei man unausgewogen, gegen Meinungsvielfalt oder gar undemokratisch. Mit diesem Argument wird Dauerpräsenz in den Medien erzielt.

RechtspopulistInnen behaupten, wir stünden kurz vor der Gleichschaltung der Presse oder sogar unseres Bewusstseins, beziehungsweise sie legen nahe, beides habe längst stattgefunden. So ist die Rede von «Staatsfernsehen», «Einheitsbrei» und «Mainstream», während man die eigenen Positionen als «zweite» oder «andere Meinung» ins Spiel bringt, als «Alternative», als Beitrag zur «Meinungsvielfalt» – wie zum Beispiel die rechte Schweizer Zeitung *Weltwoche* mit Titeln wie «Mut zur Vielfalt». Bei genauer Betrachtung kommen die neuen BeschwörerInnen der Vielfalt allerdings alle aus der gleichen politischen Ecke, wie die Slawistin Sylvia Sasse schreibt.⁵⁰

RechtspopulistInnen nutzen die demokratische Norm des Pluralismus aus und deklarieren die eigenen autoritären, drastischen und hetzerischen Positionen als Ausdruck von Vielfalt.⁵¹ Dabei fordern sie, dass man ihre Positionen «gleichberechtigt» miteinbeziehe. Wer es nicht tut, wird als unausgewogen gebrandmarkt oder sogar als demokratiefeindlich und intolerant. Gerade in der Schweiz kann man beobachten, wohin die Forderung nach «Ausgewogenheit» führte: Um den Vorwurf der Unausgewogenheit zu entkräften, liess man,

so Sasse, beständig RechtspopulistInnen zu Wort kommen. Die Forderung nach «journalistischer Neutralität» wurde zum Einfallstor für rechtspopulistische Selbstinszenierung.

RechtspopulistInnen setzen darauf, dass das Ideal der Meinungsvielfalt tief ins mediale Selbstverständnis eingewoben ist und selbst dann zum Tragen kommt, wenn klar ist, dass jene, die Vielfalt einfordern, etwas ganz anderes als Vielfalt vor Augen haben. Manche Medien fügen sich dem Druck, rechtspopulistische Positionen abzubilden, andere hegen tatsächlich Sympathien, und wiederum andere handeln aus Kalkül zur Steigerung von Klicks, Einschaltquoten und Auflage.

Die Erklärung seitens vieler Medien, einen Beitrag zur Meinungsfreiheit und objektiven Berichterstattung zu leisten, hält jedenfalls selten stand. Zum einen wird eine Vorstellung von Objektivität bewirtschaftet, die oft ihre Grenzen erreicht, sobald es um die Berücksichtigung von anderen Parteien und Stimmen geht, etwa jenen von MigrantInnen und geflüchteten Menschen, von Frauen, von der LGBTIQ-Community oder von alleinerziehenden Müttern. Die Gratissendezeit, die RechtspopulistInnen in den Medien bekommen, ist, gemessen an den zum jeweiligen Zeitpunkt von ihnen repräsentierten WählerInnen, oftmals stark überproportional. Überproportional ist die Airtime auch im Verhältnis zu jener, die andere Parteien erhalten. Besonders frappierend war dies im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Ähnliches galt aber auch für die AfD, die ab 2015 mediale Dauerpräsenz hatte, und es stellt sich die Frage, inwiefern ihr dies auch Stimmen brachte.

Zweitens lässt die behauptete Objektivität meist eine sorgfältige Prüfung und Bewertung von Aussagen missen. Natürlich gibt es zu vielen Fragen nicht immer ein klares «wahr» oder «unwahr» beziehungsweise «richtig» oder «falsch». Manche Fragen sind zu komplex für solche eindeutigen Einordnungen und zahlreiche Konflikte gehen tatsächlich auf abweichende Werte und Vorlieben zurück. In vielen Fällen gibt es die Unterscheidungen zwischen «wahr» oder «unwahr», «richtig» und «falsch» aber doch. Man könnte deshalb durchaus erwarten, dass es zur Aufgabe von Medien gehört, den Wahrheitsgehalt der Aussagen von PolitikerInnen zu prüfen. Ebenfalls könnte man erwarten, dass es nicht zur journalistischen Aufgabe zählt, Wahrheit und Lüge zugunsten eines falsch verstandenen Pluralismus als zwei gleichberechtigte Meinungen nebeneinanderzustellen. Und schliesslich könnte man von Medien erwarten, dass es zu ihrer Aufgabe zählt, zu prüfen, ob eine Position mit demokratischen Normen vereinbar ist. Das Hochhalten der freien Meinung müsste sich konsequenterweise auch mit der Frage befassen, wohin menschenverachtende Positionen und deren Verbreitung in der Konsequenz führen können und aus welchen normativen und objektiven (!) Gründen es besser sein könnte, wenn sie *nicht* Teil des akzeptierten öffentlichen Diskurses werden.

**«Forderung nach (medialer) Meinungsvielfalt»
am Beispiel der USA**
Der in den USA zwischenzeitlich als eine Art
Popstar der öffentlichen Debatte gefeierte
britische Aktivist Milo Yiannopoulos bediente

lehrbuchartig die hier beschriebene Strategie. Seine Selbstinszenierung war fast vollständig dadurch geprägt, dass er offensiv intolerante Positionen vertrat, für die er dann aber wieder Toleranz einforderte. Ein deutliches Beispiel dafür, wie wenig die auf Vielfalt pochende populistische Strategie mit realem Pluralismus zu tun hat, bietet natürlich auch Donald Trump. Wenn dieser in der Presse für Falschaussagen kritisiert wird, beschwert er sich regelmässig über «unfaire» oder «einseitige» Berichterstattung. Er will also, dass seine Aussagen ungeprüft und unkritisiert wiedergegeben werden, als nicht hinterfragbare Wahrheiten. Dabei zögert er nicht, die Medien insgesamt als «Feind des amerikanischen Volkes» zu brandmarken. Wenn diese seine Positionen kritisieren, interpretiert er es als Verstoss gegen Neutralität und Vielfalt.

Dabei handelt es sich nicht nur um rhetorische Possen. Manche RechtspopulistInnen übernehmen, sobald sie genug Macht haben, tatsächlich die Kontrolle über die Medien, bringen KritikerInnen zum Verstummen und schaffen damit Vielfalt ab. Beispiele hierfür sind die Fidesz in Ungarn und die PiS in Polen.

11. Diskussionsbereitschaft als Falle

RechtspopulistInnen inszenieren sich als diskursbereit und bauen darauf, dass ihre KontrahentInnen darauf vertrauen, sie mit besseren Argumenten entkräften zu können.

RechtspopulistInnen setzen darauf, dass man sie mit dem Vorsatz, sie argumentativ entkräften, entzaubern oder vorführen zu können, in Talkshows einlädt, an Veranstaltungen reden lässt und in Interviews befragt. Dabei ist ihnen bewusst, dass die von den liberalen GegnerInnen dadurch erwünschte Wirkung auf die ZuschauerInnen nur selten eintritt. Die AfD gewinnt ihre Sympathien nicht, weil niemand bessere Argumente formuliert hätte; sie gewinnt, obwohl bessere Argumente schon lange allgegenwärtig sind. Der Politikwissenschaftler Floris Biskamp zeigt auf, dass die argumentative Entkräftung häufig versucht wurde. Doch obwohl zig Bücher, Artikel und Tutorials darüber existieren, wie man RechtspopulistInnen argumentativ entkräften kann, und obwohl derartige Entkräftungen im Rahmen von Fact Checks auch regelmässig Teil des öffentlichen Diskurses sind, zog die AfD zweifelnd in den Bundestag ein.⁵²

Die laufende Einbeziehung rechtspopulistischer WortführerInnen in die Debatten bewirkt, dass diese (mit)bestimmen können, über welche Themen gesprochen wird. Natürlich wählen sie dann die Themen aus, bei denen sie am besten Ressentiments verbreiten können, etwa Migration, Islam, Gleichstellung, Feminis-

mus – selten aber Wohnungsnot, Pflegezustand oder Renten. Bei ihrer Themenwahl können sich RechtspopulistInnen darauf verlassen, dass viele ZuhörerInnen für die Mobilisierung von Affekten empfänglicher sind als für rationale Argumente. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Menschen, die zum Beispiel rassistische Ressentiments hegen, dies nicht tun, weil die Gegenargumente nicht verfügbar wären oder nicht oft genug öffentlich präsentiert würden. Sie tun es, weil sie so denken und fühlen *wollen*.

Entgegen der aufgeklärten Idealvorstellung passiert es selten bis nie, dass rechtspopulistische WortführerInnen zu irgendeinem Zeitpunkt eingestehen, blamiert oder entkräftet worden zu sein. Auch kann man, wie die sozialpsychologische Forschung über Vorurteile zeigt, nicht davon ausgehen, dass diejenigen, die empfänglich sind für rechtspopulistische Angebote, die entsprechenden WortführerInnen jemals als blamiert wahrnehmen – selbst wenn sie argumentativ zerpfückt werden. Mit anderen Worten: Rechtspopulistische AkteurInnen können damit rechnen, dass ihre Rede bei einem Teil des Publikums trotz besserer Gegenargumente positiv aufgenommen wird⁵³. Sie wissen, dass diejenigen ZuschauerInnen, die eine Affinität für Ressentiments haben, nach einer Talkrunde mit rechtspopulistischer Beteiligung auch angesichts der besten Gegenargumente keine relevanten Verschiebungen weg von ihren Positionen machen, sondern sich dadurch, dass ihre Vorurteile in der Öffentlichkeit ausgesprochen werden, bestätigt fühlen. Anders gesagt: Diejenigen, die eine starke Affinität nach rechts haben, werden sich, wie Biskamp ausführt, von einem «libe-

ral-pluralistischen Argumentationslogiker kaum stärker beeindruckt zeigen als von einem neurechten Rhetoriker».⁵⁴ Weiter argumentiert Biskamp, dass «die öffentliche Argumentation gegen rechts sich zwar mitunter argumentationslogisch als valide erweisen kann, aber ein empirisches Publikum deswegen noch lange nicht effektiv überzeugen muss». Kurzum: RechtspopulistInnen können sich darauf verlassen, dass die dialogisch orientierte Gesellschaft daran festhält, sie argumentativ entkräften zu können, und daran glaubt, dass das Verbreiten von rationalen Argumenten dem Verbreiten von Ressentiments überlegen sei. Und zwar auch dann noch, wenn der rechtspopulistische Erfolg immer deutlicher zeigt, dass rationale Argumente offensichtlich kaum greifen.

«Diskussionsbereitschaft als Falle»

am Beispiel von Donald Trump

Trumps erfolgreicher Wahlkampf verdeutlicht, inwiefern Argumente wirkungslos sind. Seitdem Trump seine Teilnahme an den republikanischen Primaries erklärte, wurde er nicht nur in vielfacher Hinsicht lächerlich gemacht, es wurde auch ein ums andere Mal gezeigt, dass viele seiner Behauptungen unhaltbar und seine Pläne nicht umsetzbar sind. Gewählt wurde er wohl nicht *trotz* all dieser Widerlegungen, sondern *weil* er damit wiederholt ins Rampenlicht gestellt wurde und seine Ideen auf diese Weise überhaupt zur Kenntnis genommen wurden.

Dies heisst freilich im Umkehrschluss nicht, dass öffentliches Argumentieren nichts nützt. Es gibt Teile der Öffentlichkeit, die für Argumente offen sind, und es bleibt wichtig, dass diese sehen, wie wenig die Politik der RechtspopulistInnen trägt. Es ist aber unbestritten, dass Teile der Öffentlichkeit für solche Argumente eben *nicht* zugänglich sind. Es braucht deshalb eine kontinuierliche und kritische Reflexion darüber, welche Art der öffentlichen Auseinandersetzung zu einer Entkräftung und welche zu einer Instrumentalisierung der Öffentlichkeit durch RechtspopulistInnen führen kann.

12. Rechte Kulturrevolution

Gekämpft wird um das Meinungsmonopol und darum, den Resonanzraum für rechtes Gedankengut zu erweitern.

Der rechtsintellektuelle französische Theoretiker Alain de Benoist und viele andere Rechtsintellektuelle berufen sich auf eine Konzeption von kultureller Hegemonie, die, ironischerweise, auf den marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci zurückgeht. Das heisst, sie machen sich Versatzstücke von Gramscis Theorie für ihre Zwecke zunutze, insbesondere von seiner These, dass für politische Veränderungen zunächst Vorarbeit auf dem «vopolitischen» Terrain der Kultur nötig sei. Im Anschluss an Gramsci formulieren rechtsintellektuelle DenkerInnen das Ziel, zunächst einen Kampf um das Monopol der öffentlichen Meinung zu führen, also den Resonanzraum für rechtes Gedankengut zu erweitern und es für möglichst breite Teile der Bevölkerung plausibel zu machen. Erst in einem zweiten Schritt soll versucht werden, parlamentarische beziehungsweise politische Macht zu erreichen.

«Rechte Kulturrevolution» am Beispiel der Neuen Rechten

Alain de Benoist verweist in seinem Aufsatz *Was ist die Neue Rechte?* (1984) darauf, dass die Neue Rechte nicht als politische Bewegung verstanden werden dürfe. Im Gegensatz hierzu handele es sich vielmehr um eine «Kultur-

bewegung, die nicht direkt an den Problemen unmittelbarer Politik interessiert ist, sondern theoretische, grundsätzliche Studien bevorzugt, die einen gewissen Abstand von der Tagespolitik erfordern».

Gemäss dieser rechten Gramsci-Auslegung müssen AkteurInnen und Institutionen wie Medien, Wissenschaft, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften oder Kultur vereinnahmt und ihr Konsens nach rechts verschoben werden. Die Strategie läuft darauf hinaus, eine «Metapolitik» zu gestalten, mit der im «vopolitischen», das heisst ausserparlamentarischen Raum die Grundlagen für eine spätere politische Machtübernahme gelegt wird. Es geht also zunächst nicht um Parteipolitik oder um eine politische Mehrheit, sondern darum, den Diskurs und den Konsens einer Gesellschaft nach rechts zu verschieben. Die Schriftstellerin Nora Bossong formuliert es folgendermassen: «Eines haben die Identitären besser als viele linke Aktivisten begriffen: Wenn man einen gesellschaftlichen Umsturz will, reicht es nicht, den Winterpalais, den Reichstag oder die Volksbühne zu stürmen. Aus den Gebäuden ist man schnell wieder rausgetragen. Sie wollen vielmehr das Denken verändern.»⁵⁵

Im Gegensatz zur neurechten Strategie wollte Gramsci am Verstand der *Individuen* andocken, um sie ethisch, intellektuell und in Erwägung der eigenen sozialen Situation für die Notwendigkeit von Veränderungen zu überzeugen. Gramsci verfolgte klar einen Ansatz «von unten». Demgegenüber setzen rechtspopulistische Vorgehensweisen – entgegen ihrer Rhetorik der «einfachen

Leute» – oft auf Top-down-Strategien: Gezielt wird auf intellektuelle und mediale Eliten und MultiplikatorInnen. Das zeigt sich in dem Versuch neurechter Intellektueller, Zeitschriften, Verlage und Institute zu etablieren. Ein Beispiel sind auch die Milliardeninvestitionen in die Etablierung rechter Medien in der Schweiz.

Die als Neue Rechte bekannte intellektuelle Strömung ist keineswegs identisch mit dem politischen Projekt des Rechtspopulismus. Erst recht folgen nicht alle rechtspopulistischen Führungsfiguren bewusst irgendwelchen an Gramsci angelehnten Langzeitplänen zur Vorbereitung des politischen Umsturzes. Jedoch besteht in einigen Ländern eine deutliche Nähe zwischen diesen Strömungen, und viele Rechtsintellektuelle sehen mit der gegenwärtigen Erfolgswelle des Rechtspopulismus den Moment gekommen, auf den sie so lange hingearbeitet haben.

Die Herausforderung besteht wohl darin, diese Strategie weder zu überschätzen noch zu unterschätzen. Einerseits sollte man dem neurechten Pathos von einer zukünftigen «Machtübernahme» oder vom bevorstehenden «Umbruch» nicht unbedacht auf den Leim gehen und das rechtsintellektuelle Getöse nicht unnötig aufwerten. Andererseits sollte man diese Strategie auch nicht vorschnell als unrealistisch abtun. Denn tatsächlich hat sich die politische Kultur in den letzten Jahren in vielen Ländern Europas und Nordamerikas deutlich nach rechts verschoben und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass es Kräfte von rechts gibt, die ganz real Macht übernehmen.

13. Forderung nach der «wahren Demokratie»

Rechtspopulistische Rhetorik gibt vor, Demokratie zu verteidigen, delegitimiert aber gleichzeitig demokratische Grundprinzipien.

RechtspopulistInnen fordern in der Regel – anders als Rechtsextreme – nicht eine Zerstörung des demokratischen Systems. Vielmehr berufen sie sich betont auf die Demokratie und sogar darauf, im Gegensatz zu den etablierten Parteien für eine «wahre Demokratie» einzustehen und den wirklichen «Willen des Volkes» zu vertreten. Allerdings bleibt die populistische Demokratievorstellung wirr: Man bekennt sich zu Elementen der liberalen Demokratie wie Meinungsfreiheit, Mitbestimmung und Selbstbestimmung und grenzt sich damit vom Extremismus ab. Gleichzeitig grenzt man sich damit auch von den etablierten Kartellparteien ab – man behauptet, im Gegensatz zum «linksliberalen Einheitsbrei» echte demokratische Werte zu leben.

Dabei zögert man nicht, die Volkssouveränität gegen den Verfassungsstaat auszuspielen, diesen als «formalistisch» zu verspotten und die rechtsstaatlichen Institutionen und internationalen Abkommen, Menschenrechtskonventionen und Minderheitenschutz als dem Volkswillen zuwiderlaufend darzustellen. Beansprucht wird folglich, dass der demokratische Willen jenseits liberal-demokratischer Grundsätze und Rahmenbedingungen zum Ausdruck gebracht wird.⁵⁶ Das heisst, Demokratie wird als unmittelbare und absolute Umsetzung eines als homogen konstruierten Volkswil-

lens verstanden und auf das Mehrheitsprinzip reduziert. Mit der Vorstellung eines homogenen Volkswillens stellt die populistische Demokratiekonzeption Elementen der modernen Demokratie – zum Beispiel dem geduldigen Aushandeln, Abwägen und Argumentieren – die autoritäre Dezision gegenüber. Es wird eine Art «demokratischer Extremismus»⁵⁷ idealisiert, das heisst, die reale Interessen- und Meinungsvielfalt wird abgelehnt und soll in einer mehrheitsabsolutistischen, tendenziell autoritären Gemeinschaft von Entscheidungen ausgehebelt werden.

Als Alternative zur parlamentarischen Repräsentation wünschen sich RechtspopulistInnen Volksabstimmungen und fordern die Einführung entsprechender Verfahren. In der Schweiz, wo das plebiszitäre Verfahren etabliert ist, initiieren RechtspopulistInnen immer wieder Initiativen, die genau auf die Bereiche zielen, in denen Volksabstimmungen am problematischsten sind: nämlich Abstimmungen in Bezug auf Entscheidungen über die Rechte von Minderheiten, über die Einbindung in internationale Abkommen und Institutionen und Abstimmungen über den Rechtsstaat.

«Forderung nach der «wahren Demokratie» am Beispiel der SVP

Die SVP führt seit Jahren Kampagnen gegen einen vermeintlich bedrohlichen «Richterstaat», in dem sich vor allem das Bundesgericht anmasse, die «Volkssouveränität» zu untergraben. Einem Entschluss des Bundesgerichts, der kommunale Volksabstimmungen über Einbürgerungsanträge untersagt und stattdessen Ablehnungen begrün-

dungspflichtig macht, damit Betroffene Berufung einlegen können, setzte die SVP den «gesunden Menschenverstand» entgegen. Die stimmberechtigten StaatsbürgerInnen sollten sich der SVP zufolge für ihre ablehnende Haltung gegenüber MigrantInnen keinesfalls rechtfertigen müssen. In dem von der SVP lancierten und auf eine Verfassungsänderung zielenden Referendum operierte die Partei mit dem programmatischen Slogan «Das Volk hat immer recht». Ähnliche Angriffe der SVP auf grundlegende rechtsstaatliche Garantien waren und sind auch in anderen Bereichen zu beobachten (zum Beispiel bei der sogenannten Ausschaffungsinitiative 2010 und bei der Durchsetzungsinitiative aus dem Jahr 2016). Jüngst zeigten sich diese Angriffe wieder in der sogenannten Selbstbestimmungsinitiative, die den Titel «Schweizer Recht statt fremde Richter» trug und auf die Relativierung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zielte. Diese Initiative wollte erreichen, dass die Bundesverfassung zwingend über völkerrechtlichen Verträgen wie die EMRK steht. Dabei behaupteten die InitiantInnen, es gehe um die Mobilisierung der Demokratie.

RechtspopulistInnen schaffen also einen erstaunlichen Spagat: Sie delegitimieren demokratische Grundprinzipien, stellen die Gewaltenteilung infrage und gefährden die Unabhängigkeit der Justiz. Gleichzeitig präsentieren sie sich aber als VerteidigerInnen der Demokratie. Durch das Bekenntnis zur Demokratie wird letztlich

erfolgreich verdeckt, dass man auch *innerhalb* formal-demokratischer Regeln Schnittmengen mit extremistischen Elementen haben kann, das heisst antipluralistische Positionen vertreten und gegen den Rechtsstaat agieren kann.

Nicht zuletzt – auch hier zeigt sich ein Demokratiedefizit – verehren RechtspopulistInnen häufig eine charismatische Führerfigur als Repräsentantin «des Volkswillens». Viele rechtspopulistisch ausgerichtete Parteien oder Bewegungen sind zudem stark hierarchisch organisiert oder, wie im Fall von Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid, sogar nur auf ein einziges Mitglied ausgerichtet, das alle relevanten Entscheidungen allein trifft.

14. Antiparlamentarismus

Das Parlament, das heisst die zentrale Institution repräsentativer Demokratie, wird lächerlich gemacht.

Der Antiparlamentarismus ist eng verbunden mit der Delegitimation demokratischer Prinzipien. RechtspopulistInnen betrachten den Pluralismus sowie die Prozedere der Parlamente als Problem und stellen ihnen einen als einheitlich imaginierten Volkswillen gegenüber, den geeignete PolitikerInnen lediglich erkennen und umsetzen müssten. RechtspopulistInnen sind der Ansicht, dass die in den Parlamenten etablierten Parteien diesen homogenen Volkswillen nicht widerspiegeln. Eine zentrale Strategie ist deshalb die Lächerlichmachung der parlamentarischen Demokratie. Nicht selten boykottieren oder stören RechtspopulistInnen Abläufe mangels Sachkenntnis oder mangels Kenntnis der parlamentarischen Prozeduren oder halten Parlamente mit permanenten Farce-Anfragen auf Trab.⁵⁸

«Antiparlamentarismus» am Beispiel des Schweizer Nationalrats

Der Journalist Daniel Binswanger beschreibt die zunehmenden rechtspopulistischen Propaganda-Aktionen, mit denen die Parlamentsarbeit gestört bis extrem schwierig gemacht wird: «Die Ausweitung der politischen Kampfzone und die kontinuierliche Absenkung von Standards sowohl der Sachlichkeit als auch des Anstandes sind in der Schweizer Politik selbstredend schon seit den

80er-Jahren im Gang. Sie erreichen aber einen neuen Höhepunkt mit dem gezielten Lächerlichmachen der Parlamentsarbeit, das die SVP neuerdings fest in ihre Kommunikationsstrategie integriert hat.»⁵⁹ SVP-Exponenten blockieren Abläufe, dehnen ihre Redezeit aus, inszenieren Spektakel, um Medienechos zu erzeugen, und ziehen die Arbeit des Parlaments ins Lächerliche. Die Logik dieser Aktionen hat SVP-Führer Christoph Blocher bei seinem Rücktritt aus dem Nationalrat selbst beim Namen genannt. «Am meisten bedroht sind Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt jetzt durch Bern selber», erklärte er im Mai 2014. Die Kernbotschaft lautet: Die VolksvertreterInnen sind die Feinde des Volkes. Folglich ist auch alles, was den Nationalrat in seiner Arbeit behindert, den parlamentarischen Prozess sabotiert, die Institution delegitimiert und der Lächerlichkeit preisgibt, ein Dienst am Schweizer Volk. Da die Volkspartei ein Drittel der Nationalräte stellt, kann sie den von ihr angeprangerten parlamentarischen Leerlauf – sozusagen als selbsterfüllende Prophezeiung – gleich selbst herbeiführen, wie Binswanger weiter ausführt. Je entwürdigter die Institution, desto plausibler die These von ihrer Schädlichkeit.

15. Gegen den Rechtsbruch, aber auch gegen den Rechtsstaat

Betont werden Recht und Verfassung, zeitgleich werden rechtsstaatliche Ordnungen in den Bereichen ausgehebelt, die RechtspopulistInnen nicht passen.

RechtspopulistInnen haben ein ähnliches Verhältnis zum Recht wie zur Demokratie. Auf der einen Seite inszenieren sie sich als die VerteidigerInnen der Rechtsordnung und der Verfassung. Den «Eliten» werfen sie vor, das Recht zu brechen und den Bestand der verfassungsmässigen Ordnung durch ihre laxen Politik zu gefährden. Auf der anderen Seite positionieren sie sich gegen die Rechtsordnung, wann immer sie ihnen nicht passt – dies ist insbesondere in Bezug auf rechtsstaatlich oder gar verfassungsmässig garantierte Ansprüche für Angehörige von Minderheiten der Fall. Hier wird die Existenz entsprechender Rechtsnormen entweder gänzlich ausgeblendet oder als Beispiel für die Lächerlichkeit der «verrückten» liberalen Ordnung vorgeführt, die für den gesunden Menschenverstand nicht nachvollziehbar sei und der Umsetzung des Volkswillens im Wege stehe.

«Gegen den Rechtsbruch, aber auch gegen den Rechtsstaat» am Beispiel der Migrationspolitik der AfD

Eine solche einseitige und strategische Bezugnahme auf die Rechtsordnung zeigt die AfD im Hinblick auf Migrationspolitik. Einerseits werden

die PolitikerInnen der AfD nicht müde, der Bundesregierung insgesamt und der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Besonderen einen «Rechtsbruch» in der Flüchtlingspolitik vorzuwerfen: Als die Regierung angeblich «die Grenzen geöffnet» habe, habe sie geltendes Recht gebrochen – eine Aussage, die so einfach nicht stimmt, weil es in Deutschland durchaus in den Entscheidungsbefugnissen der Regierung liegt, Menschen aufzunehmen. Auf der anderen Seite zögert man nicht, entgegen allen rechtsverbindlichen internationalen Konventionen eine Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen zu fordern – oder gar einen Schusswaffeneinsatz gegen Geflüchtete an der Grenze.

16. Gegen «Minderheitenterror» und Political Correctness

Der Feldzug gegen Political Correctness, «Gutmenschentum» und Minderheitenrechte delegitimiert eine Politik der Verantwortung und der Chancengerechtigkeit.

Gesellschaftlicher Wandel und Pluralisierung werden seit einigen Jahren als Folge eines angeblichen «Minderheitenterrors» gedeutet. Die Herausforderungen einer globalisierten und pluralen Welt wurden zur Machenschaft einer angeblich orchestrierten «politischen Korrektheit» stilisiert. Das Angebot von Anti-Political-Correctness lautet: Wer will, kann das eigene Unbehagen an gesellschaftlichen Veränderungen auf ein Feindbild konzentrieren und diesem die Schuld geben. Und vor allem sich selbst als Opfer eines «Minderheitenterrors» sehen.

Die Ansprüche, die der gesellschaftliche Wandel an das eigene Leben stellt, werden abgewehrt, indem sie zu anmassenden Forderungen von linken Gruppen oder exzentrischen Minderheiten erklärt werden. Veränderungen wie zum Beispiel das Vordringen der Frauen in männerdominierte Felder werden als «Machtübernahme», Antidiskriminierungsgesetze als «Genozid an Weissen» und Feminismus als «Männerhass» gedeutet.

Entsprechend dieser Logik empfiehlt das bereits erwähnte christlich-fundamentalistische Netzwerk Agenda Europe seinen Mitgliedern, Institutionen wie etwa den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als

«ideologisch motiviert» zu brandmarken. Weiter solle man sich, wann immer möglich, gegen die «überzogenen Ansprüche» von Minderheiten verwahren und «sich über Diskriminierung sowie über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch LGBTI-Aktivist:innen, Feminist:innen» und so weiter beklagen.⁶⁰

Ein Merkmal dieser Strategie ist es, den Fokus auf die jeweils krassesten Beispiele oder Maximalprobleme von Minderheiten zu legen (z.B. Falschanzeige von sexualisierter Gewalt, pädophile Schwule, islamistischer Terror, Zwangsverschleierung). Dadurch wird suggeriert, Minderheitenrechte und Antidiskriminierung stünden einer liberalen Gesellschaft entgegen, ja würden diese bedrohen. Es wird also so getan, als wären die Bekämpfung von beispielsweise islamistischer Radikalisierung und die Prinzipien des Minderheitenschutzes gar nicht unter einen Hut zu bringen.

Weiter rückt die Skandalisierung der Maximalprobleme das Handeln von Minderheiten generell in ein verdächtiges Licht und lässt nicht zuletzt pluraldemokratische Ansätze der Aushandlung und des Kompromisses pauschal als naiv erscheinen. Es wird der Eindruck geschürt, Pluralismus und Minderheitenrechte bedeuteten den Untergang des «Abendlandes», des «Eigenen». Der alleinige Fokus auf jene Angehörige von Minderheiten, die tatsächlich undemokratische Forderungen stellen oder problematisch handeln, bietet zum einen die Möglichkeit, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft und deren Struktur und Handeln als rundum gut und frei von Gewalt und Machtverhältnissen zu phantasieren. Zweitens erscheint damit die Idee der «überlegenen Leitkultur» nicht als rassistisch,

nationalistisch und ausgrenzend, sondern als liberale Verteidigung der Freiheit gegenüber «terroristischen» Minderheiten.

Die Anti-Political-Correctness-Agenda (Anti-PC) wurde aus den republikanischen US-Wahlkämpfen der Achtzigerjahre in den deutschsprachigen Raum importiert und dort zunächst von rechtsradikalen und antisemitischen VerschwörungstheoretikerInnen angewendet. Die ersten Sätze in der rechtsextremen Anti-PC-Bibel von Klaus J. Groth, *Die Diktatur der Guten: Political Correctness*, lauten: «Die Diktatur hat einen neuen Namen: Political Correctness. Sie ist die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit. Die Minderheit der Political Correctness terrorisiert mit ihrem Tugendkanon und erstickt die Meinungsfreiheit.»

Über die Ablehnung von Minderheitenschutz und Political-Correctness-Bashing nähern sich extreme Rechte, Konservative und Liberale an. Das Argument der politisch korrekten Diktatur macht es möglich, eine Grenze zu ziehen gegenüber emanzipatorischen Anliegen sowie gegenüber Forderungen nach Umverteilung und Investition in Gleichheit.

Die Journalistin und Buchautorin Carolin Emcke sagt dazu in einem Interview, dass den Liberalen durchaus vorgeworfen werden könne, dass sie mitgelacht haben, als es Mode wurde, eine auf die Herstellung tatsächlicher Gleichberechtigung verpflichtete Politik mit Spott zu bedenken: «Es gab in den letzten Jahren ein zunehmend artikuliertes Unbehagen, ob es nicht doch langsam etwas zu viel sei mit der Toleranz, ob diejenigen, die anders glauben, anders aussehen oder anders lieben, nicht langsam auch mal zufrieden sein könnten.»

Die Anti-PC-Rhetorik hat – vereinfacht gesagt – folgende Effekte: Erstens suggeriert der unterstellte «Terror durch Minderheiten» beziehungsweise durch «politisch Korrekte» eine gefährliche Übermacht bestimmter Gruppen, wodurch der Einflussverlust einer vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft («das Volk») angenommen wird. Dadurch können die realen Dominanzverhältnisse und Diskriminierung heruntergespielt werden, und es kann auf das Recht gepocht werden, weiterhin diskriminieren zu dürfen. Sexualisierte Gewalt, rassistische Diskriminierung oder andere Herrschaftsverhältnisse werden nicht als gesellschaftliche Probleme gesehen, sondern als etwas, das sich die «politisch Korrekten» ausgedacht haben und das angeblich ein Einfallstor für extreme Minderheitenforderungen darstellt. Das hat zur Folge, dass jene, die zum Beispiel Rassismus erleben und kritisieren, sich in der Position der TäterInnen wiederfinden. Man spricht dann von einer Täter-Opfer-Umkehrung. Damit wird letztlich Diskriminierung und Hass gegen bestimmte Gruppen erneut legitimierbar («Weil ihr so nervt, ist es weiterhin legitim, euch zu diskriminieren»).

«Gegen «Minderheitenterror» und Political Correctness» am Beispiel sexualisierter Gewalt
Anstatt sich mit dem Thema Sexismus und Gewalt zu befassen, werden Frauen beziehungsweise Feministinnen dafür angeprangert, sexuelle Übergriffe an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch damit wird eine Brücke zur bürgerlichen Mitte geschlagen, die es ermöglicht, Fragen der Gerechtigkeit oder der Diskriminierung als (tugend)-

terroristisch abzutun – mit dem Effekt, dass traditionelle Normvorstellungen und Privilegien mit neuer Verve verteidigt werden können. Populär wurde in Deutschland auch das Nazi-keule-Argument. So behauptet der angesehene Medienwissenschaftler Norbert Bolz in einer TV-Talkrunde, den Deutschen sei wegen ihrer Nazivergangenheit eine Art «Tugend-Maulkorb» auferlegt worden, weswegen sie nicht laut sagen dürften, dass «Ausländer den Staat missbrauchen». Übersetzt heisst das: Wer heute noch ein Unbehagen wegen der Nazigeschichte verspürt, ja, wer sich nur weigert, bei der Stigmatisierung von «Ausländern» mitzutun, muss von Tugendwächtern gehirngewaschen sein.

Anti-PC-Rhetorik und Gutmenschen-Bashing ist letztlich eine subtile Strategie, mit der eine Politik der Verantwortung und der Chancengerechtigkeit abgewehrt wird.

17. Antiegalitarismus im Namen der Gleichheit

Charakteristisch für rechtspopulistische Rhetorik ist ihr exklusives Gleichheitsverständnis: Einerseits wird «das Volk» gegen die «herrschende Elite» in Stellung gebracht. Andererseits wird das «einheimische» Volk von vermeintlich Nichtzugehörigen abgegrenzt.

Der Rechtsintellektuelle Klaus Kunze schreibt 1995 in seinem programmatischen Aufsatz *Wege aus der Systemkrise*, man müsste das der «Grundgesetzkonstruktion» und den «verfassungsrechtlichen Normen gehorchende System» der Gleichheit unterwandern, da es allen Gruppen ermögliche, ihre Belange geltend zu machen. Dies seien die neuralgischen Punkte des Systems: «Diese zu zerstören ist vordringlichste Aufgabe einer geistigen Partisanentätigkeit.»

Charakteristisch für den Rechtspopulismus ist sein exklusives Gleichheitsverständnis, das nur *bestimmte* Menschen meint und sich damit im Kern als ideologisch antiegalitär erweist.

Tatsächlich ist es rechtspopulistischen AkteurInnen in den vergangenen Jahren gelungen, Verfassungsaufträge, Grundgesetze und Menschenrechte zu delegitimieren, indem sie diese als «politisch korrekt», als «Linksdiktatur», «Gesinnungsterror», «totalitär» und als «Gleichschaltung» desavouierten.

**«Antiegalitarismus im Namen der Gleichheit»
am Beispiel der Geschlechtergleichstellung
Zum Verfassungsauftrag gehört, die Gleichheit**

(Gleichwertigkeit) der Geschlechter nicht nur bei der Formulierung und Anwendung von Gesetzen zu achten, sondern auch dafür zu sorgen, dass diese tatsächlich umgesetzt wird. Das heisst, die Schweizer Gesellschaft hat dem Staat und damit sich selbst den Auftrag gegeben, Bedingungen herzustellen – und dafür auch Geld zu investieren –, unter denen Menschen ihre gleichen Rechte umsetzen können. Das beinhaltet zum Beispiel Frauenförderungsprogramme, Beratungsstellen für Gewaltbetroffene, Kinderbetreuung, Frauenhäuser und so weiter. Dieser und andere Verfassungsaufträge sind *konstitutive* Elemente unserer Demokratien, denn auf diese Weise versucht eine Gesellschaft zu gewährleisten, dass Menschen sich gleichwertig beteiligen können – was eine Demokratie unter anderem ausmacht.

In der Schweiz sind die antiegalitären Strategien so erfolgreich, dass derzeit Gleichstellungsinstitutionen wie beispielsweise die Fachstelle für Gleichstellung im Kanton Aargau oder die Basler Fachstelle für Menschen mit Behinderung abgeschafft oder massiv eingeschränkt werden.

18. Antifeminismus und Anti-Gender als gemeinsamer Nenner

Die Politisierung von Geschlechter- und Sexualitätsfragen ist ein einender Nenner von sehr unterschiedlichen rechtspopulistischen AkteurInnen mit dem Ziel, traditionelle Geschlechterverhältnisse zu zementieren.

Die Historikerin Ute Planert hat gezeigt, wie sich der antimoderne Zeitgeist gegen Ende des 19. Jahrhunderts sowohl mit Antisemitismus als auch Antifeminismus verband. Die Judenemanzipation wie auch die Frauenemanzipation wurden für den Zerfall von Einheit und Reinheit verantwortlich gemacht. Sie repräsentierten die verhassten demokratischen Institutionen, Intellektualität und Urbanisierung. Nicht zuletzt gab man ihnen die Schuld an der Verweichlichung der Männer und damit an der Schwächung der Nation.

Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht. Gleichwohl weisen die aktuellen Diskursstrategien einige Parallelen zum Antimodernismus des Fin de Siècle auf und zeigen weitere historische Kontinuitäten: Bereits in den Sechzigerjahren etablierten sich Warnungen vor der «feministischen Umerziehung» oder vor einem «neuen Totalitarismus». Auch heute wird verstärkt ein Werteverfall beschworen und damit die Vorstellung hochgehalten, es gäbe so etwas wie eine natürliche, also vorgesellschaftliche, vorpolitische Ordnung, die es aufrechtzuerhalten gelte. Geschlechter- und Sexualitätsfragen sind dabei zentral. Ihre Politisierung dient als gemeinsamer Nenner von sehr unterschiedlichen

rechtspopulistischen AkteurInnen und ermöglicht auch Querverbindungen ins bürgerliche sowie christlich-fundamentalistische und maskulinistische Lager.⁶¹ Mit den Themen Geschlecht, Sexualität und Abtreibung lassen sich, da es sich um so intime Themen handelt, emotionalisierte Zuspitzungen erzielen, auf die sich sehr verschiedene Lager einigen können: «Krise der Männer», «Feminisierung der Männer», «Gleichschaltung der Geschlechter», «Homo- und Transsexualisierung» und «Frühsexualisierung». Weiter eignen sich Geschlechterdebatten für identitätspolitische Polarisierungen und bieten nicht zuletzt eine alltagsweltliche Dimension, bei der alle irgendwie mitreden können und mit der sich die Komplexität der Welt, zum Beispiel ökonomische und politische Hintergründe, auf einfache Formeln und Lösungen herunterbrechen lassen: «Feministinnen diskriminieren Männer», «Es gibt nur zwei Geschlechter», «Frauen müssen sich auf ihre ursprünglichen Rollen zurückbesinnen» und so weiter.

Feminismus und besonders der Begriff «Gender» (engl. für soziales Geschlecht) werden dabei zu Reizwörtern verzerrt, zu einer Art paradoxem Code, der zum einen für den Zerfall, das heisst für die drohende Pluralisierung der geschlechtlichen und sexuellen Lebensweisen steht, und zum anderen für eine übertriebene (staatliche) Gleichstellungspolitik, die angeblich Menschen gleichschalten will. Der Kern von antifeministischer und Anti-Gender-Argumentation ist aber so oder so die Stabilisierung traditioneller und hierarchischer Geschlechterverhältnisse, wie der Soziologe Andreas Kemper am Beispiel der AfD zeigt⁶² und wie ich gemeinsam mit der Geschlechterforscherin Andrea Maihofer

am Beispiel antifeministischer und Anti-Gender-Diskurse in Schweizer Medien herausgearbeitet habe.⁶³

«Antifeminismus und Anti-Gender als gemeinsamer Nenner» am Beispiel eines Artikels von Markus Somm

Im Artikel «Mann und Frau sind gleich, gleicher, am gleichsten» vom 7. Juni 2014 kommentiert Markus Somm, ehemaliger Chefredaktor der *Basler Zeitung*, eine Studie aus der Geschlechterforschung, die eine anhaltende geschlechterstereotype Geschlechtersegregation in Ausbildungs- und Berufsverläufen bei Jugendlichen in der Schweiz zeigt. Somm zufolge bewegt sich die Studie «im Mikrokosmos der angeblichen Geschlechterungerechtigkeiten». Denn, so sein Argument, die Beseitigung früherer, wirklich «schwerwiegender Diskriminierungen wie der Tatsache, dass eine Frau ohne Erlaubnis ihres Mannes keinen Vertrag unterschreiben konnte», seien aus liberaler Sicht ein «selbstverständliches Anliegen» gewesen. Aber diese Formen der Diskriminierung von Frauen seien zum Glück längst beseitigt, die Gleichstellung in der Schweiz sei erreicht und derartige Studien deshalb überflüssig und übertrieben. Weiter argumentiert Somm, die jetzt noch fortbestehenden Unterschiede seien auf die Natur, auf «natürliche Geschlechterdifferenzen» zurückzuführen. Dass es «nach wie vor sehr wenige Elektrikerinnen und Zimmerfrauen gibt», beweise, dass es sich hier um natürliche und unveränderbare Geschlechter-

differenzen handle. Deshalb habe es «etwas Totalitäres, wie diese Wissenschaftler den Menschen neu formen wollen». Ein Mädchen würde nun mal lieber mit Puppen spielen als ein Bub, schreibt Somm weiter. Gegenüber einer angeblichen Gleichmacherei von oben insistiert Somm auf der Idee einer liberalen Gesellschaft, in der die «Gleichstellung der Geschlechter» selbstverständliches «liberales Anliegen» sei. Denn Gleichstellung kann Somm zufolge nicht bedeuten, «dass alle im Ergebnis gleich sein müssen». Er spreche sich für Unterschiedlichkeit aus: «We like to differ, und das betrifft auch Mann und Frau.» Somms Argumentation ist exemplarisch für rechtspopulistische Rhetorik: Man inszeniert sich als Freiheitskämpfer, hat dabei aber ein einziges normatives Geschlechtermodell vor Augen. Die Beibehaltung und Verteidigung von Hierarchien und Ungleichheit wird als Verteidigung von Freiheit dargestellt, während man all jenen, die ein breiteres Spektrum möglich machen wollen, Gleichschaltung und Totalitarismus unterstellt. Letztlich geht es in solchen Diskursstrategien auch um den folgenreichen Unterschied von formaler und materieller Gleichstellung. So verstehen Somm und andere unter Gleichstellung lediglich *formale* Gleichstellung. Hierin erschöpfe sich für sie die gesellschaftliche und staatliche Verantwortung. Der Rest liege in der Verantwortung der Individuen. Weitergehende Forderungen nach einer materiellen oder tatsächlichen Gleichstellung, wie sie die Verfassung, das Grundgesetz

oder internationale Abkommen festhalten, können als übertrieben oder gar totalitär abgewehrt werden. Das Gleiche gilt für Forschung, die fortbestehende Diskriminierung untersucht. Unter den Tisch fällt dabei, dass es zwischen der rechtlich-formalen Diskriminierung einerseits und der Natur andererseits noch eine entscheidende Ebene gibt: nämlich die Gesellschaft mit all ihren Traditionen, Vorurteilen, Machtasymmetrien und Institutionen. Diese können Ungleichheit auch dann aufrechterhalten, wenn die rechtlich-formale Gleichheit längst durchgesetzt wurde. Gegen genau diese *gesellschaftlichen* Diskriminierungen richtet sich der Verfassungsauftrag zur Herstellung realer Gleichheit.

Anti-Gender-Allianzen versuchen, traditionelle Vorstellungen zu zementieren und Emanzipationsbestrebungen abzuwehren. Da jedoch eine offensive Infragestellung von Gleichheit oder gar die Behauptung, Frauen seien minderwertig, politisch nicht mehr mehrheitsfähig ist, gewinnt die Betonung von «natürlichen Geschlechterdifferenzen» wieder an Bedeutung. Dass Frauen und Männer gleich an Rechten sind, wird als formale Formel weithin akzeptiert. Aber – so das Argument – trotz gleicher Rechte seien die Geschlechter von Natur aus verschieden. Und deshalb sind letztlich auch fortbestehende Ungleichheiten normal, legitim oder sogar notwendig.

Hier zeigt sich eine Verschiebung vom klassischen Antifeminismus zur Anti-Gender-Rhetorik: Der Feminismus, der bislang die Zielscheibe von Angriffen war,

wird auf eine leicht verdauliche liberale Form reduziert und in dieser harmlosen Variante sogar zu einem bedeutsamen gesellschaftlichen Entwicklungsschritt stilisiert – oder zumindest als geringeres Übel angesehen. «Genderismus» aber sei – wie die christlich-fundamentalistische Publizistin Birgit Kelle es formuliert – ein «aus dem Ruder gelaufener Feminismus», der weit mehr als rechtliche Gleichstellung wolle, nämlich Menschen umerziehen und ihnen die natürlichen Fundamente wegnehmen.⁶⁴

19. Gleichstellungsnationalismus

Man befürwortet die Gleichheit der Geschlechter, um sich von «rückständigen MigrantInnen» zu distanzieren und die eigene Kultur als fortschrittlich zu bewerben.

Die klare Zuordnung «Rechtspopulismus = Wertekonservatismus» wird zunehmend aufgelöst, immer mehr RechtspopulistInnen beziehen sich positiv auf die Gleichstellung der Geschlechter und auch der Sexualitäten. Die Forschung nennt dieses Phänomen «Gendernationalismus» oder «Femonationalismus».⁶⁵ Das heisst, man brüstet sich mit dem eigenen Fortschritt, um andere, vor allem MuslimInnen, als rückständig und gefährlich zu brandmarken. Sogar Feminismus wird neuerdings von RechtspopulistInnen vereinnahmt und als «abendländische Errungenschaft» gegenüber einem «rückständigen Islam» verteidigt. Dieselben AkteurInnen stimmen allerdings im gleichen Atemzug *gegen* internationale Abkommen für Gewaltprävention (z.B. die Istanbul-Konvention) und schaffen Genderforschung oder Gleichstellungsinstitutionen ab. Die tatsächliche Umsetzung von Grundgesetznormen wird als unzulässiger Eingriff in die Natur oder in die Freiheit gebrandmarkt.

«Gleichstellungsnationalismus» am Beispiel der LGBTIQ-Rechte

Geert Wilders bezieht Position für LGBTIQ-Rechte und inszeniert sich als Bewahrer der liberalen Gesellschaftsordnung gegenüber dem

Islam. Ähnlich argumentiert die lesbisch lebende AfD-Vorsitzende Alice Weidel, die sich in einer Ansprache für die Rechte und die Gleichheit von Homosexuellen aussprach und ihre Partei in ein homosexuellenfreundliches Licht rückte. Allerdings einzig im Hinblick darauf, dass die Sicherheit von Homosexuellen in Deutschland durch die vielen «rückständig» eingestellten Flüchtlinge nicht mehr garantiert sei.⁶⁶ In der Schweiz legte jüngst SVP-Politikerin Natalie Rickli im Rahmen einer Debatte über Gewalt an Frauen in der Sendung *Talk Täglich* nahe: Wir sind gleichgestellt, alles ist in Ordnung, es braucht keine Veränderungen. Handlungsbedarf in Bezug auf Gewalt gibt es einzig bei MigrantInnen.

20. Wissenschaftsfeindlichkeit

Rechtspopulistische Rhetorik wendet sich gegen bestimmte Wissenschaften, besonders gegen die Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch die Klimawissenschaften werden als «Lügenwissenschaft» diffamiert.

Dass reaktionäre Kräfte insbesondere gegen die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften agieren, ist historisch nicht neu. Im Zuge der jüngsten Entwicklungen werden bestimmte Wissenschaften – etwa die Klimaforschung oder die Gender Studies – wieder verstärkt angegriffen und zum Beispiel als «links-grüne Ideologien» bezeichnet. Diese Angriffe gehen teilweise, wie derzeit in Ungarn oder in den USA, so weit, dass direkte Budgetkürzungen oder gar Abschaffungen ganzer Disziplinen vorgenommen werden.

Rechtspopulistisches Wissenschafts-Bashing wird oft in Zusammenhang mit Anti-Establishment-Rhetorik hervorgebracht. Da Wissenschaft zu relevanten Teilen aus öffentlichen Mitteln finanziert ist, wird sie oft dem Establishment zugeordnet. Einmal mehr wird damit in das Horn der Rhetorik «wir» versus «die Eliten» geblasen. Insbesondere den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften werden Realitätsferne und Wirklichkeitsblindheit vorgeworfen. Oder sie werden bezichtigt, «ideologisch» zu sein oder gar «Propaganda» zu betreiben.

So führte die Schweizer *Weltwoche* im Jahr 2014 unter dem Titel «Propaganda academica» steckbriefartig ForscherInnen aus der Philosophie, den Gender Studies,

der Klimaforschung und Nachhaltigkeitsforschung, den Rechtswissenschaften und der Geschichte vor, die angeblich keine Wissenschaft, sondern Propaganda betrieben. Diese würden, so die *Weltwoche*, die wissenschaftliche Objektivität mit Füßen treten und nichts anderes als «politische Stimmungsmache» vollführen.

«Wissenschaftsfeindlichkeit» am Beispiel der Klimatologie

Wie der Historiker Manuel Kaiser ausarbeitet, trägt die Behauptung der KlimaskeptikerInnen, die Mehrheit der WissenschaftlerInnen sei Teil einer «links-grünen Ideologie» und verfolge eine versteckte politische Agenda, verschwörungstheoretische Züge.⁶⁷ Dies zeigt sich exemplarisch im Parteiprogramm der SVP, das bis 2015 gültig war: Um den Klimawandel in Abrede zu stellen, greift die Partei auf Zitate aus dem Buch *Rote Lügen in grünem Gewand: Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung* von Torsten Mann zurück. Darin glaubt der Autor belegen zu können, dass der Klimawandel eine Lüge sei und der Umweltpolitik nicht wissenschaftlich begründete, ökologische Absichten, sondern rein ideologische Motive zugrunde lägen, die ausschliesslich darauf abzielten, die Marktwirtschaft der westlichen Nationalstaaten in den Ruin zu treiben. Das Buch ist im Kopp-Verlag erschienen, der für sein rechts-esoterisches und verschwörungstheoretisches Verlagsprogramm bekannt ist.

Durch die Diffamierung von gesamten Forschungsrichtungen und durch das Raunen über eine Weltverschwörung entziehen RechtspopulistInnen der Diskussion über eine gemeinsame, rationale Klimapolitik letztlich jegliche Basis, wie Kaiser konstatiert. Mit dem Vorwurf, die Klimaforschung sei ideologisch, positionieren sich RechtspopulistInnen als die vermeintlich Objektiven, als diejenigen, die darüber urteilen, was neutral ist und was nicht, was wahr ist und was falsch, welche Wissensproduktion genehm ist und welche nicht.

Einer ähnlichen Logik folgt die rechtspopulistische Kritik an den Gender Studies. Auch hier ist oft von einer «Genderelite» oder «Genderlobby» die Rede, die angeblich angetreten ist, um das Volk ideologisch zu manipulieren. Der Geschlechterforschung wird unterstellt, sie würde die biologischen Fakten ignorieren und hätte zum Ziel, die angeblich biologisch feststehende Geschlechterordnung abzuschaffen.

Tatsächlich untersucht die Geschlechterforschung Geschlecht und Sexualität nicht nur als biologische, sondern auch als soziale, historische und kulturelle Phänomene. Sie zeigt, dass geschlechtliche Lebensweisen sich im Lauf der Zeit stark verändert haben und es also nicht einfach von Natur aus feststeht, wie Menschen leben und sich organisieren. RechtspopulistInnen wenden sich gegen diese Erkenntnisse. Sie machen sich stark für unumstössliche Wahrheiten über die Welt, über Geschlechterverhältnisse, über «die Frau», über «das Volk». Dabei berufen sie sich auf einen flachen Empirismus («Ich sehe doch, dass Jungs Waffen mögen, das hat mit ihrem Jagdinstinkt zu tun und bedeutet, dass sie für die Rolle des Ernährers vorgesehen

sind»), der differenzierte Analysen von Zusammenhängen und komplexen Hintergründen zugunsten der beruhigenden Vertrautheit tradierter Alltagsperspektiven zurückweist. Gemäss diesem Wissenschaftsverständnis wirken sich biologische Fakten auf alle Menschen immer gleich aus, zudem lässt sich aus der Biologie angeblich alles ableiten und legitimieren – nicht zuletzt auch ungleiche Machtverteilung.

Entgegen diesem Verständnis sind sich sowohl die Natur- als auch die Geisteswissenschaften heute weitgehend darüber einig, dass zum einen nicht einzelne Faktoren, wie die Biologie oder die Gesellschaft, ausschlaggebend dafür sind, wie Menschen leben, und dass zum anderen Wissen und Erkenntnis zeitgebunden sind. Das bedeutet, dass nicht nur Lebensweisen historisch variabel sind. Auch die wissenschaftliche Forschung und Erkenntnisgewinnung selbst geschieht nicht ausserhalb von politischen Verhältnissen und bestimmten Denktraditionen. Die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen geforscht wird, beeinflussen, welche Fragen für wichtig und welche für unwichtig befunden werden. Forschung ist, kurz gesagt, *nie* ein gänzlich neutraler oder objektiver Prozess.

Aus diesem Grund gibt es immer eine potenzielle Vielfalt von wissenschaftlichen Aussagen über die Wirklichkeit, je nachdem, welche theoretischen Perspektiven gewählt oder welche Fragen gestellt werden – und welche nicht. So ist es zum Beispiel auch eine Frage des Zeitgeistes, dass in der Hirnforschung oft nach Geschlechterunterschieden geforscht wird, während Gemeinsamkeiten kaum interessieren. Die Untersuchung von Gemeinsamkeiten stösst, wie die Neu-

rologin und Genderforscherin Anelis Kaiser feststellt,⁶⁸ schlicht auf wenig öffentliches wie auch wissenschaftliches Interesse, erhält weniger Aufmerksamkeit und wird entsprechend weniger gefördert.

Dass Wahrheit nicht universell ist, bedeutet aber *nicht*, dass alles beliebig ist oder man Beliebiges über die Wirklichkeit behaupten kann. Wissenschaftliche Aussagen müssen begründbar und für andere nachvollziehbar sein. Auch wenn sie zeitgebunden sind und sich verändern, sind sie gleichwohl Ausdruck eines theoretisch-methodischen Deutungsrahmens, auf den sich viele *aus guten Gründen* geeinigt haben und bei dem man davon ausgeht, dass er zum aktuellen historischen Zeitpunkt die beste Möglichkeit ist, Erkenntnisse zu gewinnen. Wie es der Historiker Philipp Sarasin formuliert: «Die Absicherung für die – immer nur relative – Verlässlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis liegt (...) in einem durch gegenseitige Kontrolle, Überprüfung und Kritik strukturierten Forschungsprozess der *scientific community*.»⁶⁹

Während RechtspopulistInnen Geisteswissenschaften als «postmoderne Beliebigkeit» diffamieren, verfahren sie selbst auf paradoxe Weise: Einerseits behaupten sie immer wieder, knallharte Objektivität und Wahrheit zu vertreten, andererseits verbreiten sie selbst auf beliebige Weise «Fakten» – um damit letztlich Desinformation und Propaganda zu verbreiten. So übernehmen die KlimaskeptikerInnen geschickt, aber vollkommen verzerrt die Terminologie der postmodernen Wissenschaftstheorie und betonen nun ihrerseits die «Konstruiertheit» wissenschaftlichen Wissens.

Donald Trump und andere PolitikerInnen gehen so weit, dass sie sich oft gar nicht mehr um einen ernsthaften Bezug auf Fakten bemühen. Ein AfD-Politiker konterte den Einwand, es gäbe viel weniger Flüchtlinge in Deutschland, als seine Partei behauptete, mit der heute gängigen Behauptung: «Es geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht darum, wie das der Bürger empfindet. Das heisst also das, was man fühlt, ist auch Realität.»⁷⁰ In dieser Wendung wird, wie Sarasin schreibt, die postmoderne Epistemologie dazu missbraucht, die Unterscheidung zwischen Lüge und Wahrheit einzuebnen und einen alternativen Faktenkult jenseits wissenschaftlicher Absicherung zu betreiben.

Ausblick und Gegenstrategien

Im Sinne meines Eingangsplädoyers, sich nicht zwanghaft auf GegnerInnen zu fixieren, ist es mir ein Anliegen, am Ende dieses Buches einige Gedanken darüber zu formulieren, was dem Rechtsruck entgegengesetzt werden kann und welche Handlungsmöglichkeiten es gibt. Denn es ist nicht so, dass wir nichts tun können – und viele sind bereits sehr aktiv. Wir sind den aktuellen Entwicklungen nicht hilflos ausgeliefert, auch wenn der Blick in die täglichen News manchmal das Gefühl aufkommen lässt, machtlos zu sein.

Die folgenden Überlegungen beziehen sich zunächst auf die individuelle Ebene, auf die Frage also, wie wir als einzelne Menschen handeln können und vor allem wie wir es anstellen, nicht den Mut zu verlieren, gar zu verzweifeln oder zu verhärten. Ich halte diese individuelle Dimension für politisch genauso relevant wie zum Beispiel die organisierte zivilgesellschaftliche, parlamentarische, institutionelle, mediale oder juristische Ebene. Auch für diese Felder werde ich ganz zum Schluss einige Handlungsmöglichkeiten skizzieren.

Ebenso wie die Aufzählung der rechtspopulistischen Strategien sind auch die Überlegungen zu den Gegenstrategien ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Es geht mir nicht darum, das richtige Programm, den einen Weg aufzuzeigen, sondern Denkanstösse zu geben – in

der Hoffnung, dass viele Menschen daraus etwas mitnehmen für die Bereiche, in denen sie bereits tätig sind oder tätig werden wollen.

**Wir können es uns nicht leisten,
pessimistisch zu sein**

Wolf Biermann textete 1968 in seinem Song

«Ermutigung»:

*«Du, lass dich nicht verbärten
in dieser harten Zeit.
Die all zu hart sind, brechen,
die all zu spitz sind, stechen
und brechen ab sogleich.»*

Der Song endet mit dem Aufruf, sich nicht «verbittern» und nicht «verbrauchen» zu lassen und nicht die Heiterkeit zu verlieren. Es ist ein Appell, sich nicht im eigenen Unglück einzurichten, weil man sich sonst lähmen lässt, und das sei genau das, was die «Herrschenden» wollten.

Ich habe vor einiger Zeit Etty Hillesums Tagebuch, *Das denkende Herz der Baracke*, gelesen sowie Sebastian Haffners *Geschichte eines Deutschen: Erinnerungen 1914–1933*. Beide Bücher handeln aus unterschiedlicher Perspektive von der Frage, was es bedeutet, mit reaktionären Kräften konfrontiert zu sein und sich ihnen zu widersetzen. Beide haben ihre Gedanken in der Zeit vor und während der Machtergreifung der Nazis in Deutschland aufgeschrieben. Beide trieb die Frage um: Was tun, wenn die Nazis an die Macht kommen? Wir können die damalige Situation nicht mit der heutigen vergleichen. Wir haben nicht 1933 und auch nicht 1929.

Aber ich glaube dennoch, dass wir von den beiden etwas lernen können.

Etty Hillesum war eine niederländische Jüdin. Sie wurde im Alter von 29 Jahren in Auschwitz ermordet. Sie war Lehrerin, in den Jahren vor ihrem Tod studierte sie und schrieb. Ihr posthum veröffentlichtes Tagebuch wurde ein Welterfolg. Es handelt davon, wie ein Mensch unter den widrigsten Umständen nicht aufgibt – nicht sich und nicht die anderen. Es handelt von der Möglichkeit eines inneren Widerstandes, einer inneren Unabhängigkeit und Integrität, bis zuletzt. Dieser Widerstand bedeutet zuallererst, wie Hillesum schreibt, nicht zu hassen – auch nicht die Unterdrücker. Denn sich dem Hass hinzugeben, bedeute, sich mit den Unterdrückern gemein und dem «Bösen» gleich zu machen.

Ein Jahr vor ihrer Ermordung schreibt sie: «Und sollte es nur noch einen einzigen anständigen Deutschen geben, dann wäre dieser es wert, in Schutz genommen zu werden gegen die ganze barbarische Horde, und um dieses einen anständigen Deutschen willen dürfte man seinen Hass nicht über ein ganzes Volk ausgießen. Das heisst nicht, dass man gegenüber gewissen Strömungen gleichgültig ist, man nimmt Stellung, entrüstet sich zu gegebener Zeit über gewisse Dinge, man versucht Einsicht zu gewinnen, aber das Schlimmste von allem ist der undifferenzierte Hass. Er ist eine Krankheit der Seele. Sollte ich in dieser Zeit dahin gelangen, dass ich wirklich zu hassen anfangen, dann wäre ich in meiner Seele verwundet und müsste danach streben, so rasch wie möglich Genesung zu finden. Der Hass gegen die Deutschen vergiftet unser eigenes Gemüt. Das ist deren wahrer Sieg.»

Vom Pessimismus zur melancholischen Behaglichkeit

Während Hillesum aus der Perspektive der Verfolgten schreibt, zeigen Sebastian Haffners Tagebücher die Sicht eines nicht jüdischen jungen Deutschen, eines Jurastudenten aus dem liberal-bürgerlichen Milieu in Berlin kurz vor der Machtergreifung der Nazis. Haffner zeichnet ein genaues Psychogramm seines Umfelds: Wie reagieren die Leute? Wer kollabiert, wer verzweifelt? Interessant ist seine Beschreibung einer sich ausbreitenden Untergangsstimmung in liberalen und linken Kreisen. Haffner beschönigt nichts, kritisiert die Naiven und Schönredner, die Ahnungslosen oder jene, die sich ins Private zurückziehen. Gleichwohl kritisiert er aber auch den «schrackenlosen Pessimismus» vieler Zeitgenossen in jener Vorphase des Nationalsozialismus. Haffner schätzt die Verbitterung als eine typisch bürgerliche Versuchung ein: «Wie völlig hilflos wir geistig waren, mit all unserer bürgerlichen Bildung, vor diesem Vorgang, der in allem, was wir gelernt hatten, einfach nicht vorkam!»

Aufzugeben erschien deshalb als eine verlockende Option, die sich bei vielen in Form eines alles umfassenden Pessimismus zeigte. Man begegnete sich und der Welt mit einer «erschlafte Gleichgültigkeit», einer masochistischen Bereitwilligkeit, sich «dem Teufel», wie Haffner schreibt, einfach zu überlassen. Haffner nennt es einen «trotzigen Selbstmord», der sehr heroisch aussieht, denn «man weist jeden Trost von sich». Gleichzeitig übersehen diese Leute, so Haffner, dass gerade in dieser Haltung der giftigste, gefährlichste und lasterhafteste Trost liegt. Folgt man Haffner, strotzte das Bürgertum von dieser perversen «Wollust

der Selbstaufgabe», einer «wagnerianischen Todes- und Untergangsgeilheit», denn diese bot Zuflucht. Diese Leute gingen herum und «greuelten»: «Das Entsetzliche ist die unentbehrliche Grundlage ihres Geistes geworden; das einzige, düstere Vergnügen, das ihnen geblieben ist, ist die schwelgerische Ausmalung der Furchtbarkeiten. Vielen von ihnen würde etwas fehlen, wenn sie dies nicht mehr hätten, und bei manchen hat sich die pessimistische Verzweiflung geradezu in eine Art Behaglichkeit umgesetzt.»

Aufgeben ist Kollaboration

Ein schmaler Seitenweg führt Haffner zufolge von dieser melancholischen Behaglichkeit direkt zum Nazitum: Wenn doch schon alles egal, alles verloren, alles des Teufels ist, warum dann nicht sich selbst zu den Teufeln schlagen? Haffner vermutet im Pessimismus letztlich Kollaboration. Wenn alles schlimm ist, dann ist es egal, wie man sich politisch noch verhält.

Heute lässt sich beobachten, dass der besserwisserische und letztlich apolitische Dogmatismus ein naher Verwandter der von Haffner beschriebenen Untergangsstimmung ist. Angesichts der erschreckenden Tendenzen entwickeln manche Menschen eine Art Arroganz der Besserwisserie, und zwar im folgenden Sinne: «Wenn die doofe Welt nicht so toll und richtig links, liberal, grün, revolutionär und feministisch ist, wie *ich* mir das vorstelle, dann geht sie mich nichts mehr an. Dann ziehe ich mich zurück auf die Wahrheit, die ich für die Welt vorsehe. Und ich wähle nicht mehr oder tue auch sonst nichts.»

Die Welt, die Gesellschaft, die Menschen verdienen aus der BesserwisserInnen-Sicht nur dann Aufmerksamkeit und Engagement, wenn sie genauso funktionieren, genauso ticken, wie die BesserwisserInnen es vorsehen. Mit dieser Sichtweise kann aber alles als konformistisch, reformistisch, nicht links oder liberal genug und so weiter abgetan werden. Es ist eine bequeme, distanzierende Position, die sich an der Welt nicht die Finger beschmutzt, sondern sie aus sicherer Entfernung verurteilt.

Natürlich sind die politischen Verhältnisse nicht befriedigend und die vorhandenen demokratischen Institutionen und Prozesse nicht perfekt. Sie müssen inklusiver werden und auch freier von wirtschaftlichen Interessen. Wir leben in den sogenannten liberalen Demokratien mitnichten in einer vollständig demokratischen oder gerechten Welt, die es einfach zu verteidigen gälte. Systemkritik, radikales Denken und Utopien sind nach wie vor notwendig und gefragt. Angela Merkel beispielsweise hat ihren flüchtlingsfreundlichen Kurs längst verlassen, Barack Obama hat Drohenkriege geführt. Aber gleichwohl ist da ein Unterschied zwischen Angela Merkel und Björn Höcke, zwischen Hillary Clinton und Donald Trump.

Parlamente und die demokratischen Prozesse, für die sie stehen, sind wichtige Orte institutioneller Widerstandsfähigkeit gegen autoritäre Verhältnisse. Dasselbe gilt für Gerichte und für die an rechtsstaatliche Normen gebundenen Verwaltungsapparate des modernen Staates. Deshalb muss ein Teil der Gegenstrategie darin bestehen, Bündnis- und Koalitionsmöglichkeiten möglichst breit zu denken. Auch wenn einem manches

nicht in den Kram passt, so ist es, wie Judith Butler vor Trumps Wahlsieg sagte, eher möglich, im Rahmen von grundsätzlich demokratischen Strukturen gegen eine Politik à la Clinton zu mobilisieren, als widerständige Politik zu organisieren, wenn erst einmal autoritäre Strukturen vorherrschen. Wenn die Entwicklung zum Autoritarismus so weit fortgeschritten ist wie in Ungarn, in der Türkei oder gar in Russland, wird kritisch-zivilgesellschaftlicher Widerstand so gut wie unmöglich. In der Türkei werden täglich Intellektuelle, AktivistInnen und JournalistInnen verhaftet, die die Regierung für gefährlich hält – sei es, weil sie wirklich Kritik an der Regierung üben, oder sei es, weil die repressiven Staatsapparate in ihrer paranoiden Wahrnehmung dies glauben. So weit sollten wir es nicht kommen lassen, schon gar nicht aus Trotz, Untergangsverliebtheit oder Besserwisserei.

Wählen wir deshalb die Parteien, die sich nicht vom Rechtspopulismus anstecken lassen und seinen Forderungen hinterherlaufen. Das ist entscheidend. Wählen wir SozialdemokratInnen, Grüne, Linke, Liberale oder Konservative. Oder spenden wir an Parteien, werben wir für sie oder lassen wir uns selbst aufstellen. Man kann die SozialdemokratInnen oder die Grünen suspect finden, zu wenig radikal, zu wenig feministisch, antikapitalistisch oder umgekehrt zu radikal, zu rot. Aber lässt uns nicht demokratische Grundstrukturen gefährden, nur weil wir meinen, besser zu wissen, wie es sein müsste.

RechtspopulistInnen greifen die Demokratie strukturell an, wie die Politikwissenschaftlerin Antje Schrupp schreibt: «Sie konterkarieren das politische Prinzip der

Pluralität, sie setzen Verleumdungen anstelle von Argumenten, vertreten das Recht des Stärkeren, sind nationalistisch, unsozial, gefährlich.»⁷¹ Deshalb kommt Nichtwählen oder Nichtabstimmen einfach nicht mehr infrage. Es muss gewählt und abgestimmt werden, um den Machtanteil und den Einfluss reaktionärer Kräfte so gering wie möglich zu halten.

Radikale Ablehnung reicht nicht. Es braucht als kleinsten gemeinsamen Nenner den Willen, die plurale Demokratie erhalten und ausbauen zu wollen. Demokratie war bisher – trotz Unzulänglichkeiten, trotz dilemmatischer Voraussetzungen beispielsweise für ökonomisch marginalisierte Gruppen, Frauen oder nicht weisse Menschen und nicht zuletzt trotz des Problems, dass viele nicht wahlberechtigt sind – die politische Form, die die Teilhabe für möglichst viele Menschen am ehesten ermöglicht hat. Dazu gehört auch die Teilhabe aus der Opposition, in zivilgesellschaftlicher und ausserparlamentarischer Selbstorganisation, im künstlerischen Schaffen oder im Philosophieren. Dass diese Dinge einigermaßen möglich sind, ist historisch betrachtet keine Selbstverständlichkeit, und es ist ein wesentlicher Teil einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Bleiben wir handelnde Subjekte

Es ist deshalb wichtig, zu begreifen – und das steht weder im Widerspruch zur parlamentarischen Politik noch zu Massendemonstrationen auf der Strasse –, dass das Politische überall ist, auch in der persönlichen Haltung. Es ist politisch, sich der pessimistischen Verzweiflung hinzugeben, Besserwisserei ist politisch. Politisch ist aber auch die Entscheidung einer einzelnen Frau wie Etty Hillesum, innerlich nicht zu verhärten, sich nicht auf die Logik der Gegner einzulassen. Wenn wir den Bereich des Politischen erweitern, wird es vielleicht eher gelingen, nicht zu verzweifeln, sich nicht dem Untergang, dem Schrecklichen hinzugeben, sondern auch vom Standpunkt der eigenen Freiheit und Möglichkeiten auszugehen und beispielsweise, wie Hillesum, sich mit der inneren Integrität auseinanderzusetzen. Diese innere Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung, um auch äusserlich handeln, um gegen äussere Zwänge, gegen Diskriminierung, Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung vorgehen zu können.

Die italienischen Diotima-Philosophinnen⁷² plädieren deshalb dafür, nicht nur die Unterdrückung zu bekämpfen oder abzulehnen, sondern auch die bereits vorhandenen Freiheitsspielräume in den Blick zu nehmen. Wir können uns also fragen: Selbst wenn vieles schlecht läuft und es Zwänge gibt, wo ist der Punkt, an dem ich hier und jetzt Freiheit umsetzen, frei handeln kann? Ich will nichts schönreden und bin mir meiner Privilegien bewusst. Aber ausschliesslich darauf zu fokussieren, was alles schief läuft, kann den Effekt haben, dass man sich selbst nicht mehr als handelndes Subjekt sieht. Man entmachtet sich selbst.

Der Rechtsruck ist unter anderem auch eine aggressive Reaktion auf eine tatsächliche Pluralisierung, auf einen tief greifenden Wandel der Gesellschaft, in dessen Zuge sich ehemalige «Normalitäten» auflösen und die Karten neu gemischt werden. Ein Wandel, der dazu führt, dass immer mehr Menschen mitreden und ihre Anliegen formulieren, Menschen, die lange kaum eine Stimme hatten: Frauen (z.B. im Zuge von «MeToo»), MigrantInnen (z.B. im Zuge von «MeTwo»), LGBTIQ und so weiter.

Deshalb ist es vermutlich eine gute Gegenstrategie, die Stimmen der Pluralisierung noch mehr zu stärken, sie als Gegengewicht in die Waagschale zu legen. Es sollten diejenigen gestärkt und multipliziert werden, die sich für eine solidarische und offene Gesellschaft einsetzen wollen oder dies seit langem tun. Ihnen sollte mehr Aufmerksamkeit zukommen als RechtspopulistInnen.

Gegenstrategien

Freilich kommt es im Kampf gegen Rechtspopulismus nicht nur auf eine bestimmte nicht resignative, nicht verbitterte Haltung an. Es gibt auch Gegenstrategien im engeren Sinne, von denen ich im Folgenden einige auf den Feldern des privaten Lebens, der Politik, der Medien und der politischen Bildungsarbeit skizzieren möchte.⁷³

Im Privaten

Wir begegnen rechtspopulistischer Rhetorik nicht nur in der politischen Öffentlichkeit, sondern genauso im Privaten, am Arbeitsplatz, in der Familie oder in der

Freizeit. Auch wer gerade nicht die aktuellsten Zahlen oder pointiertesten politischen Argumente zur Hand hat, kann Rechtspopulismus etwas entgegensetzen.

Entscheidend für den eigenen Seelenfrieden und das Publikum ist es, in solchen Fällen die eigene Nichtzustimmung zu signalisieren. Man muss sich nicht bei jeder Äusserung in der Strassenbahn oder am Esstisch auf eine grosse Grundsatzdiskussion einlassen, aber man kann deutlich machen, dass man es selbst nicht so sieht. Nicht nur wird dies von Dritten sehr häufig mit Erleichterung aufgenommen und unterbindet das ungute Gefühl, nichts gesagt zu haben, es verhindert auch effektiv, dass die rechten Positionen unwidersprochen im Raum stehen bleiben.

Darüber hinaus ist es wichtig, immer wieder zu betonen, wofür die populistische Rechte wirklich steht: Sie ist im Kern intolerant, diskriminierend, autoritär und schädlich für den Pluralismus in einer Demokratie. Als Antwort auf die Abgrenzungsversuche der RechtspopulistInnen gegenüber Rechtsextremismus ist es notwendig, darzulegen, dass hier oft ähnliche Inhalte mit anderen Worten vertreten werden.

Weiter kann man beispielsweise in Bezug auf Geflüchtete mit Empathie argumentieren oder auf die Verrohung der Sprache und den darin enthaltenen Hass aufmerksam machen (Begriffe wie «Kopftuchmädchen» sind Teil dieser Verrohung). Ein wichtiger Punkt kann auch sein, klarzumachen, wie Demokratie funktioniert, und zum Beispiel darauf zu verweisen, dass in einer Demokratie alle frei sind, eine Partei zu gründen und sich einzubringen. Weder gibt es in einer Demokratie eine «Merkel-Diktatur», noch sind die

AfD oder andere RechtspopulistInnen in der Lage, für alle – für «das Volk» – zu sprechen und alle gleichermassen zu vertreten, wie sie gern behaupten.

Wer sich mit RechtspopulistInnen auf Diskussionen einlässt, sollte sich aber auch bewusst sein, dass man diese und ihre AnhängerInnen oft nicht mit Argumenten überzeugen wird. Es ist legitim, sich aus Gesprächen zurückzuziehen und die eigenen Energien zu schonen. Und sicher ist es sinnvoll, abzuwägen, ob und wann sich eine Diskussion lohnt. Meines Erachtens lohnt sie sich vor allem dann, wenn andere Personen involviert sind, zuhören oder im Netz mitlesen. Es gilt für diese anderen hörbar und sichtbar zu sein, Paroli zu bieten, zu zeigen, dass man rechtspopulistische Argumente nicht einfach so stehen lässt. Selbst wenn diese Interventionen das rechtspopulistische Gegenüber nicht umstimmen werden, so können wir doch hoffen, dass sie von anderen Menschen gehört werden und diese auch zu überzeugen vermögen.

Staatliche und behördliche Instanzen

Es kann hier keine umfassende Auseinandersetzung geleistet werden in Bezug auf die Frage, was Regierungen, Institutionen, Behörden und weitere Instanzen gegen Rechtspopulismus tun können. Dennoch möchte ich einige Schlaglichter werfen.

Generell braucht es mehr staatliche Aktivitäten, und die vorhandenen Fachstellen zu Rassismusbekämpfung und Antidiskriminierung, Prävention, Antirassismus-Erziehung in Schulen und Jugendbildung sollten ausgebaut und gestärkt werden. Diese Instanzen sollten öffentliche Debatten beeinflussen und klar und öffent-

lich gegen Rassismus Position beziehen, grundsätzlich und insbesondere bei rassistischen Vorfällen. Zudem sollten staatliche Instanzen die tradierten Konzepte von Rassismus und Extremismus überdenken, sie im Licht wissenschaftlicher Reflexion anpassen und erweitern, damit auch Rechtspopulismus in den Blick gerät und die Schnittmengen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus benannt werden können. Rechtspopulistische Parteien und AkteurInnen sollten aus der Schonzone herausgeholt werden, denn ihre quasidemokratische Konformität bedeutet nicht, dass sie nicht gefährlich sind. Sie tragen dazu bei, dass extreme Ideen in der Mitte der Gesellschaft legitim werden.

Nicht zuletzt braucht es auch seitens staatlicher Instanzen, Behörden und Fachstellen eine laufende, selbstkritische Evaluation im Hinblick auf rassistische Strukturen, Einstellungen und Handlungsweisen (z.B. in Polizei, Verfassungsschutz, Schulen). Der Aufbau einer aktiven Kultur des Hinsehens und Handelns im Feld des öffentlichen Dienstes ist erforderlich, zum Beispiel durch Weiterbildungen oder Antirassismus-Trainings.

Ein weiteres Handlungsfeld, in dem sich staatliche Instanzen zukünftig mehr engagieren sollten, ist das Internet mit der dort vorherrschenden Problematik der Hassrede (*hate speech*). Ganz grundlegend gilt es, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie sich via Internet rechtspopulistische Ideologien verbreiten und was dagegen unternommen werden kann.

Entscheidend für den wirkungsvollen Ausbau von Gegenstrategien ist nicht zuletzt die Forschung. Es braucht länderspezifische und kontinuierliche Datenerhebungen und Forschung zu den Entstehungsbedin-

gungen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Am wichtigsten sind dabei nicht die regelmässigen quantitativen Erhebungen darüber, wie weit verbreitet rechte Einstellungen und die Bereitschaft zur Wahl rechtspopulistischer Parteien sind. Entscheidend sind kleinteilige Forschungen, die untersuchen, in welchen alltäglichen Konflikten – etwa um Wohnraum oder am Arbeitsplatz – Menschen Erfahrungen machen, die eine Empfänglichkeit für rechtspopulistische Agitation erzeugen, und wie diese Erfahrungen in einer demokratischen Weise bearbeitet werden können. Ohne solches Fachwissen können kaum effiziente und langfristige Gegenmassnahmen etabliert werden. Ausserdem muss dafür gesorgt werden, dass das Fachwissen ausgetauscht wird und an die entsprechenden AkteurInnen gelangt.

Ein wichtiges Feld ist die politische Bildung und Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. In seinem Text «Im Zwischenraum von Repression und Anerkennung. Über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus»⁷⁴ schlägt Floris Biskamp vor, dass die Bildungsarbeit zum Thema Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus den Fokus nicht zu stark auf die Aggressoren legen sollte. Das heisst, dass der Fokus nicht nur auf der Aufklärung über extreme Ideologien, Bewegungen und Akteure liegen sollte, denn damit wird nahegelegt, dass Rechtsextremismus und Rassismus Probleme von *anderen* seien. Das Problem der Vorurteile betrifft aber alle Menschen und sollte nicht nur bei jenen extremen Beispielen verortet werden.

Biskamp zufolge sollte antirassistische Bildungsarbeit und Prävention aber auch deshalb nicht täterfixiert

sein, weil ein wichtiges Element dieser Arbeit darin besteht, diejenigen zu stärken, die potenziell oder real von rechtspopulistischen Ideologien betroffen sind – also MigrantInnen, Geflüchtete, Homosexuelle, MuslimInnen, Frauen, Jüdinnen und Juden und so weiter. Diese Betroffenen gilt es nicht zuletzt auch deshalb zu stärken, weil sie diejenigen sind, die in zukünftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eine emanzipatorische und plurale Gesellschaft wichtige AkteurInnen werden könnten. Weiter sollten dabei jedoch keine einfachen Opferidentitäten konstruiert werden (auch ein schwuler Schüler kann rechtsextrem sein, auch SchülerInnen mit Migrationshintergrund können nationalistisch, rechtsextrem, sexistisch sein). Es geht also, wie Biskamp deutlich macht, nicht um eine paternalistische Schutzgeste, sondern um eine «ermächtigende Unterstützung von politischer Handlungsfähigkeit», die junge Menschen darin schult, rechtsextreme und rechtspopulistische Ideologien zu erkennen und ihnen zu widersprechen.

Der Fokus muss weiterhin auf dem Empowerment derjenigen liegen, die dem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus etwas entgegensetzen können. Konkret kann das auch bedeuten, zum Beispiel an einer Schule die Position derjenigen SchülerInnen zu stärken, die sich bereits gegen Rassismus oder Rechtsextremismus einsetzen – der Einfluss von Peers ist unter Jugendlichen ein wichtiger Faktor, der in der antirassistischen Bildungsarbeit vermehrt berücksichtigt werden sollte.

Biskamp verhandelt weitere wichtige Elemente, wie zum Beispiel die kontinuierliche und auch selbstkritische Weiterbildung von Lehrpersonen und politischen

BildnerInnen sowie den Umgang mit Jugendlichen, die bereits rechtsextrem orientiert sind.

Zivilgesellschaftliche Bewegungen

Zivilgesellschaftliche antirassistische Bewegungen, Organisationen, Initiativen und Projekte, aber auch VertreterInnen ethnischer Minderheiten, AktivistInnen sowie Sportvereine, Kirchen und viele andere sind wichtige AkteurInnen, die bereits viel leisten. Sie unterstützen Einzelne, führen Beratungs- und Anlaufstellen, initiieren komplexe Projekte und tragen zur gesellschaftlichen Sensibilisierung bei. Diese AkteurInnen bilden ein Gegengewicht zum Rechtspopulismus und müssen unterstützt und gestärkt werden. Staatlichen Instanzen muss klar sein, dass sie von der Expertise und dem Know-how dieser AkteurInnen profitieren können und dass eine gezieltere und noch engere Zusammenarbeit zwischen nicht staatlichen und staatlichen AkteurInnen eine wirksame Praxis gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Einflüsse und Entwicklungen ist.

Parteilpolitik

Wie sollen die etablierten Parteien mit rechtspopulistischen Parteien und ihren Erfolgen umgehen? Wie können sie sich ihnen gegenüber positionieren? Es gab und gibt bereits verschiedene Strategien seitens etablierter Parteien: Von Isolation (Deutschland, Frankreich) über Imitation (Dänemark) bis zu Kooperation (Österreich, Finnland) wurde vieles versucht. Die Hoffnung, dass die Regierungsbeteiligung RechtspopulistInnen entzaubert beziehungsweise dass sie dadurch ihre Glaubwürdigkeit verlieren, hat sich nur bedingt

erfüllt. Diese Strategie hat nur in einigen wenigen Ländern temporär funktioniert, d.h. weder längerfristig noch nachhaltig. Gerade die Schweiz zeigt vor, dass Regierungsmacht keineswegs zu Zurückdrängung führen muss: Die SVP spielt seit langem erfolgreich eine Doppelrolle als Oppositions- und Regierungspartei. Diese Situation hat zwar nicht zu einer radikalen Erosion des liberal-demokratischen Systems geführt, wie wir es etwa in Ungarn sehen. Gleichwohl wurden rechtsnationalistische Weltanschauungen in der Schweizer Gesellschaft salonfähig und immer selbstverständlicher.

Zur Frage der Ausgrenzung oder Integration gibt es sehr unterschiedliche, länderspezifische Erfahrungen und Empfehlungen.

Wie der Politikwissenschaftler Orkan Kösemen ausführt, ist die politische Isolation nur bedingt erfolgversprechend, weil die rechtspopulistischen Forderungen auch bei politischer Nichtbeachtung aus der Opposition heraus zunehmend schärfer und nach einiger Zeit von Teilen der Öffentlichkeit sogar als normale Meinung wahrgenommen werden.⁷⁵ Dies gilt vor allem deshalb, weil eine *politische* Nichtbeachtung noch lange keine *mediale* Nichtbeachtung bedeutet. Anders gesagt: RechtspopulistInnen können trotz politischer Nichtbeachtung die Öffentlichkeit diskursiv besetzen, denn je extremer ihre Forderungen und Ansichten, desto eher werden sie von den Medien gehört.

Politische Zusammenarbeit und Koalitionen wiederum ermächtigen RechtspopulistInnen, Kürzungen bei Programmen für die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus (und vielem anderem) vorzunehmen und/oder Asylpolitik und Ausländerrecht zu ver-

schärfen. So endet der Versuch, RechtspopulistInnen durch Regierungs(mit)verantwortung zu entzaubern, oft in der Schwächung der demokratischen Abwehrkräfte und gibt rechtspopulistischen bis rechtsextremen Ideologien Legitimität (wie es in Dänemark, Österreich oder in der Schweiz geschehen ist). Selbst wenn rechtspopulistische Parteien später wieder von der politischen Bildfläche beziehungsweise aus der Regierung verschwinden, hinterlassen sie, wie Kösemen schreibt, neben den von ihnen veränderten Gesetzen auch einen Wandel der gesellschaftlichen Haltung zu bestimmten Themen: «Sie mögen in der Regierungsarbeit aufgrund von Inkompetenz versagt haben, aber ihre Meinung zu kontroversen Themen bleibt in der Gesellschaft präsent und ist sogar salonfähig geworden.»

Kösemen zufolge kann die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit RechtspopulistInnen mit dem Ziel, deren Inkompetenz zu beweisen, keine ernsthafte Strategie sein. Denn auch die Fälle, in denen mitregierende rechtspopulistische Parteien aufgrund ihres Mangels an Fachkenntnissen und Parteidisziplin zerfallen sind, haben nicht zur wirklichen Zurückdrängung des Rechtspopulismus geführt. Zwar sind jeweils einzelne individuelle AkteurInnen und Führungsfiguren verschwunden, jedoch wurden ihre Positionen durch die Regierungsbeilegung politisch legitimiert und am Ende Teil des akzeptierten Politikverständnisses. Der jeweils nachfolgenden rechtspopulistischen Partei wurde dadurch der Weg geebnet.

Insgesamt kann man festhalten, dass keine der beiden Strategien die Wahlergebnisse von RechtspopulistInnen dauerhaft sinken lässt.⁷⁶ Weder die Nichtbeachtung noch

die politische Einbindung der populistischen Rechten lässt diese Gruppierungen und Parteien zwangsläufig von der politischen Bühne verschwinden. Das Dilemma liegt in der Natur des Populismus – bei Nichtbeachtung wird er stärker, bei einer Zusammenarbeit allerdings auch.

Ein weiterer Versuch von Parteien, Rechtspopulismus zurückzudrängen, ist, sich die Themen und Forderungen der RechtspopulistInnen zu eigen zu machen. Wie sich herausgestellt hat, ist dies jedoch keine gute Idee. Floris Biskamp, Lukas Kiepe und Björn Milbradt zum Beispiel diskutieren, welche Effekte es hat, wenn konservative Exponenten wie zum Beispiel einige CDU-Spitzenkandidaten in deutschen Landtagswahlen sich auf die Fahne schreiben, die «Ängste der Menschen ernst zu nehmen», was konkret heisst: die Ängste vor «dem Islam» oder «den Flüchtlingen».⁷⁷ Es handelt sich, wie die Forscher auf der Grundlage sozialpsychologischer Analysen ausführen, bei diesen von rechtspopulistisch beschworenen Ängsten allerdings nicht um rational begründbare Ängste. Wäre die Debatte über Ängste rational, würde sehr viel mehr über Arbeitsmarktpolitik, Wohnungsbau und Geschlechterpolitik im Allgemeinen gesprochen und sehr viel weniger über die gesellschaftlich relativ marginale Gruppe der MuslimInnen und Geflüchteten. Vielmehr werden sogenannte projektive Ängste mobilisiert und autoritäre Angstsubjekte bedient, die eine besondere Empfänglichkeit für Paranoia, Propaganda und Hetze aufweisen und entsprechend radikale «Lösungen» herbeiwünschen.

Aus diesem Grund ist es wahrscheinlich, dass die spezifischen WählerInnengruppen, die in diesem Beispiel «ernst genommen» werden sollen, auch weiterhin rechts-

populistische Parteien wählen. Darüber hinaus hat, wie Biskamp, Kiepe und Milbradt weiter ausführen, das «Ernstnehmen» der rechtspopulistisch geschürten Ängste durch etablierte Parteien den Effekt, dass erst recht der Anschein entsteht, diese Ängste seien legitim und folglich auch die Forderungen, die aus ihnen abgeleitet werden. Dies wiederum ermöglicht es RechtspopulistInnen, sich als die Mutigen zu geben, als diejenigen, die diese «Probleme» beziehungsweise Ängste als Erste angesprochen haben.

Eine wichtige Aufgabe anderer Parteien wäre deshalb, wie die Forscher vorschlagen, projektive Ängste insofern ernst zu nehmen, als sie als solche, das heisst als irrational, illegitim und menschenfeindlich, gekennzeichnet werden. Dagegen gilt es auf einer anderen Ebene Ängste im engeren Sinne ernst zu nehmen, nämlich die allzu oft vergessenen Ängste von nicht wahlberechtigten, geflüchteten Menschen, deren Unterkünfte angegriffen und die im öffentlichen Raum Opfer von Rassismus werden. Im positiven Sinn sollten auch die rational begründbaren Ängste vor einer sich zuspitzenden Situation auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt ernst genommen werden – aber nicht durch Massnahmen gegen Geflüchtete, sondern durch eine Politisierung der Wohnungsbau- und Arbeitsmarktsituation oder Steuerpolitik.

Anstatt sich die Themen immer wieder von rechtspopulistischen AgitatorInnen vorgeben zu lassen und auf eine Diskussionsrunde nach der anderen über «den Islam» oder «die Flüchtlinge» einzugehen, plädieren Biskamp, Kiepe und Milbradt dafür, dass die etablierten Parteien Themen setzen und forcieren, bei denen

sich zeigt, wie blamabel das politische Angebot des Rechtspopulismus in Wirklichkeit ist.

Der Juristin und Publizistin Liane Bednarz zufolge ist es – auch ihre Analyse bezieht sich auf Deutschland – entscheidend, dass die etablierten, insbesondere die konservativen Parteien keine rechtspopulistische Agitation übernehmen, sondern die Themen ihres Stammpublikums solide und vernünftig bedienen.⁷⁸ Bednarz räumt ein, dass dies eine Gratwanderung ist, aber es sei eine Herausforderung, der sich die entsprechenden Parteien dringend stellen müssten: Sie müssten das eigene konservative Profil schärfen und gleichzeitig eine Trennlinie ziehen zu Rechtsaussen.

Hilfreich wäre dabei eine klare politische Streit- und Konfliktkultur, in der linke und konservative Parteien in relevanten Themen unterscheidbare Alternativen vertreten, ohne sich an der Hetze gegen Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit zu beteiligen. Das beste Mittel gegen den Aufstieg des Rechtspopulismus wäre vermutlich eine möglichst gut funktionierende Demokratie, in der die meisten Teile der Bevölkerung einen Platz finden. Dies war in den letzten Jahrzehnten immer weniger der Fall, als sich gerade die unteren Einkommenschichten kaum noch durch die Parteien der moderaten Linken vertreten fühlten und entsprechend auch immer weniger zur Wahl gingen – ein WählerInnenpotenzial, aus dem RechtspopulistInnen nun zu schöpfen wissen.

Historisch lässt sich für die westliche Welt festhalten, dass es entscheidend ist, wie die konservativen Parteien, AkteurInnen und Machteliten sich verhalten. Von ihnen hängt, wie der Historiker Daniel Ziblatt aufzeigt und auch für heute geltend macht, massgeb-

lich ab, wie weit ein Land nach rechts driftet und ob der Weg des demokratischen Verfassungsstaats beibehalten wird.⁷⁹ Kurzum: Gefährlich wird es, wenn die Konservativen mit den Rechten Allianzen schmieden. Das bedeutet nicht, dass es in manchen konkreten Fällen nicht auch funktionieren könnte, Rechtspopulismus durch Einbindung und Koalitionen zu entkräften. Es bedeutet aber, dass solche Allianzen kein verlässliches Rezept darstellen, sondern eher einem Spiel mit dem Feuer gleichkommen.

Gleichzeitig bergen Abgrenzung und Ausgrenzung die Gefahr, dass RechtspopulistInnen die Möglichkeit erhalten, sich als unschuldig Ausgegrenzte des Systems darzustellen. Kösemen schlägt deshalb einen Weg vor, der weder kooperiert noch ignoriert, sondern offensiv eindämmt. Bei der «offensiven Eindämmung» geht es um das Kunststück, rechtspopulistische Behauptungen und Forderungen aktiv zu entkräften und ihnen andere, sachliche Lösungen entgegenzuhalten.

Externe Interventionen durch EU-Institutionen

Oliver Geden zeigt auf, wie eine Intervention seitens der Europäischen Union aussehen könnte, wenn rechtspopulistische Parteien an die Macht kommen.⁸⁰ Eine Möglichkeit wären Sanktionierungen bei Menschenrechtsverletzungen. Die Bestimmungen in Artikel 7 EU-Vertrag (EUV) zielen darauf, die Achtung grundlegender Werte innerhalb aller EU-Mitgliedstaaten zu sichern. Auch wenn die Anforderungen für die Umsetzung der darin festgeschriebenen Sanktionen wohl zu hoch sind, um ernsthaft eingesetzt zu werden, besteht doch zumindest die Möglichkeit, öffentlichkeitswirk-

sam Verfahren einzuleiten, wenn zum Beispiel die Grundrechtssituation in einem Staat verschlechtert wird. Einige Erfolge konnten in der Vergangenheit auf diese Weise in Österreich erzielt werden, wo Massnahmen gegen die Bundesregierung getroffen wurden. Zwar bezeichnete die österreichische Rechte dies wiederum als «Diskriminierung Österreichs» durch die EU, gleichwohl hatte die internationale Beobachtung zur Folge, dass FPÖ und ÖVP vorsichtiger agieren mussten. Dies hatte, wie Geden ausführt, zumindest kurzfristige Effekte auf den Politikstil sowie auf konkrete politische Massnahmen.

Die Medien

Medien spielen in Bezug auf den Erfolg des Rechtspopulismus eine zentrale Rolle, die dringend reflektiert werden muss. Wem geben Medien Aufmerksamkeit und eine Plattform, wem nicht? Es ist, wie beispielsweise Klaus Theweleit in einem Interview formulierte, zu einfach, wenn Medien mit ihrem journalistischen «Auftrag» behaupten, Phänomene lediglich zu beschreiben.⁸¹ Medienschaffende müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie am Aufbau oder an der Konstruktion von Phänomenen *beteiligt* sind. Dass sie je nachdem eben nicht neutral darüber entscheiden, wem sie das Wort erteilen und welche Anliegen eher selten vorkommen.

Auch muss Medienschaffenden bewusst sein, dass selbst dann, wenn sie RechtspopulistInnen argumentativ entkräften oder ins Lächerliche ziehen, dies bei jenen, die rechtsaffin sind, nicht unbedingt die gewünschte Wirkung zeigt, diese Menschen also nicht zwingend überzeugt. Und zwar deshalb, weil die angebotenen

Ressentiments oft stärker wirken als Argumente und das Lächerlich-Machen die rechtspopulistische Selbstinszenierung als authentische und einfache Volksvertreter eher stützt als unterminiert.

Medien müssen über ihre Rolle nachdenken und sich zum Beispiel die Fragen stellen: Reden wir mit RechtspopulistInnen? Und wie? Oder reden wir eher über sie? Und wie? Nehmen wir jedes provokante Statement auf? Und wie? Diskutieren wir über die Themen, die RechtspopulistInnen vorgeben? Wie und wie oft?

Auch Medien sind Opfer des Rechtspopulismus, etwa wenn sie als «Lügenpresse» oder als einseitiger «linker Einheitsbrei» diffamiert werden. Zahlreiche Medien haben in den vergangenen Jahren auf solche Vorwürfe reagiert, indem sie RechtspopulistInnen vermehrt zu Wort kommen liessen oder indem deren Meinungen ergebnisoffen diskutiert wurden. Man glaubte diese Vorwürfe dadurch entkräften zu können. Bisher ist das aber nicht gelungen. Und wir müssen heute fragen, inwiefern die überproportionale Redezeit zum Erfolg des Rechtspopulismus beigetragen hat.

Vermutlich braucht es wieder mehr Klarheit darüber, wofür Medien in einer liberalen Demokratie eigentlich stehen und was sie unter Meinungsfreiheit verstehen. In diesem Sinne zitiere ich als Anregung zum Schluss Klaus Theweleit:

«Ein Grundfehler der liberalen bürgerlichen Presse war und ist es meiner Meinung nach, den Vorwurf der <Lügenpresse> nicht wirklich ernst zu nehmen. Medien müssten sagen – was der Wahrheit entspräche – wir sind parteiisch; wir vertreten bestimmte Interessen; und wir können das begründen. (...) Zuzugeben wäre:

<Wir sind eine interessenzentrierte bürgerliche Presse mit ganz bestimmten Werten; und sind damit in den Augen derer, die diese Werte ablehnen und bekämpfen, ganz selbstverständlich Lügenpresse. Danke für das Kompliment!> So etwa hätte eine angemessene Antwort zu lauten; und nicht: die offen Kriminellen von der AfD und andere einzuladen in sogenannte Talkshows, um ihnen dort zu beweisen, dass man doch nicht Lügenpresse sei, sondern objektiver Journalismus; diese Zentrallüge der <bürgerlichen Presse> also weiter und nochmals zu verbreiten. Man hätte sich zu bekennen zur eigenen Parteilichkeit. Nämlich: <Ja, wir sind so; und wir sind gegen euch. Und wir sagen das laut, auch ohne euch dabei haben zu müssen im Diskutierstuhl.> Weil: <Ihr seid erklärte Feinde jenes demokratischen Systems, dessen Formate wir hier diskutativ repräsentieren. Und da gehört ihr nicht rein.> Stattdessen die Mär vom <objektiven Journalismus> (...). Gegen Leute, die (voll bewusst) aus dem Kontrafaktischen reden (ob Weidel, Gauland oder Trump), kann jeder <diskutierende> Mensch nur verlieren; weil dieser Typus sich mit jedem vorgebrachten <Argument> nur den Hintern wischt und eine Behauptung dagegensetzt, die darauf pfeift, <wahr> oder auch nur <begründbar> zu sein. Mit solchen Leuten diskutiert man nicht als halbwegs vernünftiger Mensch.>

Dank

Am Ende dieses Buches kann ich mit Bestimmtheit sagen, dass hier nicht alle möglichen Gegenstrategien aufgelistet wurden. Meine Hoffnung ist es jedoch, dass diese Ideen von den LeserInnen ergänzt werden – in der Theorie, aber vor allem in der Praxis.

Ich bedanke mich bei dem Politikwissenschaftler und Rechtspopulismusforscher Floris Biskamp für die Mitarbeit an diesem Buch. Seine Ergänzungen, Präzisierungen und Kommentare waren äusserst hilfreich und haben massgeblich zur Entstehung dieses Buches beigetragen.

Weiterer grosser Dank geht an Yvonne-Denise Köchli, Inhaberin des Xanthippe Verlags, die spontan und beherzt zusagte, dieses Buch ausserhalb der normalen Verlagsrhythmen zu produzieren und in ihre neue Reihe «Aus aktuellem Anlass» aufzunehmen.

Ebenfalls danken möchte ich meinem Lebensgefährten Mikael Krogerus, der mit wichtigen Tipps und Verbesserungsvorschlägen mithalf und ermöglichte, dass dieses Buch in so kurzer Zeit entstehen konnte. Überhaupt gilt der grösste Dank meiner Familie, besonders meinen Kindern, die sich immer wieder mit einer vom Schreiben aufgeriebenen und erschöpften Mutter gedulden müssen. Wie es meine Tochter jüngst formulierte: «Mama, du sagst immer, du schreibst jetzt nur noch das, und dann schreibst du nie, nie, nie wieder. Und dann schreibst du doch wieder. Und sagst: ich schreibe nie, nie, nie wieder.»

Genau so ist es. Und ich danke allen, die die Höhen und Tiefen eines schreibenden Menschen mit(er)tragen.

Anmerkungsverzeichnis

- 1 Zur kritischen Diskussion von Extremismusdefinitionen siehe zum Beispiel: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Hg. (2011). *Ordnung, Macht, Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: Springer VS.
- 2 Decker, Frank (2017). «Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik.» In: *GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 3–2017, S. 381–391. Siehe auch Stöss, Richard (2005). «Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.» In: Heinrich-Böll-Stiftung, Hg. *Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa*. Schriften der Grünen Akademie, Bd. 5, S. 17–24.
- 3 Geden, Oliver (2007). *Rechtspopulismus: Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien*. SWP-Studie (<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/24545>, Zugriff: 16.11.2018). Ausserdem Geden, Oliver (2009). «Die Renaissance des Rechtspopulismus in Westeuropa.» In: *International Politics and Society*, 2/2009, S. 92–107.
- 4 Carter, Elisabeth (2017). «Party Ideology.» In: Mudde, Cas, Hg. *The Populist Radical Right. A Reader*. New York: Routledge.
- 5 Skenderovic, Damir (2016). «Die Schweiz als Avantgarde des europäischen Rechtspopulismus.» In: *Geschichte der Gegenwart*, 14. Dezember 2016 (<https://geschichtedergegenwart.ch/die-schweiz-als-avantgarde-des-europaeischen-rechtspopulismus/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 6 Geden (2007), S. 13.
- 7 Geden (2007) und Geden (2009).
- 8 Skenderovic (2016).
- 9 Tommasi, Wanda (1999). «Die Arbeit des Knechts.» In: Diotima, Hg. *Jenseits der Gleichheit. Die weiblichen Wurzeln der Autorität*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer, S. 87–119.
- 10 «Integrationsbarometer. Repräsentative Befragung zum Integrationsklima in Deutschland.» (<https://www.svr-migration.de/barometer/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 11 Einen Überblick über die Verschränkungen von rechtspopulistischen, rechtsextremen, christlich-fundamentalistischen, antifeministischen und weiteren AkteurInnen, Strategien und Ideologien gibt der «Diskursatlas Antifeminismus» (<http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Hauptseite>, Zugriff: 16.11.2018).
- 12 Wodak, Ruth (2018). «Vom Rand in die Mitte – <schamlose Normalisierung>.» In: *Polit-Vierteljahresschrift*, 59, S. 323–335. Ein Überblick über die Argumente von RechtspopulistInnen findet sich auch hier: Lanius, David (2017). *Wie argumentieren Rechtspopulisten? Eine Argumentationsanalyse des AfD-Wahlprogramms*. Diskussionspapiere, Institut für Technikzukunft, Nr. 04 (<https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000074060>, Zugriff: 16.11.2018).
- 13 Pels, Dick (2012). «The New National Individualism – Populism is Here to Stay.» In: Erica Meijers, Hg. *Populism in Europe*. Wien: Planet, S. 25–46, hier S. 32 (zitiert nach Wodak [2018], S. 327).
- 14 Siehe zum Beispiel Geden (2007) sowie Decker, Frank (2009). *Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- 15 Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel (2017). «Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien.» In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 10. Januar 2017 (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien>, Zugriff: 16.11.2018).
- 16 Siehe dazu Gensing, Patrick; Kumpfmüller, Konstantin (2018). «Hat Merkel 2015 die Grenzen geöffnet?» In: *Tagesschau-Faktenfinder*, 18. Juni 2016 (<http://faktenfinder.tagesschau.de/merkel-grenze-101.html>, Zugriff: 16.11.2018).
- 17 Zum AfD-Strategiepapier siehe Leif, Thomas; Gensing, Patrick (2017). «AfD-Strategiepapier: Provokation statt Problemlösung.» In: *Tagesschau*, 23. Januar 2017 (https://www.tagesschau.de/inland/afd-strategiepapier-101-magnifier_pos-0.html, Zugriff: 16.11.2018).
- 18 Vgl. Recherchebericht des European Parliamentary Forum on Population and Development über das Netzwerk Agenda Europe (https://www.epfweb.org/sites/epfweb.org/files/rtno_epf_book_lores.pdf, Zugriff: 16.11.2018).
- 19 Theile, Charlotte (2017). *Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten*. Zürich: Rotpunktverlag.
- 20 Jikhareva, Anna; Jirát, Jan; Surber, Kaspar (2017). «Der Auslandeinsatz des SVP-Werbers.» In: *WOZ*, 20/2017 (<https://www.woz.ch/-7cb0>, Zugriff: 16.11.2018).
- 21 Skenderovic (2016).
- 22 Surber, Kaspar (2018). «Politikfinanzierung. Und die Schweiz schweigt.» In: *WOZ*, Nr. 38/2018 (<https://www.woz.ch/-908d>, Zugriff: 16.11.2018).

- 23 D'Amato, Gianni; Skenderovic, Damir. Forschungsprojekt «Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz.» (<http://www.rechtsextremismus.ch/m/mandanten/174/topic4356/story9096.html>, Zugriff: 16.11.2018). Zur Geschichte der SVP siehe auch Hartmann, Hans (1995). *Die Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP*. Zürich: Realotopia.
- 24 Skenderovic (2016).
- 25 Ausführlich siehe Kriesi, Hanspeter; Lachat, Romain; Selb, Peter; Bornschier, Simon; Helbling, Marc, Hg. (2007). *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: NZZ Libro. Ausserdem Skenderovic, Damir (2007). «Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz. Von den Splitterparteien zur Volkspartei.» In: *traverse. Zeitschrift für Geschichte*, 14/1, S. 45–63.
- 26 Simon Bornschier im Gespräch auf SRF in der *Kontext*-Sendung vom 21. Juli 2016 zum Thema «Rechtspopulismus in der Schweiz.» (<https://www.srf.ch/play/radio/kontext/audio/rechtspopulismus-in-der-schweiz?id=049d07c4-f82c-469e-a4e9-6a4f65a6affa&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7>, Zugriff: 16.11.2018).
- 27 Skenderovic (2016).
- 28 Skenderovic, Damir (2009). *The Radical Right in Switzerland. Continuity and Change, 1945–2000*. New York: Berghahn Books.
- 29 Damir Skenderovic im Interview mit dem *Tages-Anzeiger*: Schindler, Felix. «Die SVP und ihr Problem am rechten Rand.» In: *Tages-Anzeiger*, 9. September 2016 (<https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-svp-und-ihr-problem-am-rechten-rand/story/22725024>, Zugriff: 16.11.2018).
- 30 Siehe dazu auch Espahangizi, Kijan (2017). ««Arsch huh, Zäng ussenander!» Die AfD, die SVP und was jetzt zu tun ist.» In: *Geschichte der Gegenwart*, 1. Oktober 2017 (<https://geschichtedergewegung.ch/arsch-huh-zaeng-ussenander-die-afd-die-svp-und-was-jetzt-zu-tun-ist/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 31 Charlotte Theile im Interview mit *Watson*: Stern, William (2017). «SZ-Korrespondentin: «Die AfD übernimmt viele SVP-Verlautbarungen fast wortwörtlich.»» In: *Watson*, 22. Juni 2017 (<https://www.watson.ch/schweiz/international/646510668-sz-korrespondentin-die-afd-uebernimmt-viele-svp-verlautbarungen-fast-wortwoertlich>, Zugriff: 16.11.2018).
- 32 Für einen Vergleich von Parteiprogrammen siehe Sturzenegger, Sabina; Blunschi, Peter (2014). «Die rechten Sieger Europas: So positionieren sie sich im Vergleich mit der SVP.» In: *Watson*, 26. Mai 2014 (<https://www.watson.ch/eu/schweiz-eu/171941201-die-rechten-sieger-europas-so-positionieren-sie-sich-im-vergleich-mit-der-svp>, Zugriff: 16.11.2018).
- 33 Siehe die Analyse von Michael Hermann und Iwan Städler: «Wie sich die SVP aus dem Bürgerblock verabschiedet hat.» In: *Tages-Anzeiger*, 21. April 2014 (<https://blog.tagesanzeiger.ch/datenblog/index.php/1791/wie-sich-die-svp-aus-dem-buergerblock-verabschiedet-hat>, Zugriff: 16.11.2018).
- 34 Binswanger, Daniel (2018). «Farce als Kampfmittel.» In: *Republik*, 16. Juni 2018 (<https://www.republik.ch/2018/06/16/farce-als-kampfmittel>, Zugriff: 16.11.2018).
- 35 Strobl, Natascha (2013). «Kommunikationsstrategien der Neuen Rechten.» In: *Schmetterlingssammlung*, 16. April 2013 (<https://schmetterlingssammlung.net/2013/04/16/kommunikationsstrategien-der-neuen-rechten-2/>, Zugriff: 16.11.2018). Ausserdem Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha (2014). *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Münster: Unrast.
- 36 Ausführlich siehe Wodak (2018) und Decker/Lewandowsky (2017).
- 37 Geden (2007) und Geden (2009).
- 38 Siehe Stöss, Richard (2007). «Die «neue Rechte» in der Bundesrepublik.» In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 17. Dezember 2007 (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41435/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik?p=all>, Zugriff: 16.11.2018).
- 39 Knappertsbusch, Felix (2017). «Funktion von Feind- und Fremdbildkonstruktionen aus der Perspektive einer sprachpragmatischen Vorurteilkritik.» In: Milbradt, Björn; Biskamp, Floris; Albrecht, Yvonne; Kiepe, Lukas, Hg. *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*. Opladen: Barbara Budrich, S. 51–70.
- 40 Der Titel ist an Ruth Wodak (2015) angelehnt: *The Politics of Fear. What Right-Wing-Populist Discourses mean*. Los Angeles: Sage. Zu den sozialpsychologischen Dimensionen der von rechts geschürten Ängste siehe Biskamp, Floris; Kiepe, Lukas; Milbradt, Björn (2017). «Politik im «Angst-Raum». Über den Erfolg der AfD, «die Ängste der Menschen» und die Versuche, sie «ernst zu nehmen.»» In: Milbradt, Björn; Biskamp, Floris; Albrecht, Yvonne; Kiepe, Lukas, Hg. *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*. Opladen: Barbara Budrich, S. 205–217.
- 41 Vgl. Recherchebericht des European Parliamentary Forum on Population and Development über das Netzwerk Agenda

- Europe (https://www.epfweb.org/sites/epfweb.org/files/rtno_epf_book_lores.pdf, Zugriff: 16.11.2018).
- 42 o. A. (2016). «Islamkritik soll Schwerpunkt im neuen AfD-Programm werden.» In: *Spiegel Online*, 11. März 2016 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-programm-islamkritik-soll-schwerpunkt-werden-a-1081842.html>, Zugriff: 16.11.2018).
- 43 Leif/Gensing (2017).
- 44 Siehe dazu auch Schutzbach, Franziska (2017). «Es gibt keine Tabus.» In: *Geschichte der Gegenwart*, 12. Februar 2017 (<https://geschichtedergegenwart.ch/es-gibt-kein-tabu/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 45 Zimmermann, Kurt W. (2016). «Ein Spiegel der Kulturen.» In: *Die*, 17. Februar 2016 (<https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-7/artikel/ein-spiegel-der-kulturen-die-weltwoche-ausgabe-72016.html>, Zugriff: 16.11.2018).
- 46 Gumbrecht, Hans Ulrich (2016). «Wirklichkeitsdämmerung.» In: *Neue Zürcher Zeitung*, 15. August 2016 (<https://www.nzz.ch/feuilleton/zeitgeschehen/rueckkehr-zum-philosophischen-realismus-wirklichkeitsdaemmerung-ld.112795>, Zugriff: 16.11.2018).
- 47 Weiterführend Hark, Sabine; Villa, Paula-Irene (2017). *Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*. Bielefeld: Transcript.
- 48 Dieser Punkt ist in Teilen von Natascha Strobl (2013) übernommen.
- 49 Natascha Strobl in einem Vortrag («Soziale Frage, Friedensfrage und Demagogie: Gefahr rechter Hegemonie – Strategie und Ideologie der Neuen Rechten», <https://www.youtube.com/watch?v=vBa-UItJUG0>, Zugriff: 16.11.2018).
- 50 Sasse, Sylvia (2018). «Monologische Vielfalt.» In: *Geschichte der Gegenwart*, 23. September 2018 (<https://geschichtedergegenwart.ch/monologische-vielfalt/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 51 Siehe Geden (2007).
- 52 Biskamp, Floris (2018). «I'd show you everywhere you're wrong but I'm never talking to you again. Über «Mit Rechten reden».» Veröffentlicht auf seinem Blog am 2. Januar 2018 (<http://blog.floriskamp.com/2018/01/02/id-show-you-everywhere-youre-wrong-but-im-never-talking-to-you-again-ueber-mit-rechten-reden/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 53 Wie Floris Biskamp, Lukas Kiepe und Björn Milbradt ausführen, weisen Menschen, die auf projektive Ängste ansprechen, das heisst auf das Angebot, Ängste auf Feindbilder übertragen zu können («Lügenpresse», «Flüchtlinge» usw.), oft die psychische Konstitution des «autoritären Charakters» auf. Eine solche psychische Konstitution macht diese Subjekte besonders empfänglich für Propaganda und Hetze. Dies führt dazu, dass – wie zudem Rolf von Raden ausführt – bei ihnen eine stark einseitige Realitätsprüfung einsetzt. Die paranoiden Denkweisen überwiegen, sodass jede Information nur als Beleg für das eigene Weltbild gelesen wird. Vgl. Biskamp/Kiepe/Milbradt (2017). Ausserdem Rolf van Raden (2017): «Feindbild «Lügenpresse». Über ein massiv wirksames verschwörungstheoretisches Konstrukt.» In: Milbradt, Björn; Biskamp, Floris; Albrecht, Yvonne; Kiepe, Lukas, Hg. *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*. Opladen: Barbara Budrich, S. 133–150.
- 54 Biskamp (2018).
- 55 Bossong, Nora (2018). «Sie wollen das Denken verändern.» In: *taz*, 12. September 2018 (<http://www.taz.de/!5531561/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 56 Siehe Möllers, Christoph (2008). *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*. Berlin: Wagenbach.
- 57 Mudde, Cas (2004). «The Populist Zeitgeist.» In: *Government & Opposition*, 39/3, S. 542–563.
- 58 Gemäss Studie vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zur Landtagsarbeit der AfD-Fraktionen stellte zum Beispiel jede und jeder sächsische AfD-Abgeordnete im Durchschnitt 4,2 Kleine Anfragen pro Monat. Vgl. Schroeder, Wolfgang; Wessels, Bernhard; Berzel, Alexander; Neusser, Christian (2017). *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*. WZB Discussion Paper SP V 2017-102.
- 59 Binswanger (2018).
- 60 Vgl. Recherchebericht des European Parliamentary Forum on Population and Development über das Netzwerk Agenda Europe (https://www.epfweb.org/sites/epfweb.org/files/rtno_epf_book_lores.pdf, Zugriff: 16.11.2018).
- 61 Siehe zum Beispiel Maihofer, Andrea; Schutzbach, Franziska (2015). «Vom Antifeminismus zum «Antigenderismus» – Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz.» In: Hark, Sabine; Villa, Paula, Hg. *(Anti-)Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: Transcript, S. 201–217. Ausserdem Schutzbach, Franziska (2016). «Der Heidi-Komplex. Gender, Feminismus und der Ekel vor der «Gleichmacherei».» In: *PROKLA*, Heft 185, 46/4, S. 583–598.

- 62 Kemper, Andreas (2016). «Die AfD und ihr Verständnis von Geschlecht und Sexualität.» In: Henningsen, Anja; Tuiider, Elisabeth; Timmermanns, Stefan, Hg. *Sexualpädagogik kontrovers*, Weinheim: Beltz Juventa, S. 142–158.
- 63 Maihofer/Schutzbach (2015).
- 64 Kemper, Andreas (2014). «Christliche Aktivistin Birgit Kelle: Militante Feministin Gottes.» In: *taz*, 8. September 2014 (<http://www.taz.de/!5033760/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 65 Dahinden, Janine; Fischer, Carolin; Menet, Joanna; Kristol, Anne (2018). «Gendernationalismus als neue Spielform eines politischen Nationalismus?» Online veröffentlicht am 6. September 2018 (<https://blog.nccr-onthemove.ch/gendernationalismus-als-neue-spielform-eines-politischen-nationalismus-2/?lang=de>, Zugriff: 16.11.2018). Ausserdem Farris, Sara R. (2011). «Die politische Ökonomie des Femonationalismus.» In: *Feministische Studien*, 29/2, S. 321–334.
- 66 Ansprache von Alice Weidel («Alice Weidel über Homosexualität und die AfD», https://www.youtube.com/watch?v=B8_ozwNIhW4, Zugriff 16.11.2018).
- 67 Kaiser, Manuel (2016). «Die Verschwörungstheorien der ›Klimawandelskeptiker‹.» In: *Geschichte der Gegenwart*, 15. September 2016 (<https://geschichtedergegenwart.ch/die-verschwörungstheorien-der-klimawandelskeptiker/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 68 Vortrag von Anelis Kaiser im Kosmos, Zürich, gehalten am 26. Februar 2018.
- 69 Sarasin, Philipp (2016). «Fakten. Was wir in der Postmoderne über sie wissen können.» In: *Geschichte der Gegenwart*, 9. Oktober 2016 (<https://geschichtedergegenwart.ch/fakten-was-wir-in-der-postmoderne-ueber-sie-wissen-koennen/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 70 Zitiert nach Sarasin (2016).
- 71 Schrupp, Antje (2017). «The BIG UGLY FIVE: Im September wählen gehen, aber richtig!» Online veröffentlicht am 23. Januar 2017 (<https://antjeschrupp.com/2017/01/23/the-big-ugly-five-im-oktober-waehlen-gehen-aber-richtig/>, Zugriff: 16.11.2018).
- 72 Tommasi (1999).
- 73 Weitere Gegenargumente finden sich zum Beispiel in: Feustel, Robert; Grochol, Nancy; Prüwer, Tobias; Reif, Franziska, Hg. (2018). *Wörterbuch des besorgten Bürgers*. Mainz: Ventil. Kulick, Holger; Staud, Toralf, Hg. (2009). *Das Buch gegen Nazis: Rechts-extremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann*. Köln: Kiepenheuer & Witsch. Zorn, Daniel-Pascal (2017). *Logik für Demokraten: eine Anleitung*. Stuttgart: Klett-Cotta. Hufer, Klaus-Peter (2016). *Argumente am Stammtisch. Erfolgreiche Parolen, Palaver und Populismus*. Schwalbach: Wochenschau. Hufer, Klaus-Peter (2016). *Argumentationstraining gegen Stammtischparolen*. Schwalbach: Wochenschau. Rafael, Simone (2016). «Rechtspopulistische Gesprächsstrategien – und wie wir sinnvoll damit umgehen.» In: *Belltower*, 4. März 2016 (<http://www.belltower.news/artikel/rechtspopulistische-gesprachsstrategien-eine-übersicht-10930>, Zugriff: 16.11.2018).
- 74 Biskamp, Floris (2017). «Im Zwischenraum von Repression und Anerkennung. Über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus.» In: Milbradt, Björn; Biskamp, Floris; Albrecht, Yvonne; Kiepe, Lukas, Hg. *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*. Opladen: Barbara Budrich, S. 153–172.
- 75 Kösemen, Orkan; Bertelsmann Stiftung, Hg. (2009). *Strategien gegen die radikale Rechte in Europa*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSV/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Strategien_gegen_die_radikale_Rechte.pdf, Zugriff: 16.11.2018).
- 76 Decker/Lewandowsky (2017).
- 77 Biskamp/Kiepe/Milbradt (2017).
- 78 Bednarz, Liane (2018). *Die Angstprediger: Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern*. München: Droemer.
- 79 Ziblatt, Daniel (2017). *Conservative Parties and the Birth of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- 80 Geden, Oliver (2006). *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden: Springer VS.
- 81 Klaus Theweleit im Interview mit Georgios Chatzoudis: «Diese Körper sind von Angst erfüllt.» In: *L.I.S.A. – Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung*, 18. September 2018 (https://lisa.gerdahenkel-stiftung.de/maennergewalt_theweleit, Zugriff: 16.11.2018).